



Gegen Armut hilft Geld.

Der Paritätische Armutsbericht 2020

Impressum

Herausgeber:

Der Paritätische Gesamtverband
Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin

Telefon: 030 24636-0

Telefax: 030 24636-110

E-Mail: info@paritaet.org

Internet: www.der-paritaetische.de/armutsbericht

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. Ulrich Schneider

Autor*innen:

Jonas Pieper
Ulrich Schneider
Wiebke Schröder

unter Mitarbeit von:

Lea Ziegler

Gestaltung:

Christine Maier

Titelbild:

stockphoto-graf – Adobe Stock

Grafiken:

© Der Paritätische Gesamtverband

1. Auflage, November 2020

ISBN 978-3-947792-05-4

Inhalt

In Kürze	4
Vorbemerkungen	5
1. Armut in Deutschland 2019	6
2. Entwicklung der Armut in den Bundesländern	9
3. Entwicklung der Armut in den Regionen	15
4. Soziodemografie der Armut	18
5. Sozialstruktur der Armut	20
6. Armut 2020: Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die relative Einkommensarmut	22
7. Politische Schlussfolgerungen: Gegen Armut hilft Geld – Warum Transfereinkommen wichtig sind	25
8. Methodische Hinweise	29
Anhang	34

In Kürze

Mit 15,9 Prozent hat die Armutsquote in Deutschland einen historischen Wert erreicht. Es ist die größte gemessene Armut seit der Wiedervereinigung. Über 13 Millionen Menschen sind betroffen. Machte der letzte Paritätische Armutsbericht noch Hoffnung auf fallende Zahlen,¹ so zeigt die aktuelle Auswertung wieder einen klaren Aufwärtstrend, beginnend am Tiefstpunkt in 2006 mit 14,0 Prozent bis hin zum aktuellen traurigen Spitzenwert. Es ist ein Anstieg um fast zwei Prozentpunkte bzw. fast 14 Prozent.

Auch der in den letzten Jahren erfreuliche Rückgang der Einkommensarmut in Ostdeutschland scheint erst einmal gestoppt. Sie stieg im vergangenen Jahr von 17,5 auf 17,9 Prozent.

Der Wiederanstieg der Armut in 2019 erfolgte in Deutschland praktisch flächendeckend. 11 der 16 Bundesländer waren betroffen, dabei so bevölkerungsstarke wie Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen.

Den schlechtesten Wert zeigt, weit abgeschlagen, Bremen, wo mittlerweile jede*r Vierte zu den Armen gezählt werden muss, gefolgt von Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Nordrhein-Westfalen mit Quoten zwischen 18,5 und 19,5 Prozent. Am anderen Ende zeigen Bayern und Baden-Württemberg mit 11,9 und 12,3 Prozent mit Abstand die „besten“ Werte.

Das problematischste Bundesland bleibt Nordrhein-Westfalen. Nicht nur, dass es deutlich überproportional von Armut betroffen ist und zu den fünf Ländern mit der höchsten Armutsdichte zählt. Hinzu kommt die Dynamik: Seit Einsetzen des langfristigen Aufwärtstrends in 2006 ist die Armutsquote in Nordrhein-Westfalen zweieinhalbmal so schnell gewachsen wie die gesamtdeutsche Quote. Armutstreiber in Nordrhein-Westfalen ist das Ruhrgebiet mit einer Armutsquote von 21,4 Prozent. Das größte Ballungsgebiet Deutschlands muss damit zweifellos als Problemregion Nummer 1 gelten.

Das höchste Armutsrisiko haben nach wie vor Arbeitslose (57,9 Prozent), Alleinerziehende (42,7 Prozent), kinderreiche Familien (30,9 Prozent), Menschen mit niedriger Qualifikation (41,7 Prozent) und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (35,2 Prozent). Bezeichnend ist, dass die Armutsquote bei all diesen ohnehin seit Jahren besonders armutsbetroffenen Gruppen von 2018 auf 2019 noch einmal zugenommen hat.

Beendet ist allerdings das 2016 und 2017 festzustellende Phänomen, dass die Armut unter Menschen mit deutschem Pass zurückging und ausschließlich unter Ausländer*innen anstieg. 2019 zeigt sich genauso wie bereits 2018 wieder für beide Personengruppen eine Entwicklung in die jeweils selbe Richtung.

Die mit Abstand stärkste Zunahme des Armutsrisikos zeigt im längerfristigen Vergleich die Gruppe der Rentner*innen und Pensionär*innen. Unter ihnen wuchs die Armutsquote seit 2006 um 66 Prozent. Aus einer eher geringen wurde mit 17,1 Prozent eine deutlich überdurchschnittliche Armutsquote.

Was die Sozialstruktur der Armut angeht, ist der ganz überwiegende Teil der Armen erwerbstätig (33,0 Prozent) oder in Rente (29,6 Prozent). Arbeitslose stellen dagegen mit knapp acht Prozent nur eine ausgesprochene Minderheit unter den Armen im erwerbsfähigen Alter.

¹ Der Paritätische Gesamtverband 2019: 30 Jahre Mauerfall – Ein viergeteiltes Deutschland. Der Paritätische Armutsbericht 2019. Berlin.

Vorbemerkungen

Die vorliegenden Daten zur regionalen Verteilung, zur Entwicklung und zur Struktur der Armut zeigen Deutschland als ein in großer Ungleichheit zerrissenes Land, in dem die Gruppe der über mangelndes Einkommen Marginalisierten seit 2006 im Trend beständig zunimmt. Volkswirtschaftliche Erfolge kommen nicht bei den Armen an, sondern vergrößern in ihrer Verteilungswirkung ganz offensichtlich noch Ungleichheit und Ausgrenzung.

Die Auswirkungen der Corona-Krise dürften diesen Trend noch einmal spürbar beschleunigen. Was die Auswirkungen dieser Krise auf die Einkommen anbelangt, handelt es sich nicht um einen allgemeinen Wohlstandsverlust. Vielmehr trifft sie derzeit insbesondere Erwerbstätige im Gastronomiebereich oder in Leiharbeit Tätige, viele Minijobber*innen und Soloselbstständige, womit die Corona-Krise letztlich zu mehr Ungleichheit und mehr Armut in dieser Gesellschaft beitragen wird.

Eine coronabedingt zunehmende Zahl von Erwerbslosen stößt auf ein soziales Sicherungssystem, das bereits vor Corona nicht vor Armut schützte und dessen Schwächen nun noch deutlicher zutage treten. Zu gering bemessene Leistungen in Hartz IV, in der Grundversicherung für alte und erwerbsgeminderte Menschen und im Asylbewerberleistungsgesetz sowie ein Kinderlastenausgleichssystem, in dem Spitzenverdienende die größten Einkommenseffekte haben, während Kinder in Hartz IV faktisch leer ausgehen, konterkarieren unter armutspolitischen Aspekten die Funktionsfähigkeit unseres Sicherungssystems wesentlich. Sie sind nicht in der Lage in Krisenzeiten wie diesen vor Armut zu schützen.

Corona hat jahrelang verharmloste und verdrängte Probleme, von der Wohnraumversorgung einkommensschwacher Haushalte bis hin zur Bildungssegregation armer Kinder, ans Licht gezerrt. Der Lockdown im Frühjahr 2020 mit der Schließung von Kindergärten, Obdachloseneinrichtungen, Beratungsstellen, Jugendclubs und vielem anderen ließ allen bewusst werden, wie wichtig soziale Infrastruktur für ein funktionierendes Gemeinwesen und insbesondere für unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen ist. Doch sollte auch jedem politisch Verantwortlichen bewusst sein, dass der Schullaptop, der Jugend- oder der Altenclub,

die Hausaufgabenhilfe oder die Vereinsmitgliedschaft keine ausreichenden Transferleistungen ersetzen können. Die politische Übung, Geldleistungen gegen Sachleistungen auszuspielen, ist angesichts der Struktur der Armut in der Sache verfehlt. Es klingt banal und wird bei vielen nicht gern gehört: Aber gegen Einkommensarmut, Existenzängste und mangelnde Teilhabe hilft Geld.

Es geht letztlich um die Umverteilung vorhandener Finanzmittel. Die Antworten der Bundesregierung auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise haben gezeigt, wozu wir finanz- und haushaltspolitisch in der Lage sind, wenn die Notwendigkeit gesehen wird und der Wille vorhanden ist. Die Bundesregierung hätte es in der Hand, Regelsätze in Hartz IV und der Altersgrundsicherung so zu erhöhen, dass keiner in Einkommensarmut leben muss. Sie hätte es in der Hand, eine Kindergrundsicherung einzuführen, die keine Familie in Armut belässt. Sie könnte das Arbeitslosengeld I und auch die Rentenversicherung mit geeigneten Reformen armutsfest machen. Unsere konkreten Vorschläge legen wir mit diesem Bericht vor. Deutschland hätte es in der Hand, seine Einkommensarmut abzuschaffen und parallel für eine gute soziale Infrastruktur zu sorgen.

1. Armut in Deutschland 2019

Nachdem die Armutsquote in Deutschland 2018 erfreulicherweise von 15,8 Prozent im Vorjahr auf 15,5 Prozent gesunken war, stieg sie in 2019 erneut um 0,4 Punkte auf 15,9 Prozent an. Rechnerisch sind damit 13,2 Millionen Einwohner*innen von Einkommensarmut betroffen. Es ist der höchste Armutswert der Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung.

Die Hoffnung, dass sich mit dem Rückgang der Armutsquote in 2018 vielleicht eine Trendumkehr abzeichnen könnte, hat sich damit nicht erfüllt. Vielmehr zeigt die längerfristige Entwicklung nun wieder einen klaren Aufwärtstrend, beginnend am Tiefstpunkt in 2006 mit einer Armutsquote von 14,0 Prozent bis hin zum aktuellen traurigen Spitzenwert. Es ist ein Anstieg um fast 2 Prozentpunkte bzw. knapp 14 Prozent.

Tabelle 1: Armutsquoten und SGB II-Quoten nach Bundesländern seit 2005 (in %)

Armutsquote und SGB II-Quote nach Bundesländern seit 2005 (in %)		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Deutschland	Armutsquote	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	15,8	15,5	15,9
	SGB II-Quote	9,5	10,9	10,8	10,3	10,1	9,9	9,5	9,3	9,4	9,3	9,3	9,2	9,3	8,9	8,4
Ostdeutschland (einschl. Berlin)	Armutsquote	20,4	19,2	19,5	19,5	19,5	19,0	19,4	19,6	19,8	19,2	19,7	18,4	17,8	17,5	17,9
	SGB II-Quote	16,5	18,5	18,4	17,7	16,9	16,3	15,6	15,3	15,1	14,7	14,1	13,4	13,0	12,0	11,1
Westdeutschland	Armutsquote	13,2	12,7	12,9	13,1	13,3	13,3	13,8	13,9	14,4	14,5	14,7	15,0	15,3	15,0	15,4
	SGB II-Quote	7,7	9,0	8,9	8,5	8,4	8,4	8,0	7,9	8,0	8,1	8,1	8,2	8,5	8,2	7,8
Baden-Württemberg	Armutsquote	10,6	10,1	10,0	10,2	10,9	11,0	11,1	11,1	11,4	11,4	11,8	11,9	12,1	11,9	12,3
	SGB II-Quote	4,9	5,8	5,6	5,3	5,3	5,4	5,0	4,9	4,9	4,9	5,0	5,0	5,3	5,1	4,8
Bayern	Armutsquote	11,4	10,9	11,0	10,8	11,1	10,8	11,1	11,0	11,3	11,5	11,6	12,1	12,1	11,7	11,9
	SGB II-Quote	4,8	5,4	5,1	4,7	4,7	4,6	4,2	4,0	4,0	4,1	4,1	4,2	4,3	4,1	3,7
Berlin	Armutsquote	19,7	17,0	17,5	18,7	19,0	19,2	20,6	20,8	21,4	20,0	22,4	19,4	19,2	18,2	19,3
	SGB II-Quote	19,1	21,3	21,7	21,4	21,2	21,1	21,2	21,2	20,7	20,3	19,9	19,1	18,5	17,5	16,5
Brandenburg	Armutsquote	19,2	18,9	17,5	16,8	16,7	16,3	16,8	18,1	17,7	16,9	16,8	15,6	15,0	15,2	15,2
	SGB II-Quote	15,0	16,9	16,8	16,0	15,1	14,3	13,6	13,3	13,2	12,7	11,9	11,3	10,7	9,7	8,8
Bremen	Armutsquote	22,3	20,4	19,1	22,2	20,1	21,1	22,0	22,9	24,6	24,1	24,8	22,6	23,0	22,7	24,9
	SGB II-Quote	17,4	19,0	18,7	18,1	17,9	18,1	17,7	17,6	17,7	17,8	18,2	18,3	18,9	18,5	18,1
Hamburg	Armutsquote	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8	16,9	15,6	15,7	14,9	14,7	15,3	15,0
	SGB II-Quote	13,1	14,2	14,2	13,8	13,6	13,5	13,1	12,9	12,8	12,6	12,6	12,5	12,6	12,2	11,8
Hessen	Armutsquote	12,7	12,0	12,0	12,7	12,4	12,1	12,8	13,3	13,7	13,8	14,4	15,1	15,4	15,8	16,1
	SGB II-Quote	7,6	9,1	9,2	9,0	8,9	8,8	8,4	8,2	8,4	8,5	8,5	8,5	8,8	8,5	8,1
Mecklenburg-Vorpommern	Armutsquote	24,1	22,9	24,3	24,0	23,1	22,4	22,1	22,8	23,6	21,3	21,7	20,4	19,4	20,9	19,4
	SGB II-Quote	18,9	20,6	20,2	18,8	17,2	16,2	15,4	15,1	15,0	14,6	13,8	13,2	12,6	11,5	10,3
Niedersachsen	Armutsquote	15,5	15,3	15,5	15,8	15,3	15,3	15,5	15,7	16,1	15,8	16,5	16,7	16,7	15,9	17,1
	SGB II-Quote	9,3	10,8	10,7	10,3	10,0	9,7	9,3	9,1	9,2	9,1	9,1	9,1	9,4	9,1	8,6
Nordrhein-Westfalen	Armutsquote	14,4	13,9	14,6	14,7	15,2	15,4	16,4	16,3	17,1	17,5	17,5	17,8	18,7	18,1	18,5
	SGB II-Quote	9,5	11,5	11,5	11,2	11,1	11,2	11,0	11,0	11,2	11,4	11,5	11,5	11,9	11,6	11,2
Rheinland-Pfalz	Armutsquote	14,2	13,2	13,5	14,5	14,2	14,8	15,1	14,6	15,4	15,5	15,2	15,5	15,6	15,4	15,6
	SGB II-Quote	7,0	7,8	7,7	7,4	7,3	7,2	6,7	6,6	6,7	6,8	6,9	7,0	7,4	7,1	6,7
Saarland	Armutsquote	15,5	16,0	16,8	15,8	16,0	14,3	15,2	15,4	17,1	17,5	17,2	17,2	16,8	16,0	17,0
	SGB II-Quote	9,2	10,4	10,4	10,0	9,8	9,8	9,4	9,3	9,6	9,9	10,2	11,3	11,7	11,3	10,8
Sachsen	Armutsquote	19,2	18,5	19,6	19,0	19,5	19,4	19,5	18,8	18,8	18,5	18,6	17,7	16,8	16,6	17,2
	SGB II-Quote	15,2	17,2	17,0	16,2	15,5	14,7	13,8	13,3	13,0	12,5	11,7	10,9	10,4	9,5	8,7
Sachsen-Anhalt	Armutsquote	22,4	21,6	21,5	22,1	21,8	19,8	20,6	21,1	20,9	21,3	20,1	21,4	21,0	19,5	19,5
	SGB II-Quote	17,9	19,9	19,9	19,2	18,4	17,4	16,6	16,4	16,4	15,9	15,2	14,6	14,2	13,2	12,1
Schleswig-Holstein	Armutsquote	13,3	12,0	12,5	13,1	14,0	13,8	13,6	13,8	14,0	13,8	14,6	15,1	14,8	15,3	14,5
	SGB II-Quote	10,2	11,2	11,0	10,6	10,1	9,9	9,7	9,6	9,8	9,8	9,8	9,8	10,2	9,8	9,3
Thüringen	Armutsquote	19,9	19,0	18,9	18,5	18,1	17,6	16,7	16,8	18,0	17,8	18,9	17,2	16,3	16,4	17,0
	SGB II-Quote	13,5	15,0	14,8	13,8	13,0	12,2	11,3	10,9	10,8	10,5	10,0	9,6	9,4	8,7	8,0

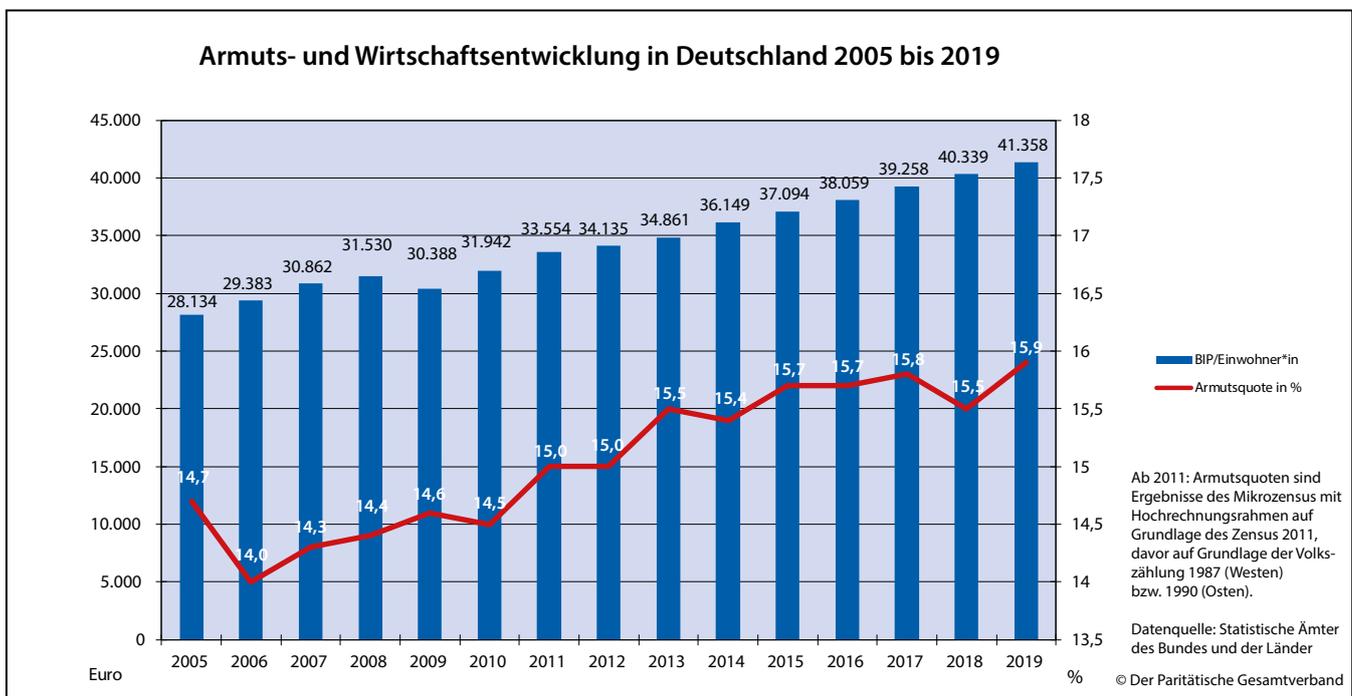
Der Anstieg der Armut im langfristigen Trend ist umso bemerkenswerter, weil im selben Zeitraum die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland äußerst positiv war. Bis auf 2009, dem Jahr der Wirtschaftskrise, wuchs das Bruttoinlandsprodukt in jedem Jahr nominal wie real. Während also auf der einen Seite der gesamtgesellschaftlich erwirtschaftete Wohlstand zunahm, stieg parallel dazu die Armut. Ganz offensichtlich haben sich wirtschaftliche Entwicklung und Armutsentwicklung entkoppelt. Der Wohlstand dieses Landes findet nicht seinen Weg zu den Armen.

Auch die seit 2015 zu beobachtende kontinuierliche und rückläufige Armutsentwicklung in Ostdeutschland scheint mit einem ostdeutschen Wiederanstieg der Armutsquote von 17,5 auf 17,9 Prozent erst einmal gestoppt.

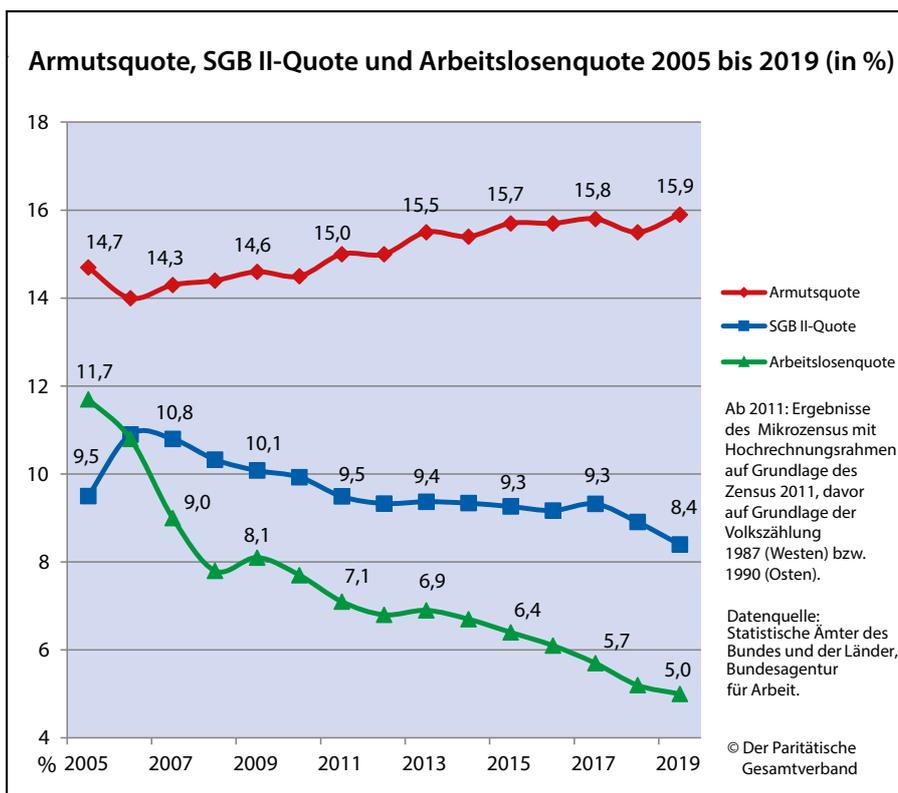
Der neuerliche gesamtdeutsche Zuwachs der Armutsquote von 2018 auf 2019 betrifft 11 der 16 Bundesländer, darunter die bevölkerungsreichen wie Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen. Er ist damit praktisch flächendeckend. Besonders deutliche Anstiege zeigen Bremen mit über zwei Prozentpunkten sowie Niedersachsen, Berlin und das Saarland mit jeweils über einem Prozentpunkt.

Brandenburg und Sachsen-Anhalt sind unverändert. Im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Armutsquoten zeigen Mecklenburg-Vorpommern (-1,5 Prozentpunkte), Schleswig-Holstein (-0,8 Prozentpunkte) und Hamburg (-0,3 Prozentpunkte).

Grafik 1



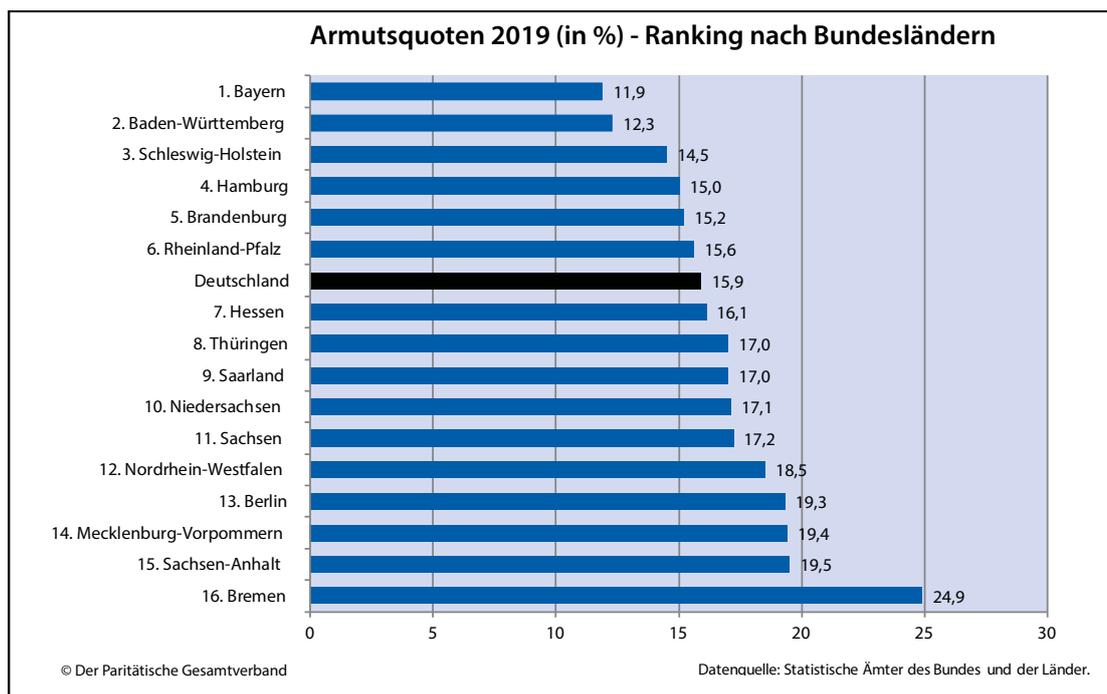
Grafik 2



Was das Ranking der Bundesländer anbelangt, gibt es nur leichte Veränderungen. Bayern und Baden-Württemberg behalten die Plätze mit der geringsten Armutsdichte und auch die schlechtplatziertesten Bundesländer mit herausragend hohen Quoten blei-

ben dieselben: Nordrhein-Westfalen (18,5 Prozent), Berlin (19,3 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (19,4 Prozent), Sachsen-Anhalt (19,5 Prozent) und, mit 24,9 Prozent weit abgeschlagen, Bremen.

Grafik 3



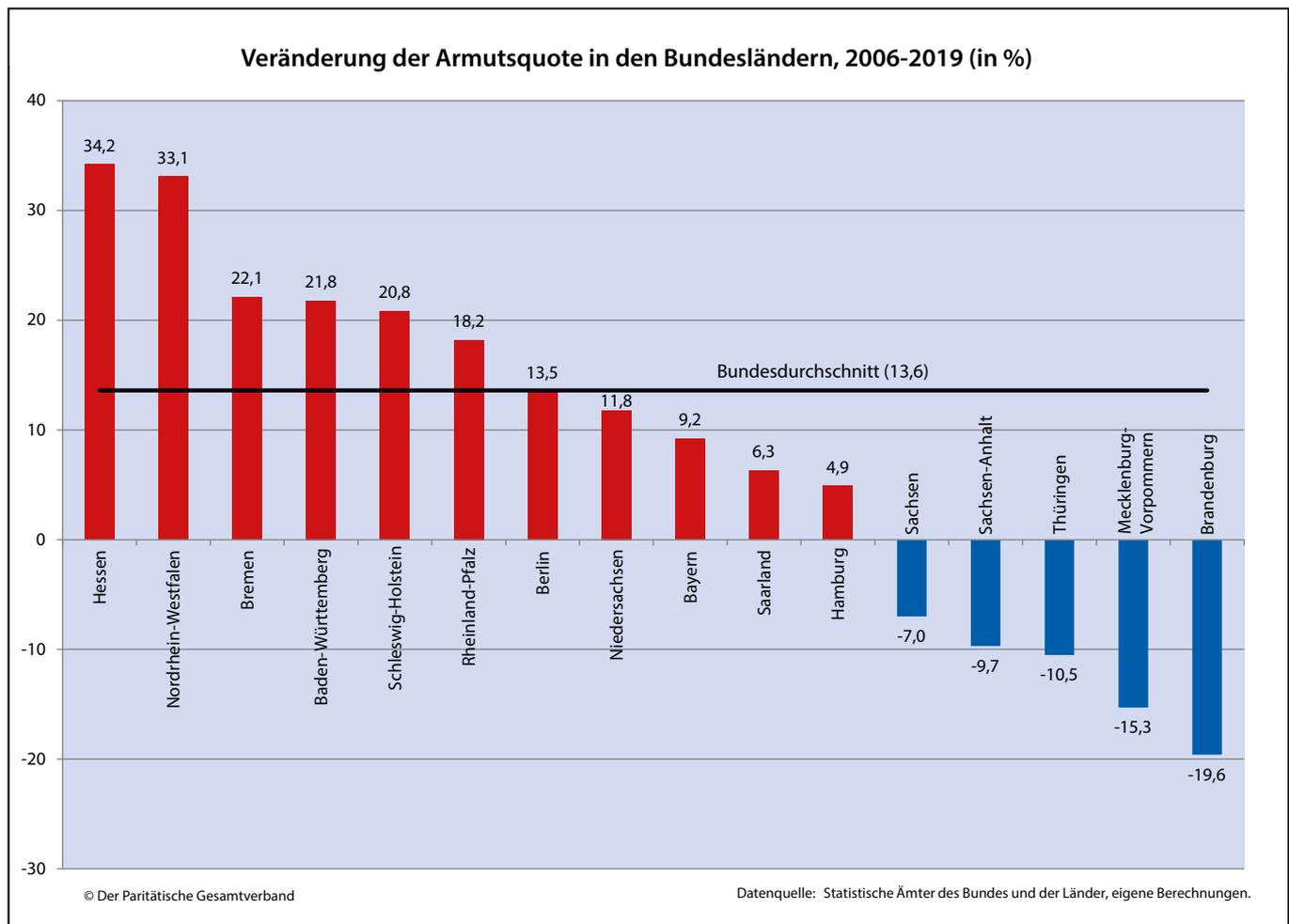
2. Entwicklung der Armut in den Bundesländern

Seit 2006 – dem Jahr, in dem der Aufwärtstrend einsetzte – stieg die gesamtdeutsche Armutsquote von 14,0 auf 15,9 Prozent, was einem Anstieg um fast 14 Prozent entspricht. Hinter diesem Wert verbergen sich jedoch mit Blick auf die einzelnen Bundesländer sehr heterogene und zum Teil auch gegensätzliche Entwicklungen.

Während in Westdeutschland und Berlin die Armut flächendeckend zunahm, ging sie in den neuen Bundesländern durchgehend und deutlich

zurück (s. Grafik 4). Im Vergleich zu 2006 zeigte Brandenburg einen Rückgang der Armut um 19,6 Prozent. Weitere Rückgänge verzeichneten Mecklenburg-Vorpommern (15,3 Prozent), Thüringen (10,5 Prozent), Sachsen-Anhalt (9,7 Prozent) und Sachsen (7,0 Prozent). Gleichwohl spielt sich dieser Rückgang zum Teil auf sehr hohem Niveau ab, so dass Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern trotz dieser positiven Entwicklung nach wie vor zu den am stärksten von Armut betroffenen Bundesländern Deutschlands gehören.

Grafik 4



Insgesamt haben sich alte und neue Bundesländer deutlich aufeinander zu bewegt. Betrug der Abstand der Armutsquote zwischen Ost und West im Jahr 2006 noch 6,5 Prozentpunkte, waren es in 2019 nur noch 2,5 Prozentpunkte (siehe Tabelle 1). Während die Armutsquote in Ostdeutschland zwischen 2006 und 2019 um knapp sieben Prozent zurückging, stieg sie in Westdeutschland um 21 Prozent an.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass sich Situation und Entwicklungen in den westdeutschen Bundesländern ebenfalls sehr heterogen darstellen. So sind etwa Hamburg und das Saarland nur sehr unterproportional von dem Armutszuwachs betroffen. Auf der anderen Seite stehen Nordrhein-Westfalen und Hessen: In Nordrhein-Westfalen nahm die Armut seit 2006 um über 33 Prozent zu und in Hessen sogar um über 34 Prozent. In beiden Bundesländern erfolgte die Zunahme darüber hinaus fast kontinuierlich, d.h. mit jährlichen Steigerungsraten.

Im Unterschied zu Nordrhein-Westfalen befand sich Hessen 2006 in der günstigen Ausgangssituation, dass die Armutsquote deutlich unterproportional war. Somit liegt Hessen trotz der negativen Entwicklung auch heute noch nur leicht über dem gesamtdeutschen Armutswert. Nordrhein-Westfalen lag dagegen schon 2006 mit einer Landesquote von 13,9 Prozent nahezu auf dem gesamtdeutschen Armutsniveau. Hier führte die sehr schlechte Entwicklung dazu, dass das bevölkerungsstärkste Bundesland aktuell zu den fünf Bundesländern mit der höchsten Armutsdichte in Deutschland gehört. Armutstreiber ist dabei vor allem das Ruhrgebiet (siehe Exkurs „Ruhrgebiet“).

Schließlich fällt in der Betrachtung der westdeutschen Bundesländer auf, dass sich die süddeutschen Länder, Bayern und Baden-Württemberg, mehr oder weniger positiv abgesetzt haben vom Rest der Republik – dies, obwohl auch Baden-Württemberg eine deutlich auffällige Armutsentwicklung zeigt, die sich jedoch auf vergleichsweise geringem Niveau abspielt.

Exkurs: Ruhrgebiet

Armutspolitische Problemregion Nummer 1 bleibt auch nach den Daten für 2019 das Ruhrgebiet. War von 2017 auf 2018 die Armutsquote seit Jahren zum ersten Mal wieder um einen guten Prozentpunkt zurückgegangen, so stieg sie 2019 wieder leicht an und erreichte mit 21,4 Prozent den zweitschlechtesten Wert, seit das Statistische Bundesamt 2005 begonnen hat, diese regionalisierten Daten zu erheben. Im Ländervergleich rangiert das Ruhrgebiet damit gerade noch vor dem abgeschlagenen Bremen mit seinen 24,9 Prozent, aber noch deutlich hinter Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin, die Armutsquoten zwischen 19 und unter 20 Prozent aufweisen.

Der Unterschied zu Bremen: Das kleinste Bundesland Deutschlands hat lediglich 680.000 Einwohner*innen. Im größten Ballungsraum Deutschlands, dem Ruhrgebiet, leben dagegen 5,8 Millionen Menschen, über 1,3 Millionen von ihnen in Einkommensarmut.

Und ein Weiteres macht den Unterschied: Das Ruhrgebiet zeigt (gemeinsam mit dem gesamten Land Nordrhein-Westfalen) seit 2006 eine deutlich schlechtere Entwicklung als andere besonders von Armut betroffene Bundesländer. Im Ruhrgebiet beträgt der Anstieg der Armutsquote seit Beginn des Negativtrends 2006 36 Prozent. Zum Vergleich: In ganz Deutschland waren es 14 Prozent. In diesem bevölkerungsstarken Ballungsraum wuchs die Armut zweieinhalbmal so schnell wie in Gesamtdeutschland. Die schlimmste Entwicklung zeigt die Raumordnungsregion Duisburg/Essen. Hier stieg die Armut im gleichen Zeitraum sogar um 48 Prozent. Die Entkopplung vom Bundestrend zeigt sich im Ruhrgebiet bis 2017. Seitdem vollzieht die Armutsquote auf hohem Niveau die Entwicklungen des Bundesschnitts nach.

Ging die Hartz IV-Quote in Deutschland seit 2008 nahezu kontinuierlich zurück, auf 8,4 Prozent in 2019, so stieg sie im Ruhrgebiet tendenziell an und verharrt seit 2015 bei um die 15 Prozent. Besonders besorgniserregend sind die SGB II-Zahlen für Kinder. Fast jedes vierte Kind im Ruhrgebiet lebte 2019 in Hartz IV, in manchen Städten oder Kreisen liegen die Quoten sogar bei 30 Prozent und höher. Ein besonderes Negativbeispiel ist Gelsenkirchen, wo 40 Prozent der Kinder in Hartz IV leben.

Grafik 5

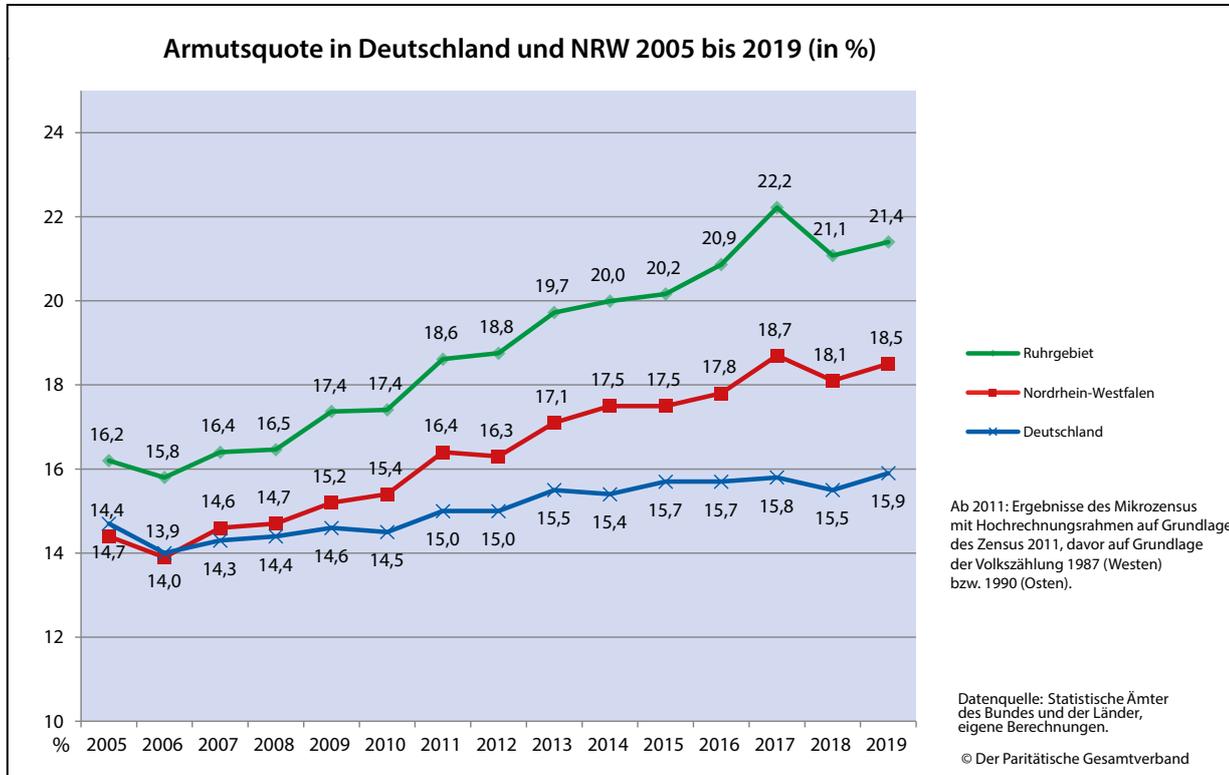


Tabelle 2: Armutsquoten im Ruhrgebiet seit 2005

Das Ruhrgebiet. Armutsquote nach Raumordnungsregionen ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Deutschland	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	15,8	15,5	15,9
Nordrhein-Westfalen	14,4	13,9	14,6	14,7	15,2	15,4	16,4	16,3	17,1	17,5	17,5	17,8	18,7	18,1	18,5
Ruhrgebiet	16,2	15,8	16,4	16,5	17,4	17,4	18,6	18,8	19,7	20,0	20,2	20,9	22,2	21,1	21,4
Raumordnungsregion Duisburg/ Essen	15,5	14,5	15,8	14,8	16,6	16,0	17,9	18,1	18,9	19,3	19,6	19,3	21,4	20,9	21,5
Raumordnungsregion Bochum/ Hagen	15,1	15,0	16,0	17,0	16,5	17,1	17,2	16,6	18,7	18,7	19,4	21,9	22,5	20,7	20,6
Raumordnungsregion Emscher-Lippe	17,7	17,4	16,6	17,3	17,4	18,3	19,5	19,5	21,1	21,1	20,4	21,3	24,6	22,0	21,9
Raumordnungsregion Dortmund	17,4	17,7	18,0	18,2	19,9	19,7	21,0	22,1	21,4	22,0	22,0	22,2	21,4	21,1	22,0

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen.

Tabelle 3: SGBII-Quoten im Ruhrgebiet seit 2005 (Jahresdurchschnitte)

Das Ruhrgebiet. SGBII-Quote nach Kreisen und kreisfreien Städten	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Deutschland	9,5	10,9	10,8	10,3	10,1	9,9	9,5	9,3	9,4	9,3	9,3	9,2	9,3	8,9	8,4
Nordrhein-Westfalen	9,5	11,5	11,5	11,2	11,1	11,2	11,0	11,0	11,2	11,4	11,5	11,5	11,9	11,6	11,2
Ruhrgebiet	.	.	14,2	13,9	13,8	14,1	13,9	14,0	14,3	14,6	14,8	15,1	15,6	15,3	14,8
Bochum, Stadt	.	.	13,2	12,9	12,8	13,1	13,2	13,5	13,8	14,1	14,4	14,9	15,7	15,5	15,1
Bottrop, Stadt	11,5	12,7	12,5	12,3	12,1	12,5	12,4	12,2	12,3	12,3	12,4	12,5	13,1	13,0	12,7
Dortmund, Stadt	16,7	18,1	18,1	17,6	17,3	17,8	17,6	17,5	17,8	18,0	18,3	18,4	18,7	18,2	17,9
Duisburg, Stadt	16,6	18,4	18,4	18,1	18,0	18,1	17,4	17,1	17,1	17,5	18,2	18,8	19,2	18,7	18,1
Ennepe-Ruhr-Kreis	.	.	9,7	9,8	10,0	10,4	10,2	10,2	10,3	10,4	10,4	10,2	10,9	10,6	10,3
Essen, Stadt	15,4	17,0	17,5	17,8	17,9	18,2	18,0	18,3	18,7	18,8	19,0	19,4	20,2	20,0	19,4
Gelsenkirchen, Stadt	19,9	21,7	21,6	21,0	20,8	21,1	20,9	21,2	21,6	22,3	23,2	23,8	24,8	24,9	24,4
Hagen, Stadt	15,2	16,6	16,5	15,9	15,9	16,1	15,4	15,1	15,6	16,2	17,0	17,7	18,4	17,8	17,2
Hamm, Stadt	.	.	14,7	14,4	14,2	14,2	14,0	14,7	15,5	16,0	16,1	15,7	15,4	14,5	13,6
Herne, Stadt	.	17,0	16,6	16,0	15,6	15,7	16,4	17,0	17,3	17,3	17,6	18,5	19,3	19,0	18,6
Kleve, Landkreis	.	.	6,6	6,2	5,9	6,2	6,3	6,6	7,0	7,4	7,5	7,4	7,7	7,3	6,7
Märkischer Kreis	9,6	10,3	9,7	9,2	9,5	9,9	9,2	9,1	9,5	9,6	9,5	9,7	10,1	9,8	9,5
Mühlheim a. d. Ruhr, Stadt	.	.	12,9	13,0	13,3	13,8	13,7	13,9	14,2	14,6	15,1	15,6	16,4	16,5	16,0
Oberhausen, Stadt	.	15,6	15,7	15,3	14,5	14,8	15,1	15,5	16,0	16,5	16,9	16,8	17,2	17,2	16,8
Recklinghausen	.	14,1	14,2	14,1	13,9	13,9	13,7	14,1	14,4	14,6	14,8	15,0	15,8	15,5	15,1
Unna	11,4	12,1	12,2	12,0	11,8	11,8	11,9	12,0	12,5	12,7	12,5	12,3	12,6	12,1	11,5
Wesel	.	10,1	10,2	9,8	9,6	9,5	9,3	9,2	9,3	9,5	9,6	9,6	9,9	9,7	9,3

© Der Paritätische Gesamtverband

 Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.
 Für 2005 und 2006 werden für einige Kreise und kreisfreie Städte von der Bundesagentur für Arbeit wegen unplausibler Werte keine SGBII-Quoten ausgewiesen.

Tabelle 4: SGBII-Quoten Kinder unter 18 Jahren im Ruhrgebiet seit 2005 (Jahresdurchschnitte)

Das Ruhrgebiet. SGBII-Quote Kinder nach Kreisen und kreisfreien Städten	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Deutschland	12,5	14,6	14,9	14,5	13,8	13,2	12,7	12,8	13,3	13,6	13,8	13,8	14,3	13,9	13,3
Nordrhein-Westfalen	12,8	15,9	16,4	16,2	15,6	15,4	15,2	15,7	16,4	17,0	17,5	17,7	18,6	18,3	17,9
Ruhrgebiet	.	.	20,4	20,4	19,9	19,8	19,8	20,4	21,4	22,2	22,9	23,5	24,7	24,4	24,0
Bochum, Stadt	.	.	21,0	21,1	21,1	21,1	21,1	21,8	22,6	23,1	23,6	24,4	26,2	26,0	26,0
Bottrop, Stadt	15,6	17,9	18,1	18,2	17,4	17,7	17,7	17,6	18,2	18,8	19,0	19,1	20,4	20,5	20,5
Dortmund, Stadt	23,8	26,1	26,7	26,4	25,9	26,2	26,2	26,5	27,3	27,9	28,8	29,1	29,9	29,4	29,0
Duisburg, Stadt	22,5	25,3	26,0	26,2	26,1	25,9	25,0	25,0	25,4	26,3	27,8	28,8	30,0	29,6	29,1
Ennepe-Ruhr-Kreis	.	.	13,6	13,9	14,4	14,8	14,4	14,6	15,0	15,3	15,6	15,5	16,8	16,8	16,4
Essen, Stadt	23,2	25,8	26,9	27,8	28,0	28,4	28,2	28,6	29,3	29,9	30,8	31,5	32,9	33,2	32,7
Gelsenkirchen, Stadt	26,9	29,5	30,4	30,1	28,9	28,9	29,4	31,0	32,0	33,9	36,2	37,3	39,6	40,4	40,1
Hagen, Stadt	21,3	23,4	23,7	23,3	23,1	22,7	22,3	22,9	24,1	25,4	27,1	28,1	29,4	28,5	27,6
Hamm, Stadt	.	.	20,1	19,8	18,2	17,3	17,1	18,9	21,6	22,8	23,3	22,5	22,1	20,8	19,7
Herne, Stadt	.	24,3	24,7	24,1	22,9	22,3	23,3	24,3	25,4	26,0	26,8	28,3	30,0	29,9	29,6
Kleve, Landkreis	.	.	9,3	8,3	7,2	7,2	7,4	8,2	9,3	10,3	10,7	10,6	11,3	10,6	9,8
Märkischer Kreis	12,3	13,6	13,2	12,8	12,5	12,9	12,3	12,7	13,6	14,1	14,1	14,4	15,5	15,1	14,8
Mühlheim a. d. Ruhr, Stadt	.	.	19,2	19,7	20,6	21,5	21,5	22,8	23,7	24,4	25,6	26,6	27,9	28,0	27,5
Oberhausen, Stadt	.	22,2	22,9	22,4	19,4	19,3	20,5	22,3	23,9	25,1	26,0	26,1	27,2	27,5	27,1
Recklinghausen	.	19,6	20,2	20,2	19,7	19,5	19,3	20,3	21,0	21,7	22,4	22,9	24,5	24,0	23,7
Unna	15,3	16,7	17,3	17,3	16,9	16,2	16,3	16,9	18,1	18,7	18,7	18,6	19,4	18,7	17,9
Wesel	.	13,9	14,5	14,1	13,3	12,5	12,4	12,6	13,2	13,6	13,9	14,2	15,2	14,9	14,5

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.

Für 2005 und 2006 werden für einige Kreise und kreisfreie Städte von der Bundesagentur für Arbeit wegen unplausibler Werte keine SGBII-Quoten ausgewiesen.

Neue Zweiteilung

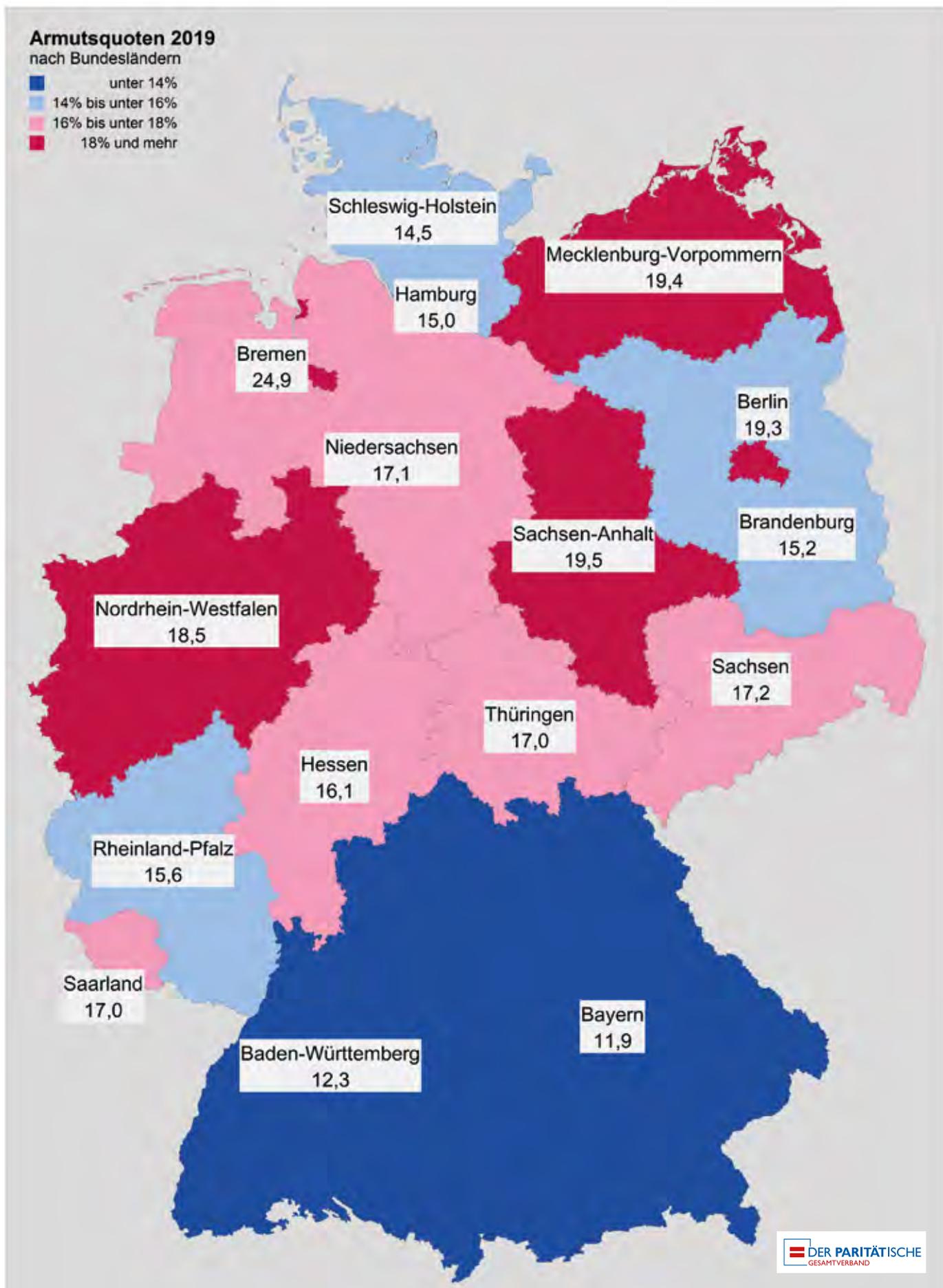
Der einfache Ost-West-Vergleich, die holzschnittartige Gegenüberstellung von neuen und alten Bundesländern funktioniert 30 Jahre nach der Vereinigung nicht mehr. Brandenburg zeigt mittlerweile eine Armutsquote, die deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt und gehört zu den fünf Ländern mit der geringsten Armutsdichte in Deutschland. Auch Thüringen hat eine Armutsquote, die noch unter der von Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder Bremen liegt.

Bei genauer Betrachtung der regionalen Verteilung der Armut in Deutschland (Karte 1, S. 14) wird dagegen deutlich, wie sehr die Situation im Süden vom Rest der Republik abgekoppelt ist. Allein der Abstand zwischen Baden-Württemberg, dem Bundesland mit der zweitniedrigsten Quote, und Schleswig-Holstein mit der drittniedrigsten Quote beträgt 2,2 Prozentpunkte. Ein Blick auf die Karte verdeutlicht, dass es kaum noch

bevölkerungsstarke Flächenländer gibt, die unterhalb des Bundesschnitts liegen. So weisen Niedersachsen, Hessen, Thüringen oder Sachsen allesamt Armutsquoten oberhalb des Durchschnitts auf. Mit anderen Worten: Bayern und Baden-Württemberg mit ihren niedrigen Armutsquoten und vielen Einwohner*innen tragen ganz erheblich dazu bei, dass die gesamtdeutsche Armutsquote nicht noch viel höher liegt.

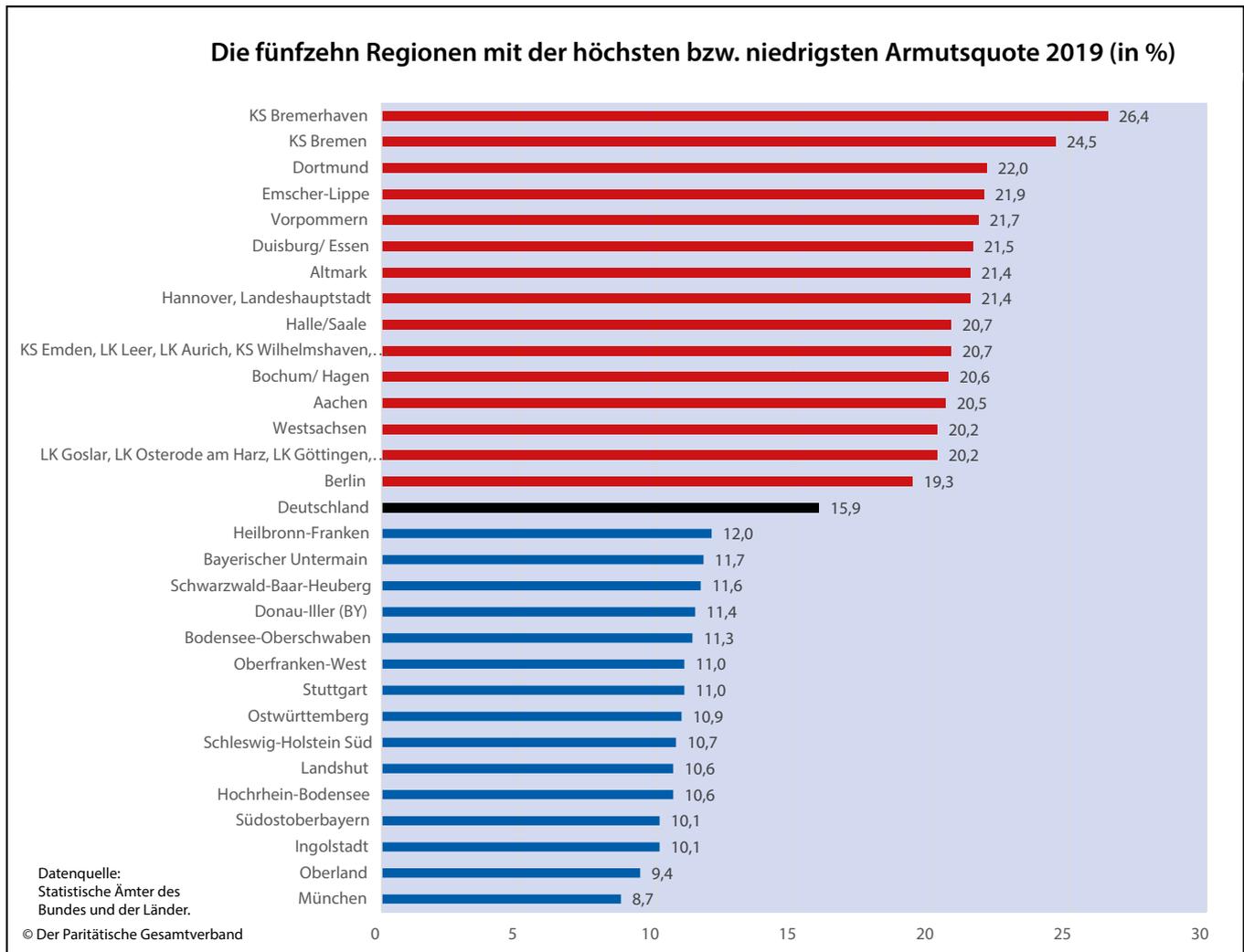
Armutsgeografisch zerfällt Deutschland also durchaus in zwei Teile – allerdings nicht in Ost und West, sondern in Nord und Süd. Im gut gestellten Süden haben Bayern und Baden-Württemberg eine gemeinsame Armutsquote von 12,1 Prozent. Der Rest der Republik, vom Osten über den Norden bis in den Westen, kommt zusammen auf eine Quote von 17,4 Prozent. Außerhalb von Bayern und Baden-Württemberg lebt durchschnittlich mehr als jede*r Sechste unterhalb der Armutsgrenze.

Karte 1: Armutsquoten 2019



3. Entwicklung der Armut in den Regionen

Grafik 6



Das vorherige Kapitel hat erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern hinsichtlich der Armutsquote aufgezeigt. Doch auch innerhalb der Bundesländer ist die Armut regional sehr unterschiedlich verteilt. In allen Flächenländern bis auf Baden-Württemberg finden sich Regionen,² deren Armutsquote über dem Bundesdurchschnitt liegt. Umgekehrt gibt es zumindest in elf Bundesländern Regionen mit einer unterdurchschnittlichen Armutsquote.

² Wir betrachten im Folgenden Regionen auf Ebene der Raumordnungsregionen und Mikrozensus-Anpassungsschichten (für Niedersachsen und Bremen). Raumordnungsregionen sind regionale Einheiten aus kreisfreien Städten und Landkreisen, die auf Basis von Pendler*innenverflechtungen zwischen Kreisen empirisch ermittelt sind. Anpassungsschichten sind Zusammenfassungen von Stadt- und Landkreisen, die für die Hochrechnung des Mikrozensus gebildet werden.

Grafik 6 veranschaulicht die enormen regionalen Unterschiede. In insgesamt vierzehn Regionen des Landes, darunter sehr bevölkerungsreiche, ist mehr als jede*r fünfte Einwohner*in von Armut betroffen, in Bremen und Bremerhaven gar jede*r vierte. Und die Unterschiede sind immens: Zwischen der Region mit der niedrigsten Armut (Region München, 8,7 Prozent) und jener mit der höchsten (Stadt Bremerhaven, 26,4 Prozent) liegen 17,7 Prozentpunkte.

Neben der großen Kluft zwischen Regionen mit hoher und niedriger Armut fällt auch die regionale Verteilung auf. Nahezu alle Regionen mit den geringsten Armutsquoten liegen in Bayern oder Baden-Württemberg. Einzige Ausnahme ist der an Hamburg grenzende

Süden Schleswig-Holsteins. Die fünfzehn Regionen mit der größten Armut sind dagegen weiter verstreut, aber auch hier finden sich eindeutige Cluster. Ein Drittel dieser Regionen liegt in Nordrhein-Westfalen, fast überwiegend im Ruhrgebiet. Ein zweites Drittel setzt sich aus Städten und Regionen in Niedersachsen und Bremen zusammen. Die restlichen Regionen liegen in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

Wie haben sich nun die Regionen über den Betrachtungszeitraum seit 2006 entwickelt? In insgesamt 27 Regionen hat die Armut im Vergleich zu 2006 abgenommen. Dazu zählen ganz überwiegend Regionen aus den neuen Bundesländern.³ In insgesamt 53 Regionen ist im selben Zeitraum die Armut jedoch gestiegen, in einigen außerordentlich stark.⁴ Tabelle 5 (S. 17) zeigt, in welchen Regionen die Armut besonders stark gestiegen ist. Es handelt sich um jene Regionen mit einem Anstieg der Armutsquote um zugleich mehr als 30 Prozent und mehr als drei Prozentpunkte im Vergleich zu 2006.⁵ Hierbei fallen Regionen mit einer auffällig schlechten Entwicklung der Armutsquote auf, die in der Diskussion armutsbetroffener Regionen häufig untergehen. Neben dem dramatischen Anstieg der Armut in Nordrhein-Westfalen – in Teilen des Ruhrgebiets, in Düsseldorf oder in Siegen sogar um mehr als 40 Prozent – fällt hier vor allem der Süden Hessens mit dem Rhein-Main-Gebiet und der Region um Darmstadt auf. Von vergleichsweise niedrigen Armutsquoten kommend, nähern sie sich zunehmend dem Bundesdurchschnitt an. Auch in einigen Regionen Baden-Württembergs, in Mittelfranken und in Teilen Schleswig-Holsteins ist ein auffälliger Anstieg der Armut festzustellen, der dringend politische Aufmerksamkeit und ein Gegensteuern erfordert.

Eines ist dabei wichtig zu betonen: Hohe Armutsquoten einer Region oder eines Bundeslandes können durchaus mit hohen Reichtumsquoten einhergehen. Schauen wir uns zur Verdeutlichung Hessen an: Hessen hat deutschlandweit die zweithöchste Reichtumsquote,⁶ liegt aber zugleich bei der Armutsquote, wie in den vorherigen Kapiteln herausgearbeitet, inzwischen oberhalb des bundesdeutschen Durchschnitts. Stieg die Armut in Hessen in den vergangenen Jahren deutlich an, blieb der Einkommensreichtum mit einem kleinen Auf und Ab insgesamt auf dem selben Niveau. Hohe Einkommen in einer Region bedeuten daher nicht, dass es dort nicht zugleich sehr viele arme Menschen geben kann. Die guten Einkommen vieler, ihre sicheren Arbeitsplätze und die vergleichsweise hohen Steuereinnahmen in diesen Regionen überdecken dabei die Probleme vieler anderer Menschen in Armut. Die Spaltung zwischen Arm und Reich, der enorme Unterschied in den Lebensbedingungen, wird durch die öffentliche Wahrnehmung einer vermeintlich prosperierenden Region unsichtbar.

3 Siehe für eine ausführlichere Darstellung der Armutsentwicklung in Ost und West: Der Paritätische Gesamtverband 2019: 30 Jahre Mauerfall - Ein viergeteiltes Deutschland. Der Paritätische Armutsbericht 2019. Berlin.

4 Zwei Regionen hatten 2006 und 2019 die gleiche Armutsquote, für weitere 13 Regionen kann der Vergleich aus methodischen Gründen nicht gezogen werden.

5 In Schleswig-Holstein Süd stieg die Armutsquote im Vergleich zu 2006 zwar um mehr als 30 Prozent, der Anstieg lag allerdings unterhalb von drei Prozentpunkten (siehe Tabelle A2, S. 45).

6 Die Sozialberichterstattung des Statistisches Bundesamtes gibt als Schwelle für Einkommensreichtum das Doppelte des Medians der Äquivalenzeinkommen an. Der Median der Äquivalenzeinkommen lag 2019 bei 1.790 Euro. Für eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren lag die Reichtumsschwelle des Haushaltsnettoeinkommens bei 7.518 Euro, für eine*n Alleinerziehende*n mit einem Kind unter 14 Jahren bei 4.654 Euro.

Tabelle 5: Regionen mit dem größten Zuwachs der Armut, 2006-2019

	Armutsquote		Veränderung 2006-2019	
	2006	2019	Prozentpunkte	%
Schleswig-Holstein Mitte	13,4	17,6	4,2	31,3
Industrieregion Mittelfranken	12,2	16,4	4,2	34,4
Neckar-Alb	9,6	13,1	3,5	36,5
Schwarzwald-Baar-Heuberg	8,5	11,6	3,1	36,5
Rheinpfalz	11,4	15,6	4,2	36,8
Bochum/ Hagen	15,0	20,6	5,6	37,3
Aachen	14,8	20,5	5,7	38,5
Donau-Iller (BW)	9,2	12,8	3,6	39,1
Bonn	11,8	16,5	4,7	39,8
Schleswig-Holstein Nord	12,5	17,5	5,0	40,0
Nordschwarzwald	9,6	13,6	4,0	41,7
Rhein-Main	10,5	15,3	4,8	45,7
Siegen	12,2	17,8	5,6	45,9
Düsseldorf	12,4	18,1	5,7	46,0
Starkenburg	10,5	15,4	4,9	46,7
Duisburg/ Essen	14,5	21,5	7,0	48,3

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquelle: Statistische Ämter der Länder und des Bundes; eigene Berechnungen.

Abgebildet sind Regionen mit einer Zunahme der Armutsquote um mehr als 30 Prozent und zugleich mehr als 3 Prozentpunkte.

Regionen aus Bremen und Niedersachsen gehen aus methodischen Gründen nicht in diese Aufstellung ein.

4. Soziodemografie der Armut

Welche Gruppen sind besonders von Armut betroffen, wer ist besonders gefährdet? Wie in den Vorjahren waren dies 2019 Alleinerziehende, Erwerbslose, Menschen mit niedriger Qualifikation und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Die Armutsquoten für diese Gruppen liegen deutlich über 30 Prozent, nicht selten über 40 Prozent und zum Teil sogar bei knapp 60 Prozent. Aber auch Kinder und junge Menschen unter 25, Alleinstehende, Familien mit drei oder mehr Kindern und Menschen mit Migrationshintergrund haben deutlich häufiger ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze als der Durchschnitt. Mehr als jede fünfte Person aus diesen Gruppen lebt in Armut.

Im Jahresvergleich von 2018 zu 2019 gibt es nur bei sehr wenigen Gruppen einen Rückgang der Armut und dieser fällt sehr gering aus. Hierzu zählen Männer zwischen 18 und 25 Jahren, einige Haushalte ohne Kinder und Familien mit zwei Erwachsenen und einem Kind. Bei den Zuwächsen fallen jene Gruppen auf, in denen die Armut innerhalb eines Jahres um einen Prozentpunkt oder mehr gestiegen ist: Menschen über 65 Jahre, darunter insbesondere Frauen, Rentner*innen und Pensionär*innen, Alleinerziehende und Menschen mit niedriger Qualifikation.

Im Langfristvergleich zwischen 2006 und 2019 fällt auf, dass in nahezu allen demografischen Gruppen die Armut zugenommen hat. Ausgenommen hiervon sind Familien mit zwei Erwachsenen und bis zu zwei Kindern. Zugenommen hat die Armut bei den oben im Jahresvergleich erwähnten Gruppen. Bemerkenswert ist hier, dass die Armutsquote von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit oder mit Migrationshintergrund deutlich weniger stark zugenommen hat als im Durchschnitt. War das Armutsrisiko beider Gruppen ab 2012/2013 noch angestiegen, sinkt es seit 2017 wieder. Die Armut in Deutschland ist gleichermaßen eine Armut von Deutschen und Nicht-Deutschen.

Die stärkste, sehr kontinuierliche und im Trend dramatische Zunahme von Armut ist bei Rentner*innen und Pensionär*innen festzustellen: Lag ihre Armutsquote 2006 noch bei 10,3 Prozent, waren es 2019 bereits 17,1 Prozent. Dies bedeutet einen besorgniserregenden Anstieg um 66 Prozent.

Tabelle 6: Armutsquote nach soziodemografischen Merkmalen (Bundesmedian)

Merkmal	Armutsquote in %		Veränderung in %
	2006	2019	
Insgesamt	14,0	15,9	13,6
Alter			
Unter 18	18,6	20,5	10,2
18 bis unter 25	22,3	25,8	15,7
25 bis unter 50	13,3	14,1	6,0
50 bis unter 65	11,3	12,0	6,2
65 und älter	10,4	15,7	51,0
Geschlecht			
Männlich	13,7	15,2	10,9
Weiblich	14,4	16,6	15,3
Alter und Geschlecht			
Männlich			
18 bis unter 25	21,3	24,7	16,0
25 bis unter 50	13,1	13,7	4,6
50 bis unter 65	11,3	11,5	1,8
65 und älter	8,5	13,5	58,8
Weiblich			
18 bis unter 25	23,3	27,0	15,9
25 bis unter 50	13,5	14,6	8,1
50 bis unter 65	11,3	12,6	11,5
65 und älter	11,8	17,4	47,5
Haushaltstyp			
Einpersonenhaushalt	21,7	26,5	22,1
Zwei Erwachsene ohne Kind	8,0	8,7	8,8
Sonstiger Haushalt ohne Kind	8,3	8,8	6,0
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	37,0	42,7	15,4
Zwei Erwachsene und ein Kind	11,4	8,8	-22,8
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	11,6	11,0	-5,2
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	24,3	30,9	27,2
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	16,6	19,3	16,3
Erwerbsstatus			
Erwerbstätige	7,1	8,0	12,7
Selbständige (einschließlich mithelfende Familienangehörige)	8,5	9,0	5,9
Abhängig Erwerbstätige	7,0	7,9	12,9
Erwerbslose	49,4	57,9	17,2
Nichterwerbspersonen	16,7	23,1	38,3
Rentner*innen und Pensionär*innen	10,3	17,1	66,0
Personen im Alter von unter 18 Jahren	18,7	20,8	11,2
Sonstige Nichterwerbspersonen	27,3	42,8	56,8
Qualifikationsniveau der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher*in)			
Niedrig	30,5	41,7	36,7
Mittel	13,2	15,2	15,2
Hoch	5,0	5,9	18,0
Qualifikationsniveau (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)			
Niedrig	22,5	32,9	46,2
Mittel	10,6	12,4	17,0
Hoch	5,4	6,2	14,8
Staatsangehörigkeit			
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	32,6	35,2	8,0
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	12,2	13,2	8,2
Migrationshintergrund			
Mit Migrationshintergrund	26,9	27,8	3,3
Ohne Migrationshintergrund	11,1	11,7	5,4

5. Sozialstruktur der Armut

Für ein vollständiges Bild der Armut in Deutschland, ist es notwendig, nicht nur der Frage nachzugehen, unter welchen Bevölkerungsgruppen die Armut am verbreitetsten ist, sondern auch zu verstehen, wie sich die Gruppe der rechnerisch 13,2 Millionen Armen zusammensetzt? Wie viele von ihnen sind erwerbstätig, wie viele in Rente? Wie viele beziehen Hartz IV, wie viele sind jung oder alt? Im Vergleich zum vorangegangenen Kapitel dreht sich damit die Perspektive. Denn nur weil 43 Prozent der Alleinerziehenden ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze haben (Tabelle 6, S. 19), heißt das nicht, dass 43 Prozent der Armen auch alleinerziehend sind.

Aber zu genau solchen falschen Typisierungen führt die durchaus richtige Berichterstattung über besondere Risikogruppen der Armut gelegentlich: Bei armen Menschen, heißt es dann, handele es sich vor allem um Alleinerziehende, Erwerbslose, Migrant*innen und Menschen mit schlechter oder ohne Ausbildung. Dem ist jedoch ganz und gar nicht so.

Denn Armut ist zum Beispiel nicht nur ein Problem derjenigen mit geringen Bildungsabschlüssen. 62 Prozent der über 25-jährigen Armen verfügen über ein mittleres oder sogar hohes Qualifikationsniveau (Tabelle 7, S. 21). Armut in Deutschland ist auch nicht hauptsächlich ein Problem von Migrant*innen: Die Mehrzahl der Armen (54 Prozent) hat keinen Migrationshintergrund, 73 Prozent der Armen besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit.

Und Armut ist auch nicht nur ein Problem für Arbeitslose – denn nur knapp acht Prozent sind überhaupt erwerbslos. Dagegen ist ein Drittel aller erwachsenen Armen erwerbstätig, während 30 Prozent in Rente oder Pension sind und noch einmal 30 Prozent nicht erwerbstätig sind und dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen (Grafik 7). Diese Erkenntnis widerspricht nicht nur den geläufigen Debatten um Armut, sondern sie ist auch folgenschwer für politische Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut (siehe Kapitel 7).

Grafik 7

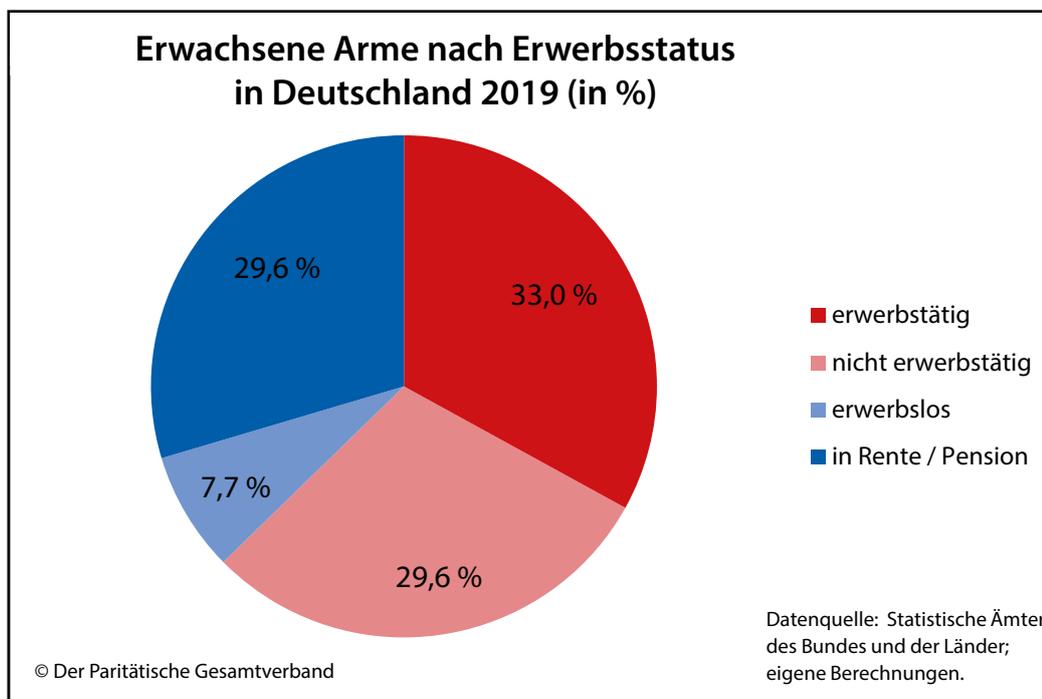


Tabelle 7: Struktur der armen Bevölkerung (Bundesmedian)

Merkmal	2019*
Alter	
Unter 18	21,3
18 bis unter 25	12,0
25 bis unter 50	28,4
50 bis unter 65	17,6
65 und älter	20,7
Geschlecht	
Männlich	47,2
Weiblich	52,8
Alter und Geschlecht	
Männlich	
18 bis unter 25	6,0
25 bis unter 50	14,0
50 bis unter 65	8,3
65 und älter	8,0
Weiblich	
18 bis unter 25	6,0
25 bis unter 50	14,5
50 bis unter 65	9,3
65 und älter	12,7
Haushaltstyp	
Einpersonenhaushalt	35,2
Zwei Erwachsene ohne Kind	15,4
Sonstiger Haushalt ohne Kind	7,8
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	9,9
Zwei Erwachsene und ein Kind	5,0
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	8,2
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	9,8
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	8,6
Erwerbsstatus	
Erwerbstätige	26,1
Selbständige (einschließlich mithelfende Familienangehörige)	2,7
Abhängig Erwerbstätige	23,4
Erwerbslose	6,1
Nichterwerbspersonen	67,8
Rentner*innen und Pensionär*innen	23,4
Personen im Alter von unter 18 Jahren	21,0
Sonstige Nichterwerbspersonen	23,4
Qualifikationsniveau der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher*in)	
Niedrig	36,7
Mittel	51,3
Hoch	12,1
Qualifikationsniveau (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)	
Niedrig	37,5
Mittel	50,1
Hoch	12,3
Staatsangehörigkeit	
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	27,5
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	72,5
Migrationshintergrund	
Mit Migrationshintergrund	45,6
Ohne Migrationshintergrund	54,4

6. Armut 2020: Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die relative Einkommensarmut

Die Daten dieses Berichts spiegeln das Jahr 2019. Es sind Daten aus der Vor-Corona-Zeit. Dass arme Menschen besonders gefährdet sind, an Covid-19 zu erkranken, wurde insbesondere nach den Skandalen in der Fleischverarbeitung intensiv diskutiert. Wo Menschen in Notunterkünften leben müssen, in Flüchtlingsammelunterkünften, in überbelegten Frauenhäusern, in Substandardwohnungen für Wanderarbeiter*innen oder aber auch ganz schlicht mit großen Familien auf viel zu kleinem Raum, sind die hygienischen Voraussetzungen meist nicht gegeben, um sich vor dem Coronavirus wirksam schützen zu können. Arme Menschen haben statistisch auch häufiger Vorerkrankungen und einen insgesamt schlechteren Gesundheitszustand, der das Risiko eines schweren Krankheitsverlaufes erhöht. Arme Menschen leiden auf engem Wohnraum besonders unter Lockdown-Bedingungen. Die psychischen Belastungen variieren sehr mit den Möglichkeiten der häuslichen Umgebung und der Ausstattung von Haushalten. Auch die Möglichkeiten des Homeschooling, Bildungschancen, hängen direkt von den materiellen Gegebenheiten in den Familien ab. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf einzelne Bevölkerungsgruppen und auch gesamtgesellschaftlich sind in erheblicher Weise davon abhängig, wie stark eine Gesellschaft von Armut betroffen ist. In diesem Exkurs soll, der Methodik des Gesamtberichts folgend, jedoch lediglich geprüft werden, welche möglichen oder voraussichtlichen Auswirkungen die Corona-Krise mit der sie begleitenden wirtschaftlichen Rezession auf die Entwicklung der Einkommensarmut in 2020 hat.

Ab Mitte März stürzte die Wirtschaft in Folge des Lockdown in historischem Maße ab. Um 11,5 Prozent lag die Wirtschaftsleistung im 2. Quartal 2020 unter dem Niveau des letzten Quartals 2019. Zwar zog das Wachstum ab Mai wieder an, doch gehen die Forschungsinstitute in ihrem gemeinsamen Herbstgutachten noch immer von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 5,4 Prozent für das gesamte Jahr 2020 aus. Für 2021 prognostizieren sie ein Plus von 4,7 Prozent und stellen damit klar, dass nach ihrer Voraussicht erst Ende 2021 das Vorkrisenniveau wieder erreicht sein wird. Eine „Normalauslastung“ der Produktionskapazitäten sehen sie sogar erst für Ende 2022.⁷ Diese

⁷ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020: Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie, Gemeinschaftsdiagnose 2-2020. Kiel, S. 11/39 ff.

Prognose erfolgte vor dem Beschluss von Bundes- und Landesregierungen, im November die erneute Schließung aller gastronomischen Betriebe, aller Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen sowie Sportstätten inkl. Fitnessclubs zu veranlassen. Das DIW geht in einer Studie von Anfang November davon aus, dass dieser neuerliche leichte Lockdown dafür sorgen dürfte, dass das BIP im 4. Quartal um 1 Prozent sinkt, wobei die Forscher*innen in ihren Annahmen davon ausgehen, dass der Lockdown tatsächlich nur den Monat November umfasst und die Wirtschaft im Dezember wieder anziehen kann.⁸

Eine solche Rezession muss theoretisch nicht zwingend mit einem Anstieg von Armut einhergehen. Wenn sich die Einkommensverluste der Privathaushalte gleichmäßig verteilen würden oder sogar lediglich die obersten Einkommensgruppen betroffen wären, würde sich an den Quoten für die relative Einkommensarmut in der Bevölkerung nichts ändern. Es kommt daher auf die konkreten Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf einzelne Branchen, den Arbeitsmarkt und die Einkommen an sowie auf die spezifische Wirkung der wirtschafts- und sozialpolitischen Kriseninterventionen.

Die Bundesregierung reagierte auf den Wirtschaftseinbruch sehr schnell und entschlossen mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen. Zügig wurden Zuschüsse für Soloselbständige und Kleinbetriebe und steuerliche Liquiditätshilfen auf den Weg gebracht. Die Anzeigepflicht von Insolvenzen wurde ausgesetzt. Das Kurzarbeitergeld wurde ausgeweitet. In der Spitze stieg die Zahl der kurzarbeitenden Beschäftigten im April auf fast 6 Millionen, um bis zum Sommer auf 4,2 Millionen abzuflachen.⁹

Im Juni folgte das volumenstärkste Konjunkturprogramm seit Bestehen der Bundesrepublik. Kernelemente waren nochmalige Überbrückungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen sowie eine bis Jahresende befristete Absenkung der Mehrwertsteuersätze von 19 auf 16 bzw. 7 auf 5 Prozent. Auch wurde für Kinder ein einmaliger Kindergeldbonus von 300 Euro beschlossen.

⁸ Marius Clemens, Geraldine Dany-Knedlik, Claus Michelsen und Simon Junker 2020: Zweite Corona-Infektionswelle: Deutsche Wirtschaft wird zum Jahresende schrumpfen, in: DIW aktuell Nr. 55. Berlin.

⁹ Bundesagentur für Arbeit 2020: Der Arbeitsmarkt im September 2020, Presseinfo Nr. 43 vom 30.09.2020.

Insbesondere das Kurzarbeitergeld und die Überbrückungshilfen wirkten stark dämpfend auf die Krisenfolgen, konnten jedoch nicht verhindern, dass die Erwerbstätigkeit im 2. Quartal 2020 um 1,4 Prozent zurückging, was rund 600.000 Personen entspricht.¹⁰ Besonders betroffen war mit rund 250.000 die Gruppe ausschließlich geringfügig Beschäftigter. Nach Branchen zeigten das Gastgewerbe und die Leiharbeit die größten „Schwankungen“. Insgesamt prognostizieren die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem gemeinsamen Herbstgutachten für 2020 einen Rückgang der Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt um fast 400.000 Personen, von 45,1 auf 44,7 Mio. Erwerbstätige.

Der Rückgang der Erwerbstätigkeit findet seinen Niederschlag in den Arbeitslosenzahlen. Im 2. Quartal 2020 stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 2.266.000 (Februarwert) um 30 Prozent auf 2.939.000, um dann bis Oktober wieder leicht auf 2.863.000 zurückzufallen.¹¹ Die Arbeitslosenquote stieg von 5,1 auf 6,4 Prozent im August und lag im Oktober bei 6,0 Prozent. Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen in ihrer Herbstprognose für 2020 mit einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von 5,9 Prozent. Den gleichen Wert prognostizieren sie für 2021. Mit anderen Worten: Sie gehen nicht von einem raschen Abbau der Arbeitslosigkeit auf Vorkrisenniveau aus.¹² Und diese Rechnung berücksichtigt, wie bereits erwähnt, noch nicht den November-Lockdown und seine Folgen. Das DIW geht in Folge der zweiten Corona-Welle im 4. Quartal noch einmal von einem Rückgang der Erwerbstätigenzahl um fast 90.000 und fast 50.000 zusätzlichen Arbeitslosen aus.¹³

Auch an den Hartz IV-Zahlen ging die Krise bis September nicht spurlos vorbei. Sie sprangen zwischen Februar und Juli um über 300.000 auf 5,89 Millionen hoch, um bis Oktober wieder auf 5,63 Millionen zurückzugehen.¹⁴

Besonders hart getroffen sind Jugendliche unter 25 Jahren: Lag die Zahl aller Arbeitslosen im Oktober 2020 noch immer 18 Prozent über dem März-Wert,

10 Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020: Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie, Gemeinschaftsdiagnose 2-2020. Kiel, S. 57 f.

11 Bundesagentur für Arbeit 2020: Eckwerte des Arbeitsmarktes und der Grundsicherung (Monatszahlen) Deutschland, Oktober 2020. Nürnberg, S. 5.

12 Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020: Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie, Gemeinschaftsdiagnose 2-2020. Kiel, S. 58.

13 Marius Clemens, Geraldine Dany-Knedlik, Claus Michelsen und Simon Junker 2020: Zweite Corona-Infektionswelle: Deutsche Wirtschaft wird zum Jahresende schrumpfen, in: DIW aktuell Nr. 55. Berlin.

14 Bundesagentur für Arbeit 2020: Eckwerte des Arbeitsmarktes und der Grundsicherung (Monatszahlen) Deutschland, Oktober 2020. Nürnberg, S. 42.

war es bei den unter 25-Jährigen 23 Prozent. 261.000 Jugendliche unter 25 waren im Oktober arbeitslos gemeldet.¹⁵

Die verschiedenen Maßnahmen der Bundesregierung haben durchaus dazu beigetragen, dass die Einkommenssituation angesichts eines solch massiven Wirtschaftseinbruchs noch relativ stabil blieb. Blicken wir jedoch auf die Gruppen, die vor allem von Einkommenseinbußen betroffen sind, wird auch klar, dass sich mit der Corona-Krise die Einkommensarmutproblematik gegenüber 2019 noch einmal verschärft haben dürfte.

Wenn wir feststellen, dass vor allem Minijobber*innen und Leiharbeiter*innen in dieser Krise als erste ihre Jobs verloren, so trifft das eine Gruppe, die ohnehin von schlechter Bezahlung und niedrigem Einkommen geprägt ist.¹⁶

Auch die ersten Erkenntnisse zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die Haushaltseinkommen weisen darauf hin, dass die Einkommensverluste gerade nicht streuen, sondern nur eine Minderheit treffen. Im Haushaltskrisenbarometer des Leibniz-Instituts für Finanzmarktforschung gaben im Juli und August 83 Prozent der befragten Haushalte an, keine coronabedingten Einkommenseinbußen zu haben.¹⁷ Die Krise geht bspw. an Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder aber Pensionär*innen und Rentner*innen unter Einkommensgesichtspunkten relativ spurlos vorüber. Jede*r Zehnte gab Einbußen von bis 20 Prozent, gut jede*r Zwanzigste von über 20 Prozent an.¹⁸ Dass es vor allem Selbständige¹⁹ sind und Beschäftigte im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Unterhaltung

15 Bundesagentur für Arbeit 2020: Eckwerte des Arbeitsmarktes und der Grundsicherung (Monatszahlen) Deutschland, Oktober 2020. Nürnberg.

16 Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf 2020: Niedriglohnbeschäftigung 2018, IAQ-Report 2020-05. Duisburg; Deutscher Bundestag Drucksache 19/5462, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Susanne Fersch, Matthias W. Birkwald, Sylvia Gabelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 19/4681 – Ausmaß und Struktur der geringfügigen Beschäftigung.

17 Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung 2020: Haushaltskrisenbarometer, Auswertung vom 17.9.2020, Internetabruf (10/2020): <https://haushaltskrisenbarometer.de/auswertung-17-09-2020>

18 Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung 2020: Haushaltskrisenbarometer, Auswertung vom 17.9.2020, Internetabruf (10/2020): <https://haushaltskrisenbarometer.de/auswertung-17-09-2020>

19 Rund 60 Prozent der Selbständigen beklagten nach einer Erhebung des DIW in April und Mai Einkommensverluste, die im Durchschnitt um ein Mehrfaches über den Einkommensverlusten der Beschäftigten lagen. Siehe Alexander S. Kritikos, Daniel Graeber, Johannes Seebauer 2020: Corona-Pandemie wird zur Krise für Selbständige. DIW aktuell Nr. 47, Berlin.

und Erholung, unter denen sogar 30 Prozent Einkommen verloren haben²⁰, erstaunt dabei nicht.

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung mit dem Befragungsmonat Juni gibt dabei erste Hinweise darauf, dass Personen mit niedrigerem Einkommen eher von Einkommenseinbußen betroffen waren als solche mit mittlerem (ab 2.600 Euro) oder höherem Monatseinkommen (ab 3.200 Euro).²¹

Es gibt also genügend Anzeichen, dass die Corona-Krise auch mit weiter wachsender Ungleichheit und mit einer weiter wachsenden Armut einhergeht. Es spricht vieles dafür, dass der aktuelle Armuts-Rekordwert von 15,9 Prozent in 2019 im Jahr 2020 noch einmal deutlich ansteigen wird.

Um dieses zu verhindern und gleichsam die Gesellschaft zusammenzuhalten, hätten die verschiedenen Unterstützungsprogramme klare armutspolitische Akzente gebraucht. Selbst die Wirtschaftsforschungsinstitute bemängeln: „Insgesamt tragen die auf die Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausgerichteten Elemente der Konjunkturpolitik der Bundesregierung tendenziell dazu bei, dass sich die Einkommensschere zwischen denjenigen, die in der Corona-Krise Einkommenseinbußen hatten, und der übrigen Bevölkerung vergrößert.“²²

Es ist vor allem die Absenkung der Mehrwertsteuer, die vor diesem Hintergrund massive Kritik der Wirtschaftsinstitute erfährt. Auch der Paritätische hat frühzeitig angemahnt, dass die Corona-Krise gerade für untere Einkommensschichten und Bezieher*innen von Hartz IV mit erheblichen Belastungen verbunden ist und hat eine entsprechende zielgenaue Unterstützung dieser Personengruppen gefordert. Es ist markant für diese Krise, dass sie auf der einen Seite für fast jede*n Fünfte*n mit Einkommenseinbußen einhergeht, auf der anderen Seite die Sparquote aller Haushalte in Deutschland ein „historisches Hoch“ von 21 Prozent erreicht.²³

20 Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung 2020: Haushaltskrisenbarometer, Auswertung vom 17.9.2020, Internetabruf (10/2020): <https://haushaltskrisenbarometer.de/auswertung-17-09-2020>

21 Hans-Böckler-Stiftung 2020: Corona-Krise: 26 Prozent der Erwerbstätigen haben bereits Einkommenseinbußen erlitten, soziale Ungleichheit verschärft sich, Pressemitteilung vom 10.07.2020.

22 Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020: Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie, Gemeinschaftsdiagnose 2-2020. Kiel, S. 74.

23 Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020: Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie, Gemeinschaftsdiagnose

Ein Zuschlag auf Hartz IV hätte auf keinen Fall zu einer Erhöhung der Sparquote, sondern tatsächlich dazu geführt, dass jeder Euro in den Konsum geflossen wäre, worum es der Bundesregierung nach offizieller Lesart ja ging. Die Mehrwertsteuersenkung dagegen hatte offenbar kaum konsumstimulierende Wirkung. Im Haushaltskrisenbarometer gaben 89 Prozent der Befragten an, trotz Mehrwertsteuersenkung keine größeren Anschaffungen tätigen zu wollen.²⁴ Die Wirtschaftsinstitute gehen davon aus, dass ohnehin nur die Hälfte der Mehrwertsteuerabsenkung an die Verbraucher*innen weitergegeben wurde.²⁵

Eine gezielte Förderung einkommensschwacher Haushalte hätte zudem sichergestellt, dass die meisten Mittel in diejenigen Regionen geflossen wären, die die höchsten Armutsquoten und die größten regionalen Strukturprobleme haben. Schließlich hätte eine solche Maßnahme nur einen Bruchteil der 20 Milliarden Euro gekostet, die die Mehrwertsteuerabsenkung an Einnahmeausfällen verursacht. Doch konnte sich die Regierungskoalition zu keinerlei gezielten armutspolitischen Maßnahmen in ihren Krisenpaketen durchringen.

2-2020. Kiel, S. 74.

24 Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung 2020: Haushaltskrisenbarometer, Auswertung vom 05.07.2020, Internetabruf (10/2020): <https://haushaltskrisenbarometer.de/auswertung-05-07-2020/>

25 Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020: Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie, Gemeinschaftsdiagnose 2-2020. Kiel, S. 56.

7. Politische Schlussfolgerungen: Gegen Armut hilft Geld – Warum Transfereinkommen wichtig sind

Solange Geld und Einkommen in Deutschland tatsächlich die Schlüsselressource zur Absicherung des physischen Existenzminimums und zu Teilhabe darstellen, bleiben monetäre Transfers das Mittel schlechthin im Kampf gegen die Armut. Der gelegentliche Verweis auf Gratisressourcen speziell für einkommensschwache Haushalte ist ohne empirische Grundlage. In einer ersten Annäherung an das Phänomen muss vielmehr festgestellt werden, dass es die in diesem Zusammenhang vielzitierten Sozialpässe in der Mehrzahl der Kommunen anscheinend nicht zu geben scheint. Eine verdienstvolle erste Studie für das Land Nordrhein-Westfalen zeigt, dass gerade einmal 1/3 der Kommunen Sozialpässe ausgeben, mit einem deutlichen Schwerpunkt auf Bezieher*innen von Transferleistungen als die „Minimal-Zielgruppe“ und einem deutlichen Schwerpunkt auf einen Kultur-Pass als „Minimal-Lösung des Leistungsumfanges“.²⁶ Wie bei den Familienpässen geht es dabei häufig lediglich um die Gewährung von Preisnachlässen, keinesfalls aber um Gratisnutzungen oder -eintritte. Gleiches gilt für die Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr. Lediglich bei der Kita-Betreuung kann davon ausgegangen werden, dass diese für Bezieher*innen von Sozialtransfers in der Regel gebührenfrei angeboten werden, wobei jedoch eine eher kleine Gruppe unter den Armen angesprochen ist.

Das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket, mit dem 2010 von der monetären Unterstützung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen auf Sachleistungen umgeschwenkt werden sollte, ist gescheitert. Im wichtigen außerschulischen Bereich, der Teilhabe an der Gemeinschaft mittels Musikunterricht oder der Mitwirkung in Sportvereinen oder Jugendverbänden, konnten gerade einmal 15 Prozent der Anspruchsberechtigten die Leistungen in Anspruch nehmen.²⁷ Die Gründe dieses Debakels sind bekannt: Mit 15 Euro im Monat sind die Zuschüsse viel zu gering bemessen, um die tatsächlichen Kosten auszugleichen und den Eltern damit die Inanspruchnahme zu ermöglichen. Die gesamte Architektur des Bildungs- und Teilhabepaketes, die durch eine ausgesprochene „Komm-Struktur“ geprägt ist, wie es die Pädagog*innen nennen, kann insbesondere bei

einkommensarmen Familien nicht funktionieren, wie Expert*innen seit langem betonen.²⁸

Der Paritätische fordert daher eine Totalreform des verunglückten Bildungs- und Teilhabe-Paketes mittels eines echten Rechtsanspruchs auf Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen im Kinder- und Jugendhilfe-recht.²⁹

Der Verweis auf notwendige Infrastruktur – vom Schulessen bis zum Altenclub – ist fachlich geboten, wird jedoch zu häufig missbraucht, um eine bedarfsdeckende Geldleistung gegen Bildung oder Betreuung auszuspielen. Eine gute, inklusive Schule hilft armen Familien noch nicht, angstfrei und auskömmlich über den Monat zu kommen. Unbestritten sind infrastrukturelle Dienste und Angebote außerordentlich wichtig, geht es darum Teilhabe zu organisieren und Menschen in ihrer Entwicklung zu fördern, und unbestritten sind sie für Menschen in unterprivilegierten Lebenssituationen besonders wichtig. Doch verschaffen eine gute Gesundheitsversorgung, ein gutes Bildungssystem und eine gut aufgestellte Jugend-, Alten- oder Behindertenhilfe armen Menschen erst einmal noch kein Einkommen, geschweige denn, dass sie ein auskömmliches Einkommen überflüssig machen könnten. So wie die bundesdeutsche Gesellschaft funktioniert, nämlich primär über Geld, wird Infrastruktur Einkommen niemals in größerem Umfang ersetzen können, geht es um die Abdeckung des Existenzminimums oder um Teilhabe. Zudem gilt: Wenn gerade im ländlichen Raum vielfach wichtige Angebote der Jugendarbeit, der Bildungsarbeit, der Gesundheitsberatung oder der Altenhilfe fehlen, wenn in vielen Kommunen soziale Einrichtungen und Dienstleistungen deutlich unterfinanziert oder sogar von Schließung bedroht sind, wenn Gruppen in Kindergärten zu groß sind, und Lehrkräfte an Schulen genauso fehlen wie Pflegekräfte, wenn Inklusion vielerorts so gut wie nicht stattfindet, dann sind das Missstände, die ganz unabhängig von Armutszahlen und Armutsentwicklungen dringend und so schnell wie möglich zu beheben sind. Eine nachhaltige soziale Infrastruktur und lebenswerte

26 Arp, Anna Liza 2021 (im Erscheinen): Sozialpässe in Nordrhein-Westfalen. Kommunale Gestaltung eines Instruments zur Teilhabeförderung in Armutslagen. Opladen, Berlin & Toronto.

27 Der Paritätische Gesamtverband 2020: Empirische Befunde zum Bildungs- und Teilhabepaket: Teilhabequoten im Fokus. Berlin.

28 Komm-Struktur meint in der Pädagogik, dass es eine Holschuld bei den Anspruchsberechtigten gibt. Der*die Pädagog*in wartet, bis die Familie kommt. Dagegen sprechen Pädagog*innen von einer Geh-Struktur, wenn pädagogische Einrichtungen oder Vereinigungen der Jugendarbeit aktiv ihre Klientel aufsuchen und niederschwellige, häufig stadtteilorientierte Angebote unterbreiten.

29 Siehe zum gesamten Konzept für die Verwirklichung eines Rechtsanspruchs auf Teilhabe: Der Paritätische Gesamtverband 2010: Kinder verdienen mehr: Paritätisches Konzept zur Bildungs- und Entwicklungsförderung junger Menschen. Berlin.

Kommunen begründen sich nicht erst über Armut und darüber, dass zu viele Menschen zu wenig Einkommen haben.

In der Diskussion um Armutsbekämpfung stoßen wir immer wieder auf zwei Behauptungen, die zwar sehr eingängig, aber streng genommen falsch sind. Zumindest führen sie auf eine kaum zielführende Fährte. Die eine lautet „Das beste Mittel gegen Armut ist Bildung“, die andere „Das beste Mittel gegen Armut ist Arbeit“. Als politische Ziele ist gegen beide Thesen überhaupt nichts einzuwenden. Ganz im Gegenteil: Die Vermarktungsfähigkeit der eigenen Arbeitskraft, sei es als abhängig Beschäftigte*r oder als Selbständige*r, ist in unserer Arbeitsgesellschaft für die meisten von zentraler Bedeutung für ihr Einkommen. Die Vermarktungsfähigkeit hängt mit entscheidend vom Bildungsniveau und der Passfähigkeit der erworbenen Qualifikationen ab. Eine gute und marktgängige Ausbildung ist daher unzweifelhaft eines der wichtigen Instrumente zur Armutsprävention. Richtig ist aber auch: Von den Armen über 25 Jahren verfügen fast zwei Drittel über ein mittleres oder sogar hohes Qualifikationsniveau (Tabelle 7, S. 21). Das Bildungsniveau kann also bestenfalls notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung der Armutsvermeidung sein.

Und ein weiteres gehört zur ganzen Wahrheit: Gute Bildung hilft, Kindern aus einkommensarmen Familien einen Weg aus der Armut anzubahnen, sie aus einem möglichen Teufelskreis aus Armut, fehlenden Bildungsmöglichkeiten und wiederum Armut zu befreien. Eine noch so gute Bildungsinfrastruktur vermag es allerdings nicht, armen Kindern ihre arme Kindheit zu ersparen, solange die Familie als Ganzes arm ist. Insofern macht es auch keinen praktischen Sinn, Geld gegen Sachleistung ausspielen zu wollen, wie es politisch immer wieder versucht wird.

Die andere These, das beste Mittel zur Bekämpfung der Armut sei eine Arbeitsmarktpolitik, die die Menschen (wieder) in Arbeit bringt, wird vor allem immer dann vorgetragen, wenn nicht bedarfsgerechte, unzureichende Transferleistungen wie die Regelsätze in Hartz IV legitimiert werden sollen oder doch zumindest von ihnen abgelenkt werden soll. Empirisch ist diese Setzung allerdings nicht haltbar, sondern entlarvt sich schnell als Ideologie.

Erwachsene Arme sind in der überwältigenden Mehrzahl nicht arbeitslos, wie wir sahen (Grafik 7, S. 20). In der Regel gehen sie einer Erwerbstätigkeit nach oder sind Rentner*innen. Bei den erwerbstätigen Armen handelt es sich dabei entgegen einer verbreiteten Annahme keineswegs vor allem um Minijobber*innen, sondern ganz überwiegend um mehr als geringfügig Beschäftigte, wie der Paritätische Armutsbericht 2018 aufzeigen konnte.³⁰

Lediglich 7,7 Prozent der erwachsenen Armen sind nach den aktuellen Daten tatsächlich erwerbslos. Die Sozialstruktur der Armen verweist damit weniger auf eine arbeitsmarktpolitische Agenda als vielmehr auf Notwendigkeiten im Transfersystem, insbesondere für alte Menschen und Kinder.

Wenn wir in Deutschland Armut nicht nur theoretisch und auf Grundlage falscher Annahmen bekämpfen, sondern Armut tatsächlich beseitigen wollen, kommen wir somit um eine deutliche Verbesserung von Transferleistungen schlechterdings nicht herum, wie allein der große Anteil von alten Menschen und Kindern unter den Armen zeigt (Tabelle 7, S. 21).

Daraus ergibt sich eine klare politische Agenda, die wir im Folgenden skizzieren.

Neubemessung der Regelsätze in Hartz IV sowie in der Grundsicherung für alte und erwerbsgeminderte Menschen

Die Regelsätze sind mutwillig unter den sozio-kulturellen Mindestbedarf gerechnet, wie der Paritätische erst vor Kurzem in einem entsprechenden Gutachten deutlich machen konnte.³¹ Zur wirklichen Absicherung des Existenzminimums auf der Grundlage des von der Bundesregierung favorisierten sog. Statistikmodells zur Herleitung der Regelsätze müssten diese ab dem 1.1.2021 für einen alleinlebenden Erwachse-

³⁰ Danach waren auf Basis des sozioökonomischen Panels 69,4 Prozent der erwerbstätigen Einkommensarmen mehr als geringfügig erwerbstätig, 40,7 Prozent sogar voll-erwerbstätig. Siehe Der Paritätische Gesamtverband 2018: Wer die Armen sind. Der Paritätische Armutsbericht 2018. Berlin.

³¹ Der Paritätische Gesamtverband 2020: Regelbedarfe 2021. Alternative Berechnungen zur Ermittlung der Regelbedarfe in der Grundsicherung. Berlin.

nen nicht 446 Euro betragen, wie jüngst vom Bundestag beschlossen, sondern 644 Euro. Dies gilt auch für Leistungsbezieher*innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Darüber hinaus sind entgegen dem Status Quo Stromkosten in voller Höhe als Bestandteil der Kosten der Unterkunft zu übernehmen, da sich zum einen gezeigt hat, dass die über die Statistik errechneten Pauschalen im Durchschnitt nicht auskömmlich sind und Stromkosten auf Grund unterschiedlicher Preise und energetischer Rahmenbedingungen für eine Pauschalierung sehr ungeeignet sind. Für die Anschaffung sog. Weißer Ware, so etwa Ersatzbeschaffungen von Kühlschränken oder Waschmaschinen, sind einmalige Leistungen zu gewähren, anstatt auf theoretisch anzuspärende Kleinstbeträge in den Regelsätzen zu verweisen oder Darlehen zu gewähren.

Arbeitslosenversicherung stärken

Wer heute arbeitslos wird, ist typischerweise nicht durch die Arbeitslosenversicherung geschützt, sondern auf Hartz IV zurückgeworfen. Für etwa zwei Drittel der Arbeitslosen spielt das Arbeitslosengeld faktisch keine Rolle. Die Arbeitslosenversicherung muss gestärkt werden, damit sie wieder das primär zuständige Sicherungssystem bei Arbeitslosigkeit sein kann. Ein Baustein hierfür ist die Ergänzung der Arbeitslosenversicherung um ein Mindestsicherungselement – das Mindestarbeitslosengeld. Wer vollzeiterwerbstätig war oder aufgrund von Erziehung der Kinder oder der Pflege Angehöriger nicht vollzeiterwerbstätig sein konnte und im Fall der Arbeitslosigkeit auf (aufstockende) Leistungen in Hartz IV angewiesen wäre, soll ein Mindestarbeitslosengeld oberhalb des Hartz-IV-Niveaus für einen 1-Personen-Haushalt erhalten. Des Weiteren ist, um die Arbeitslosenversicherung wieder zu stabilisieren, die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes in Abhängigkeit von vorherigen Beitragszeiten und dem Lebensjahr zukünftig auf bis zu 36 Monate zu verlängern. Die maximale Bezugsdauer für Arbeitslose bis 25 Jahre würde auf 18 Monate, für 25 bis 50 Jahre auf max. 24 Monate sowie auf bis zu 36 Monate für Ältere ab 58 Jahren verlängert.³² Die sogenannte Anwartschaftszeit, die Zeit also, in der Menschen sozialversi-

cherungspflichtig erwerbstätig gewesen sein müssen, um einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I zu erhalten, ist von 12 auf 9 Monate zu verkürzen. Die Rahmenfrist, innerhalb derer diese 9 Monate abgeleistet sein müssen, ist von 30 auf 36 Monate zu verlängern, um wieder mehr Arbeitslosen einen Anspruch auf diese originäre Leistung einzuräumen.

Alterssicherungssysteme stärken

Um den überaus starken Anstieg der Altersarmut und insbesondere der Armut unter Rentner*innen zu begegnen, sind durchgreifende Maßnahmen in der Alterssicherung unumgänglich. Die verabschiedete Grundrente ist kein effektives Instrument der Armutsvermeidung, sondern dient in erster Linie der Honorierung der sog. „Lebensleistung“ in der Rentenversicherung. Zur wirksamen Bekämpfung der Altersarmut sind andere Maßnahmen notwendig: Grundsätzlich muss die Rentenversicherung, die im Gegensatz zu privaten Rentenversicherungen regelmäßig auch Leistungen zur Rehabilitation und bei Erwerbsminderung enthält, gestärkt werden: Rente muss zum Leben reichen. Für langjährig Beschäftigte muss deshalb eine steuerfinanzierte Mindestrente, die vor Armut schützt, eingeführt werden. Bei den zurückliegenden Reformen wurden Menschen, die bereits erwerbsgemindert sind, erheblich benachteiligt. Sie sind besonders häufig von Armut bedroht. Aus diesem Grund sind alle Reformen der vergangenen Jahre, die jeweils nur für neu in Rente gehende Versicherte beschlossen wurden, allen Erwerbsgeminderten zugänglich zu machen. Ungerecht ist, dass die Rente bislang vollständig auf die Grundsicherung angerechnet wird, anders etwa als Leistungen aus privater oder betrieblicher Vorsorge. Wir brauchen deshalb einen Freibetrag für Leistungen der Rentenversicherung in der Grundsicherung. Dadurch wird sichergestellt, dass ältere Menschen auch in Zukunft von ihren Versicherungszeiten in der Rentenversicherung profitieren. Die steuerliche Förderung der privaten Vorsorge, von der häufig besonders einkommensstarke Personen profitieren, soll im Gegenzug künftig gestrichen werden.

³² Siehe ausführlich zu den Vorschlägen des Paritätischen zur Stärkung der Arbeitslosenversicherung: Paritätischer Gesamtverband 2017: Mut zur Korrektur – ein arbeitsmarktpolitischer Auftrag. Berlin.

Kindergrundsicherung einführen

Eine Kindergrundsicherung, wie sie von einer Vielzahl von Wohlfahrts- und Sozialverbänden, vom Deutschen Gewerkschaftsbund und auch von den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken im Deutschen Bundestag gefordert wird, würde den Familienlastenausgleich armutspolitisch „vom Kopf auf die Füße stellen“.³³ So unterschiedlich die vorliegenden Modelle im Detail sind: Es geht allen darum, ein Kindergeld in existenzsichernder Höhe auszusahlen und mit steigendem Einkommen der Eltern abzuschmelzen bis auf einen Mindestbetrag, der den verfassungsrechtlichen Anforderungen an das steuerliche Existenzminimum Rechnung trägt.³⁴ Mit einem solchen Modell wäre gewährleistet, dass keine Person nur wegen des Vorhandenseins unterhaltsberechtigter Kinder auf staatliche Transferleistungen angewiesen wäre. Salopp formuliert: Niemand, dessen Einkommen für sich selbst ausreicht, müsste nur wegen seiner Kinder ins Jobcenter. Die Kindergrundsicherung könnte damit das Sozialgeld in Hartz IV ebenso ersetzen wie den Kinderzuschlag und sogar Teile des Bildungs- und Teilhabepaketes und über weite Strecken das BAFöG.

Die Einlösung dieser vier Punkte hätte zur Folge, dass Einkommensarmut, wie sie wissenschaftlich üblicherweise gemessen wird, faktisch verschwinden würde. Es gäbe nur in wenigen Fällen Haushaltseinkommen, die unter 60 Prozent des Medianeinkommens liegen würden. Die Armutsquote würde praktisch gegen Null fallen. Die Einkommensarmut wäre im Großen und Ganzen besiegt.

Der Erhalt und der notwendige Ausbau relevanter sozialer Infrastruktur, an der im übrigen alle Bürger*innen und nicht nur Arme partizipieren, werden uns in den nächsten Jahren noch vor große Herausforderungen und wahrscheinlich auch Verteilungsfragen stellen. Der Unterschied wäre jedoch: Würden die Vorschläge des Paritätischen zur Beseitigung der Einkommensarmut umgesetzt, wäre niemand mehr wegen zu geringen Einkommens von Teilhabe ausgeschlossen, niemand müsste sich existentiell sorgen, über den Monat zu kommen. Es ist höchste Zeit, Einkommensarmut endlich zu beseitigen.

³³ Jana Liebert und Marion von zur Gathen 2019: Das Modell der Kindergrundsicherung. Von der Idee zur Umsetzung einer eigenständigen Existenzsicherung, in: Soziale Sicherheit 4/2019.

³⁴ Das Mindestkindergeld orientiert sich aus Gründen des Verfassungsrechtes in allen vorliegenden Modellen an dem Nettoeffekt des Kinderfreibetrages in der Einkommensteuer für eine*n Spitzenverdiener*in.

8. Methodische Hinweise

Datenquelle

Die Armutsquoten, mit denen in diesem Bericht gearbeitet werden, beruhen auf dem sogenannten Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Der Mikrozensus ist die mit Abstand valideste Datengrundlage zur Berechnung von Armutsquoten in Deutschland.³⁵ Beim Mikrozensus (kleine Volkszählung) wird nach einer Zufallsstichprobe jährlich etwa ein Prozent aller Haushalte in Deutschland befragt. 2019 waren das fast 380.000 Haushalte mit rund 750.000 Personen. Der Stichprobenumfang ist damit weitaus größer als beim Sozioökonomischen Panel des DIW mit rund 15.000 Haushalten und 30.000 Personen, das ebenfalls zur Berechnung von Armutsquoten herangezogen wird, oder bei der EU-Einkommensstatistik EU-SILC mit knapp 13.000 Haushalten mit 22.000 Personen, die in Deutschland erreicht werden.³⁶ Ein weiterer ganz entscheidender Vorteil des Mikrozensus liegt in der Tatsache, dass die Teilnahme gesetzlich verpflichtend ist. Für die wesentlichen Fragen, so auch über das Nettoeinkommen des Haushaltes, besteht Auskunftspflicht. Entsprechend gering ist die Zahl der statistischen Ausfälle von Befragten (Unit-Nonresponse). Sie betrug zuletzt 6,4 Prozent. Zum Vergleich: bei EU-SILC hat jede*r dritte Befragte keine Auskunft gegeben. Mit ursächlich dafür dürfte sein, dass der Fragebogen für EU-SILC im Unterschied zum Mikrozensus ausschließlich in deutscher Sprache versandt wird, so dass Menschen ohne hinreichende Deutschkenntnisse die Fragen nicht valide beantworten können oder gänzlich ausfallen. Es kommt somit zu systematischen Verzerrungen, die nur zu einem Teil und nur mit weiteren statistischen Unsicherheiten mittels Hochrechnungsfaktoren korrigiert werden können. Schließlich spricht für den Rückgriff dieses Armutsberichtes auf den Mikrozensus, dass die hohe Haushalts- und Personenzahl relativ tiefe regionale Analysen ermöglicht, ohne dass die statistischen Unsicherheiten zu groß werden.

Bei der Berechnung der Armutsquoten werden dabei alle Personen gezählt, die in Haushalten leben, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens aller Haushalte beträgt. Da bei den Armutsanalysen das Haushaltseinkommen herange-

zogen wird, ein entsprechender Wert für Personen in Gemeinschaftsunterkünften jedoch nicht vorliegt, werden lediglich Menschen gezählt, die einen eigenen Haushalt führen. Dies ist insofern von Bedeutung, als damit relevante Gruppen außen vor bleiben, seien es Hunderttausende von wohnungslosen Menschen, seien es die über 800.000 pflegebedürftigen Menschen in Heimen, mehr als jede*r Dritte davon auf Sozialhilfe angewiesen, die über 200.000 behinderten Menschen in besonderen Wohnformen oder auch die vielen Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften.

In dem vorliegenden Armutsbericht umfasst der Analysezeitraum im Wesentlichen Daten zur relativen Einkommensarmut von 2005 bis zum Jahr 2019, womit auch längerfristige regionale Entwicklungen nachgezeichnet und Trends identifiziert werden können. Wo notwendig, werden dabei in diesem Bericht auf der Grundlage der amtlichen Daten auch spezifische Armutsquoten für bestimmte Regionen errechnet.

Relative Einkommensarmut

Das Statistische Bundesamt und auch dieser Armutsbericht folgen einer bereits über 30 Jahre alten EU-Konvention, was die Definition und die Berechnung von Armut anbelangt. In Abkehr von einem sogenannten absoluten Armutsbegriff, der Armut an existenziellen Notlagen wie Obdachlosigkeit oder Nahrungsmangel festmacht, ist der Armutsbegriff der EU ein relativer. Arm sind demnach alle, die über so geringe Mittel verfügen, „dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“, wie es im entsprechenden Kommissionsbericht heißt.³⁷

Dieser EU-Konvention folgend zählt dieser Bericht jede Person als einkommensarm, die mit ihrem Einkommen unter 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt. Dabei handelt es sich um das gesamte Nettoeinkommen des Haushaltes inklusive Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag, anderer Transferleistungen oder sonstiger Zuwendungen.

³⁵ Näheres zum Mikrozensus: Statistisches Bundesamt 2020: Qualitätsbericht Mikrozensus 2019.

³⁶ Näheres zu EU-SILC: Statistisches Bundesamt 2020: Qualitätsbericht Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen, Leben in Europa 2018.

³⁷ Kommissionsbericht der europäischen Gemeinschaft 1983: Schlußbericht der Kommission an den Rat über das erste Programm von Modellvorhaben und Modellstudien zur Bekämpfung der Armut. Brüssel.

Das Konzept relativer Einkommensarmut zeichnet sich durch die Annahme aus, dass in unterschiedlich wohlhabenden Gesellschaften Armut sehr unterschiedlich aussehen kann und vor allem durch gesellschaftlichen Ausschluss, mangelnde Teilhabe und nicht erst durch Elend gekennzeichnet ist. Es geht weiter davon aus, dass Armut ein dynamisches gesellschaftliches Phänomen ist. Mit zunehmendem Wohlstand einer Gesellschaft verändern sich Lebensweisen und es können neue Barrieren der Teilhabe entstehen, wenn dieser Wohlstand nicht alle relativ gleichmäßig erreicht. So kann nach diesem Konzept auch – oder gerade – bei wachsendem Reichtum (und zunehmender Einkommensspreizung) Armut in einer Gesellschaft durchaus zunehmen, selbst wenn die Kaufkraft aller im Durchschnitt steigen sollte. Das Konzept der relativen Einkommensarmut setzt damit ein soziologisch anspruchsvolles Verständnis für den Zusammenhang von Wohlstandssteigerung, sich herausbildenden „Lebensweisen“ und Alltagsvollzügen und damit korrespondierenden Ausgrenzungsprozessen voraus.³⁸

Wo hingegen hinter der statistisch-methodischen Kompetenz der Einkommensmessung die zum Verständnis des Zusammenhangs von Einkommensungleichheit und Armut notwendigen soziologischen Kenntnisse nicht vorhanden sind oder ausgeblendet werden, wird die Einteilung irgendwelcher Einkommensgruppen zur rein statistischen, bestenfalls noch ökonomischen Übung ohne zwingende Begründung oder weitere Relevanz.³⁹

Mit der Präferenzierung des Konzeptes relativer Einkommensarmut soll die Relevanz von Konzepten eines Lebenslagenansatzes oder solchen, die Armut als „Mangel an Teilhabe“ oder „Mangel an Verwirklichungschancen begreifen“, keinesfalls in Abrede gestellt werden. Ebenso wenig wird die Relevanz öffentlicher Infrastruktur oder nicht-monetärer Ressourcen angezweifelt. Doch trägt das Konzept relativer Einkommensarmut der Tatsache Rechnung, dass Geld und Einkommen tatsächlich die entscheidende „Schlüsselressource“ darstellen, geht es um Teilhabe-

möglichkeiten und Verwirklichungschancen in dieser Gesellschaft.⁴⁰

Für den Paritätischen ist die 60-Prozent-Schwelle nach wie vor ein sehr guter Indikator, um Armut methodisch zu definieren und messbar zu machen. Mit der 60-Prozent-Marke wird tatsächlich eine Schwelle markiert, bei deren unterschreiten Teilhabe an der Mitte dieser Gesellschaft in den meisten Fällen nicht mehr möglich und faktische Ausgrenzung die Folge ist. Der Paritätische Armutsbericht 2018 konnte auf Grundlage der Daten des DIW empirisch belegen, dass Arme, gemessen an der 60-Prozent-Schwelle, in der Regel über keinerlei finanzielle Rücklagen verfügen, vielfache Versorgungslücken und Entbehrungen aufweisen und schließlich hinsichtlich der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben „fundamental eingeschränkt“ sind.⁴¹ Unterhalb der 60-Prozent-Schwelle herrscht damit aus Sicht des Paritätischen Armut. Die häufig synonym verwandte Bezeichnung der „Armutsgefährdung“ übernimmt dieser Bericht nicht, da dieser Begriff angesichts der Einkommen, um die es konkret geht und der sich dahinter real verbergenden massiven Armutsprobleme eher als Euphemismus angesehen werden muss.

Bei der Berechnung der Armutsquoten sind zwei statistische Besonderheiten zu beachten: Beim mittleren Einkommen handelt es sich nicht um das geläufige Durchschnittseinkommen. Dieses wird ermittelt, indem man alle Haushaltseinkommen addiert und die Summe dann durch die Anzahl der Haushalte teilt (arithmetisches Mittel). Es wird stattdessen der sogenannte Median, der mittlere Wert, errechnet: Alle Haushalte werden nach ihrem Einkommen der Reihe nach geordnet, wobei das Einkommen des Haushalts in der Mitte der Reihe den Mittelwert bzw. Median darstellt.

Der Unterschied zwischen arithmetischem Mittel und Median kann sehr groß sein. Ein Beispiel: Verfügen fünf Haushalte jeweils über ein Einkommen von 700 Euro, 1.300 Euro, 1.900 Euro, 6.500 Euro und 9.000 Euro, so haben sie im Durchschnitt $(700 + 1.300 + 1.900 + 6.500 + 9.000) : 5 = 3.880$ Euro. Der mittlere Wert (Median) wäre jedoch 1.900 Euro. Die mit dem Median errech-

38 vgl. zum Konzept der relativen Einkommensarmut ausführlich Ulrich Schneider 2015: Armut kann man nicht skandalisieren, Armut ist der Skandal, in: Ulrich Schneider (Hg.) Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen. Frankfurt am Main.

39 Markus M. Grabka, Jan Goebel und Stefan Liebig 2019: Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen, in: DIW Wochenbericht Nr. 19/2019, S. 249.

40 vgl. dazu auch Christoph Butterwegge 2015: Armut – sozialpolitischer Kampfbegriff oder ideologisches Minenfeld? – Verdrängungsmechanismen, Beschönigungsversuche, Entsorgungstechniken, in: Ulrich Schneider (Hg.), Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen. Frankfurt am Main.
41 Der Paritätische Gesamtverband 2018: Wer die Armen sind. Der Paritätische Armutsbericht 2018. Berlin, S. 41 ff.

nete Armutsschwelle und die sich daraus ableitenden Armutsquoten sind damit sehr „stabil“: Die Haushalte im oberen Bereich können reicher und reicher werden. Solange der Haushalt in der Mitte der Rangreihe keinen Einkommenszuwachs hat, hat dies keinerlei Einfluss auf die Armutsquoten.

Der erste Armutsbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2001 wies noch beide Armutsquoten aus, die mit dem arithmetischen Mittel und die mit dem Median errechnete, und tatsächlich lag die erstere (10,2 Prozent) deutlich höher als die letztere (6,2 Prozent). Seitdem wird nur noch der Median ausgewiesen.⁴²

Die andere wichtige statistische Besonderheit betrifft die Berechnung des Haushaltseinkommens selbst. Um Haushalte unterschiedlicher Größe in ihrem Einkommen und in ihren Bedarfen vergleichbar zu machen, wird das sogenannte Pro-Kopf-Haushaltsäquivalenzeinkommen ermittelt. Dabei wird das Gesamteinkommen eines Haushalts nicht einfach durch die Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt, um das Pro-Kopf-Einkommen zu ermitteln, es wird vielmehr jedem Haushaltsmitglied eine Äquivalenzziffer zugeordnet.

Das erste erwachsene Haushaltsmitglied bekommt eine 1, alle weiteren Haushaltsmitglieder ab vierzehn Jahren eine 0,5 und unter vierzehn Jahren eine 0,3. Beträgt das Haushaltseinkommen eines Paares mit zwei Kindern unter 14 Jahren 4.000 Euro, ist das so gewichtete Pro-Kopf-Einkommen also nicht etwa $4.000 : 4 = 1.000$ Euro, sondern $4.000 : (1 + 0,5 + 0,3 + 0,3) = 1.905$ Euro. Es wird also nicht durch die Zahl der Personen, sondern durch die Summe der Äquivalenzziffern (in diesem Falle 2,1) geteilt. Damit soll der Annahme Rechnung getragen werden, dass Mehrpersonenhaushalte günstiger haushalten können als Singles und dass Kinder angeblich keine so hohen Bedarfe haben wie Erwachsene oder Jugendliche. Die Setzung dieser Äquivalenzziffern entspricht einer Konvention, die nicht unbedingt reale Verhältnisse beschreibt. Umgekehrt wird zur Bestimmung der 60-Prozent-Armutsschwelle für diesen vierköpfigen Haushalt von zwei Erwachsenen und zwei kleineren Kindern die 60-Prozent-Schwelle eines Singles nicht etwa mit 4, sondern wiederum mit der Summe der Äquivalenzziffern 2,1 multipliziert. In Euro lag der so ermittelte Wert, den die amtliche Statistik als Armutgefährdungsschwelle bezeichnet, 2019 für einen Single bei 1.074 Euro, für Alleinerziehende mit einem kleinen Kind bei 1.396 Euro und für einen Paarhaushalt mit zwei kleinen Kindern bei 2.256 Euro (siehe Tabelle 8).

Tabelle 8: Armutsschwellen 2019 nach Haushaltstyp (auf Grundlage des Mikrozensus)

Haushaltstyp	Single	Alleinerziehend mit 1 Kind		Alleinerziehend mit 2 Kindern		
	ohne Kinder	1 Kind unter 14 Jahre	1 Kind zwischen 14 und 18 Jahren	2 Kinder unter 14 Jahre	1. Kind unter 14 Jahre 2. Kind zwischen 14 und 18 Jahren	2 Kinder zwischen 14 und 18 Jahren
Armutsschwelle	1.074	1.396	1.611	1.718	1.933	2.148
Haushaltstyp	Paar	Paar mit 1 Kind		Paar mit 2 Kindern		
	ohne Kinder	1 Kind unter 14 Jahre	1 Kind zwischen 14 und 18 Jahren	2 Kinder unter 14 Jahre	1. Kind unter 14 Jahre 2. Kind zwischen 14 und 18 Jahren	2 Kinder zwischen 14 und 18 Jahren
Armutsschwelle	1.611	1.933	2.148	2.256	2.470	2.685

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

⁴² Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2001: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn, S. 26/29.

Bundes- versus Ländermedian

Regelmäßig wird bei der Berechnung von Armutsquoten neu die Frage gestellt, ob es wirklich sinnvoll sei, eine einheitliche Armutsschwelle für die gesamte Bundesrepublik als Messlatte anzusetzen. Können Einkommensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt mit denen in Wiesbaden, Hamburg oder München verglichen werden? Darf man das Ruhrgebiet mit Stuttgart „über einen Kamm scheren“? Muss nicht jede Region mit ihrer eigenen Armutsschwelle vermessen werden?

Diese Frage ist berechtigt, sie ist jedoch mindestens genauso politischer wie methodischer Natur. Unter methodischen Gesichtspunkten würde die sehr kleinteilige Berechnung regionaler Armutsschwellen dazu führen, dass die Armut in manchen Regionen schlicht „verschwindet“. Wo keine*r etwas besitzt, gibt es auch keine Einkommensungleichheit und damit keine relative Armut. Wo Unterversorgung der Standard ist, können keine sinnvollen Armutsquoten berechnet werden. Für diesen Bericht bleibt deshalb die grundgesetzlich verankerte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und damit die Orientierung am Bundesmedian die Richtschnur.

Kaufkraftbereinigte Armutsquoten

Gelegentlich wird eingewandt, dass doch beispielsweise in Duisburg ein ganz anderes Preisniveau herrschen würde als etwa in München und auch aus diesem Grunde eine gemeinsame Armutsschwelle für München, Berlin und Duisburg in die Irre führen müsse. Dieser Einwand ist durchaus diskussionswürdig und theoretisch sehr berechtigt. Das Problem liegt allerdings darin, dass eine wissenschaftlich tragfähige Kaufkraftbereinigung regionaler Armutsquoten mangels geeigneter Daten derzeit schlicht nicht möglich ist.

Es gibt keine auch nur halbwegs aktuellen regionalen Preisindizes, die zur Berechnung solcher kaufkraftbereinigter Armutsquoten genutzt werden könnten. Es existiert unter dem Titel „Regionaler Preisindex“ zwar eine Pilotstudie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), doch hat sie lediglich explorativen Charakter. Sie bezieht nur einen Teil der Kon-

sumausgaben privater Haushalte ein und stützt sich auf Preisangaben aus den Jahren 2006 bis 2008 und zu Teilen noch älter.⁴³ Zur Kaufkraftbereinigung regionaler Armutsquoten bietet sie keine echte empirische Grundlage.

Preisindizes basieren auf einem Warenkorb, der sämtliche in Deutschland gekauften Waren und Dienstleistungen repräsentiert. Aus naheliegenden Gründen muss dieser Warenkorb ständig aktualisiert werden, da ansonsten Kosten für eine Lebenshaltung berechnet würden, die schlicht nicht mehr existiert. Daher sind die Versuche des IW Köln, die Daten der BBSR-Pilotstudie in seinen Kaufkraftarmutsstudien mittels länderspezifischer Preisindizes ohne Weiteres auf 2016 hochzurechnen, in ihrem Bemühen zwar nachvollziehbar, aber methodisch angreifbar.⁴⁴ Ein solches Vorgehen würde voraussetzen, dass sich weder die Konsumgewohnheiten noch die Güter und Dienstleistungen in all den Jahren verändert hätten. Es unterstellt auch, dass sich alle Preise in einem Bundesland über all die Jahre gleichmäßig weiterentwickelt hätten, was eine eher gewagte Annahme sein dürfte.

Was die regionale Kaufkraftbereinigung speziell von Armutsquoten anbelangt, kommt bezüglich der Datenlage erschwerend hinzu, dass die Regionalstudie des BBSR mit einem einheitlichen Warenkorb für alle Haushalte arbeitet. Damit werden gleich mehrere empirische Voraussetzungen, die zur Berechnung von regionalen Lebenshaltungskosten armer Haushalte gegeben sein müssten, nicht erfüllt: Es bleibt außer Acht, dass Warenkörbe regional sehr unterschiedlich aussehen. So dürfte in ländlichen Gegenden weniger Geld für das Wohnen, dafür aber mehr Geld für Mobilität ausgegeben werden, um ein einfaches Beispiel zu bemühen.

Weiterhin wird ausgeblendet, dass der Warenkorb eines einkommensschwachen Haushaltes zwangsläufig anders aussieht als der eines Durchschnittsverdienenden. Man benötigte spezifische Warenkörbe, wie sie vom Statistischen Bundesamt bis 2003 auch tatsächlich noch bereitgestellt wurden, etwa die Lebenshaltungskosten für Haushaltstypen wie „4-Per-

43 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) 2009: Regionaler Preisindex Berichte Band 30.

44 Christoph Schröder 2019: IW-Gutachten Teilhabemonitor 2019, Auszug: Regionale Einkommens- und Kaufkraftarmut. Köln.

sonen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen“ oder „2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen“. Seitdem gibt es jedoch lediglich einen Verbraucherpreisindex für alle, obwohl das Verbrauchsverhalten und die Konsumgewohnheiten je nach verfügbarem Einkommen ganz erheblich differieren. Arme Menschen kaufen nicht nur weniger, sie kaufen auch nicht zu statistischen Durchschnittspreisen, nicht einmal regionalen. Arme Menschen kaufen billig, im untersten Preissegment. Bevorzugt werden beispielsweise Discounter und Supermarktketten, die deutschlandweit eine hohe Preis-Homogenität zeigen. Ein Kaufkraftvergleich zur Bereinigung von Armutquoten, hätte somit von realen und nicht durchschnittlich fiktiven Kosten auszugehen. Auch wenn das Erkenntnisinteresse entsprechender Studien durchaus nachvollziehbar ist, sind derartige Berechnungen angesichts der defizitären Datenlage aus methodischen Gründen nicht valide.

Anhang

Armutspolitische Kennzahlen der Bundesländer



Baden-Württemberg

Quoten der Sozialstatistik in Baden-Württemberg ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Armutsquote (Bundesmedian)	10,6	10,1	10,0	10,2	10,9	11,0	11,1	11,1	11,4	11,4	11,8	11,9	12,1	11,9	12,3
Armutsquote (Landesmedian)	13,8	13,2	13,0	13,3	14,1	14,0	14,5	14,6	14,8	15,0	15,3	15,4	15,5	15,2	15,6
Reichtumsquote (Bundesmedian)	9,6	9,7	9,6	9,5	9,7	9,8	10,0	10,2	10,4	10,4	10,5	10,4	10,2	10,3	9,9
SGB II-Quote	4,9	5,8	5,6	5,3	5,3	5,4	5,0	4,9	4,9	4,9	5,0	5,0	5,3	5,1	4,8
Grundsicherung im Alter	1,7	1,8	1,9	1,9	1,8	1,9	2,0	2,1	2,3	2,4	2,5	2,4	2,5	2,5	.
Arbeitslosenquote	7,0	6,3	4,9	4,1	5,1	4,9	4,0	3,9	4,1	4,0	3,8	3,8	3,5	3,2	3,2
Langzeitarbeitslosenquote	.	.	.	1,3	1,2	1,5	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,0	0,9	0,8
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	12,9	12,1	12,0	11,9	12,9	13,2	13,1	13,2	12,6	12,7	13,4	14,7	14,7	14,6	14,8

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.



Bayern

Quoten der Sozialstatistik in Bayern ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Armutsquote (Bundesmedian)	11,4	10,9	11,0	10,8	11,1	10,8	11,1	11,0	11,3	11,5	11,6	12,1	12,1	11,7	11,9
Armutsquote (Landesmedian)	14,0	13,5	13,6	13,6	13,7	13,8	14,0	14,1	14,6	14,8	15,0	14,9	14,9	14,5	14,7
Reichtumsquote (Bundesmedian)	9,8	9,6	9,9	9,8	9,8	10,1	10,2	10,4	10,6	10,7	10,7	10,2	10,0	10,1	9,8
SGB II-Quote	4,8	5,4	5,1	4,7	4,7	4,6	4,2	4,0	4,0	4,1	4,1	4,2	4,3	4,1	3,7
Grundsicherung im Alter	2,0	2,0	2,1	2,1	2,1	2,1	2,3	2,5	2,7	2,7	2,8	2,7	2,8	2,8	.
Arbeitslosenquote	7,8	6,8	5,3	4,2	4,8	4,5	3,8	3,7	3,8	3,8	3,6	3,5	3,2	2,9	2,8
Langzeitarbeitslosenquote	.	.	.	1,2	1,1	1,1	1,0	0,9	1,0	1,0	0,9	0,9	0,8	0,7	0,6
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	13,9	12,8	12,8	12,2	12,5	11,6	11,6	11,6	11,6	11,9	12,3	13,1	13,2	12,9	13,1

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.



Berlin

Quoten der Sozialstatistik in Berlin ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Armutsquote (Bundesmedian)	19,7	17,0	17,5	18,7	19,0	19,2	20,6	20,8	21,4	20,0	22,4	19,4	19,2	18,2	19,3
Armutsquote (Landesmedian)	16,1	13,3	13,9	14,3	14,1	14,2	15,5	15,2	15,0	14,1	15,3	16,6	17,4	16,5	17,8
Reichtumsquote (Bundesmedian)	7,6	8,0	7,7	7,3	7,3	7,0	7,3	6,8	7,1	7,1	6,7	7,7	8,1	8,2	8,3
SGB II-Quote	19,1	21,3	21,7	21,4	21,2	21,1	21,2	21,2	20,7	20,3	19,9	19,1	18,5	17,5	16,5
Grundsicherung im Alter	4,1	4,8	4,6	4,8	4,7	4,8	5,2	5,5	5,8	5,9	6,2	6,1	6,3	6,5	.
Arbeitslosenquote	19,0	17,5	15,5	13,8	14,0	13,6	13,3	12,3	11,7	11,1	10,7	9,8	9,0	8,1	7,8
Langzeitarbeitslosenquote	.	.	.	5,8	5,1	4,9	4,5	4,2	3,9	3,6	3,4	3,1	2,6	2,2	2,0
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	26,7	23,0	23,4	25,2	25,9	24,7	26,2	26,3	27,3	26,8	29,8	26,8	25,4	23,8	24,7

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.



Brandenburg

Quoten der Sozialstatistik in Brandenburg ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Armutsquote (Bundesmedian)	19,2	18,9	17,5	16,8	16,7	16,3	16,8	18,1	17,7	16,9	16,8	15,6	15,0	15,2	15,2
Armutsquote (Landesmedian)	14,3	14,3	13,7	13,8	13,8	13,6	13,8	14,4	14,3	13,4	13,9	13,4	13,1	13,1	13,3
Reichtumsquote (Bundesmedian)	4,1	4,0	4,1	4,3	4,4	5,1	5,4	5,1	5,0	4,7	5,2	5,3	5,8	5,6	5,7
SGB II-Quote	15,0	16,9	16,8	16,0	15,1	14,3	13,6	13,3	13,2	12,7	11,9	11,3	10,7	9,7	8,8
Grundsicherung im Alter	1,2	1,2	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,3	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,4	.
Arbeitslosenquote	18,2	17,0	14,7	13,0	12,3	11,1	10,7	10,2	9,9	9,4	8,7	8,0	7,0	6,3	5,8
Langzeitarbeitslosenquote	.	.	.	5,6	4,6	4,1	3,9	4,1	4,1	3,9	3,7	3,5	2,9	2,5	2,2
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	26,9	26,9	23,4	21,0	21,5	20,9	21,0	24,8	23,8	21,4	22,1	21,1	20,1	21,0	20,3

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.



Bremen

Quoten der Sozialstatistik in Bremen ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Armutsquote (Bundesmedian)	22,3	20,4	19,1	22,2	20,1	21,1	22,0	22,9	24,6	24,1	24,8	22,6	23,0	22,7	24,9
Armutsquote (Landesmedian)	17,3	14,1	15,2	18,2	15,9	17,3	17,0	18,3	18,9	17,3	17,8	18,2	18,2	17,6	18,5
Reichtumsquote (Bundesmedian)	6,8	6,1	5,9	5,6	6,1	7,5	7,2	6,8	6,5	7,0	6,3	7,5	7,3	7,7	7,0
SGB II-Quote	17,4	19,0	18,7	18,1	17,9	18,1	17,7	17,6	17,7	17,8	18,2	18,3	18,9	18,5	18,1
Grundsicherung im Alter	4,3	4,3	4,5	4,7	4,8	4,9	5,4	5,6	6,0	6,2	6,4	6,4	6,5	6,7	.
Arbeitslosenquote	16,8	14,9	12,7	11,4	11,8	12,0	11,6	11,2	11,1	10,9	10,9	10,5	10,2	9,8	9,9
Langzeitarbeitslosenquote	.	.	.	5,5	5,0	5,0	4,9	4,9	4,9	4,7	4,8	4,7	4,5	4,3	4,0
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	34,9	31,3	26,3	32,7	28,6	31,3	31,8	33,2	35,9	33,1	34,2	36,6	35,5	35,8	42,2

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.



Hamburg

Quoten der Sozialstatistik in Hamburg ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Armutsquote (Bundesmedian)	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8	16,9	15,6	15,7	14,9	14,7	15,3	15,0
Armutsquote (Landesmedian)	17,4	16,7	16,8	16,1	18,0	17,4	17,9	17,6	18,7	18,0	19,0	18,3	18,7	18,4	17,9
Reichtumsquote (Bundesmedian)	10,2	10,7	11,6	11,8	12,7	13,2	12,0	11,2	11,3	11,4	12,0	12,6	12,4	12,3	10,9
SGB II-Quote	13,1	14,2	14,2	13,8	13,6	13,5	13,1	12,9	12,8	12,6	12,6	12,5	12,6	12,2	11,8
Grundsicherung im Alter	4,1	4,7	5,0	5,2	5,3	5,5	6,0	6,4	6,8	7,1	7,4	7,5	7,8	8,1	.
Arbeitslosenquote	11,3	11,0	9,1	8,1	8,6	8,2	7,8	7,5	7,4	7,6	7,4	7,1	6,8	6,3	6,1
Langzeitarbeitslosenquote	.	.	.	3,1	2,6	2,4	2,2	2,3	2,3	2,4	2,4	2,3	2,1	1,8	1,6
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	23,2	21,2	20,9	22,0	21,7	19,9	21,9	21,2	23,2	20,4	21,0	22,5	19,6	21,7	18,8

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.



Hessen

Quoten der Sozialstatistik in Hessen ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Armutquote (Bundesmedian)	12,7	12,0	12,0	12,7	12,4	12,1	12,8	13,3	13,7	13,8	14,4	15,1	15,4	15,8	16,1
Armutquote (Landesmedian)	15,3	14,4	14,9	15,0	14,8	14,6	15,1	15,9	15,9	15,9	16,5	16,5	16,9	16,9	17,0
Reichtumsquote (Bundesmedian)	10,2	10,4	10,6	10,1	10,4	10,4	10,5	11,0	10,9	10,5	10,7	10,4	10,6	10,3	10,3
SGB II-Quote	7,6	9,1	9,2	9,0	8,9	8,8	8,4	8,2	8,4	8,5	8,5	8,5	8,8	8,5	8,1
Grundsicherung im Alter	2,7	2,8	2,9	3,0	2,9	3,0	3,3	3,4	3,6	3,7	3,9	3,8	3,9	4,0	.
Arbeitslosenquote	9,7	9,2	7,5	6,5	6,8	6,4	5,9	5,7	5,8	5,7	5,5	5,3	5,0	4,6	4,4
Langzeitarbeitslosenquote	.	.	.	2,9	2,5	2,4	2,2	2,0	2,1	2,1	2,1	2,0	1,8	1,6	1,4
Armutquote Kinder (unter 18-Jährige)	17,8	16,4	15,9	16,4	16,0	15,3	15,5	16,5	16,4	16,8	18,2	19,6	20,3	21,1	21,9

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.



Mecklenburg-Vorpommern

Quoten der Sozialstatistik in Mecklenburg-Vorpommern ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Armutquote (Bundesmedian)	24,1	22,9	24,3	24,0	23,1	22,4	22,1	22,8	23,6	21,3	21,7	20,4	19,4	20,9	19,4
Armutquote (Landesmedian)	14,6	13,1	13,6	14,4	14,7	13,4	13,7	13,2	13,5	12,0	13,6	13,5	13,5	14,2	13,4
Reichtumsquote (Bundesmedian)	2,5	2,4	2,3	2,3	2,6	3,0	3,0	2,8	2,7	2,7	2,9	3,9	4,0	3,4	3,6
SGB II-Quote	18,9	20,6	20,2	18,8	17,2	16,2	15,4	15,1	15,0	14,6	13,8	13,2	12,6	11,5	10,3
Grundsicherung im Alter	1,6	1,6	1,6	1,7	1,5	1,5	1,6	1,7	1,8	1,8	1,8	1,6	1,6	1,6	.
Arbeitslosenquote	20,3	19,0	16,5	14,1	13,5	12,7	12,5	12,0	11,7	11,2	10,4	9,7	8,6	7,9	7,1
Langzeitarbeitslosenquote	.	.	.	4,7	3,6	3,3	3,5	3,9	3,9	4,1	3,7	3,6	3,0	2,7	2,4
Armutquote Kinder (unter 18-Jährige)	34,2	32,6	34,3	34,5	32,8	29,9	30,0	33,0	33,2	26,9	29,0	27,8	26,7	27,7	23,5

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.



Niedersachsen

Quoten der Sozialstatistik in Niedersachsen ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Armutsquote (Bundesmedian)	15,5	15,3	15,5	15,8	15,3	15,3	15,5	15,7	16,1	15,8	16,5	16,7	16,7	15,9	17,1
Armutsquote (Landesmedian)	15,1	14,3	14,7	14,7	14,6	14,5	15,0	15,2	15,8	15,3	15,9	16,0	15,8	15,0	16,0
Reichtumsquote (Bundesmedian)	7,2	6,8	6,7	6,4	7,0	6,9	7,0	7,0	7,2	7,0	7,0	6,6	6,6	6,5	6,4
SGB II-Quote	9,3	10,8	10,7	10,3	10,0	9,7	9,3	9,1	9,2	9,1	9,1	9,1	9,4	9,1	8,6
Grundsicherung im Alter	2,3	2,4	2,5	2,6	2,5	2,6	2,7	2,9	3,0	3,1	3,2	3,1	3,2	3,2	.
Arbeitslosenquote	11,6	10,5	8,8	7,6	7,7	7,5	6,9	6,6	6,6	6,5	6,1	6,0	5,8	5,3	5,0
Langzeitarbeitslosenquote	.	.	.	3,1	2,6	2,6	2,5	2,4	2,4	2,4	2,3	2,2	2,1	1,9	1,7
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	20,7	21,6	21,3	21,5	20,8	20,5	20,4	20,5	20,2	19,7	21,6	22,1	21,8	20,4	23,2

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.



Nordrhein-Westfalen

Quoten der Sozialstatistik in Nordrhein-Westfalen ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Armutsquote (Bundesmedian)	14,4	13,9	14,6	14,7	15,2	15,4	16,4	16,3	17,1	17,5	17,5	17,8	18,7	18,1	18,5
Armutsquote (Landesmedian)	14,6	14,0	14,5	14,6	14,9	14,7	15,6	15,4	16,0	16,2	16,3	16,7	17,2	16,6	17,0
Reichtumsquote (Bundesmedian)	8,1	8,1	8,1	8,0	8,0	8,3	8,0	7,9	7,8	7,8	7,8	8,2	7,8	7,8	7,5
SGB II-Quote	9,5	11,5	11,5	11,2	11,1	11,2	11,0	11,0	11,2	11,4	11,5	11,5	11,9	11,6	11,2
Grundsicherung im Alter	2,6	2,7	3,0	3,0	3,0	3,1	3,3	3,5	3,8	3,9	4,1	4,0	4,1	4,3	.
Arbeitslosenquote	12,0	11,4	9,5	8,5	8,9	8,7	8,1	8,1	8,3	8,2	8,0	7,7	7,4	6,8	6,5
Langzeitarbeitslosenquote	.	.	.	4,0	3,5	3,6	3,5	3,4	3,6	3,6	3,5	3,3	3,1	2,8	2,5
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	20,4	19,7	20,0	20,3	21,0	20,9	22,5	21,4	22,8	23,6	22,9	23,9	25,7	24,7	25,2

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.



Rheinland-Pfalz

Quoten der Sozialstatistik in Rheinland-Pfalz ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Armutsquote (Bundesmedian)	14,2	13,2	13,5	14,5	14,2	14,8	15,1	14,6	15,4	15,5	15,2	15,5	15,6	15,4	15,6
Armutsquote (Landesmedian)	15,3	14,5	14,7	15,4	15,2	15,7	16,0	15,8	16,7	16,7	16,3	16,6	16,7	16,5	16,5
Reichtumsquote (Bundesmedian)	7,9	8,5	8,4	8,4	8,4	9,0	8,9	9,1	8,9	8,5	8,6	8,7	8,4	8,3	8,1
SGB II-Quote	7,0	7,8	7,7	7,4	7,3	7,2	6,7	6,6	6,7	6,8	6,9	7,0	7,4	7,1	6,7
Grundsicherung im Alter	2,0	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2	2,4	2,5	2,7	2,7	2,7	2,6	2,7	2,8	.
Arbeitslosenquote	8,8	8,0	6,5	5,6	6,1	5,7	5,3	5,3	5,5	5,4	5,2	5,1	4,8	4,4	4,3
Langzeitarbeitslosenquote	.	.	.	1,9	1,7	1,8	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8	1,7	1,5	1,4	1,2
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	17,7	16,6	17,1	18,2	18,2	19,1	19,1	18,2	19,6	19,9	19,4	20,1	20,5	20,8	19,6

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.



Saarland

Quoten der Sozialstatistik in Saarland ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Armutsquote (Bundesmedian)	15,5	16,0	16,8	15,8	16,0	14,3	15,2	15,4	17,1	17,5	17,2	17,2	16,8	16,0	17,0
Armutsquote (Landesmedian)	13,6	13,9	14,0	14,3	14,0	13,4	14,5	14,6	15,9	16,1	15,4	16,6	15,7	16,0	17,1
Reichtumsquote (Bundesmedian)	5,7	5,9	5,8	5,8	6,1	6,2	6,3	6,4	6,9	6,7	6,5	7,1	7,2	6,8	6,7
SGB II-Quote	9,2	10,4	10,4	10,0	9,8	9,8	9,4	9,3	9,6	9,9	10,2	11,3	11,7	11,3	10,8
Grundsicherung im Alter	2,5	2,5	2,7	2,8	2,8	2,8	3,1	3,3	3,6	3,7	3,8	3,7	3,8	3,8	.
Arbeitslosenquote	10,7	9,9	8,4	7,3	7,7	7,5	6,8	6,7	7,3	7,2	7,2	7,2	6,7	6,1	6,2
Langzeitarbeitslosenquote	.	.	.	2,9	2,3	2,5	2,4	2,3	2,6	2,8	2,7	2,7	2,4	2,1	1,9
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	19,3	21,4	21,1	18,6	19,5	16,5	19,4	18,9	19,5	21,4	23,6	22,4	22,1	20,4	22,5

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.



Sachsen

Quoten der Sozialstatistik in Sachsen ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Armutsquote (Bundesmedian)	19,2	18,5	19,6	19,0	19,5	19,4	19,5	18,8	18,8	18,5	18,6	17,7	16,8	16,6	17,2
Armutsquote (Landesmedian)	13,7	13,3	13,6	13,4	13,6	13,0	12,4	11,9	11,9	11,6	12,9	12,4	12,4	12,3	12,5
Reichtumsquote (Bundesmedian)	2,7	3,0	2,6	2,6	2,8	3,1	3,2	3,4	3,4	3,6	4,0	3,9	4,0	4,0	3,8
SGB II-Quote	15,2	17,2	17,0	16,2	15,5	14,7	13,8	13,3	13,0	12,5	11,7	10,9	10,4	9,5	8,7
Grundsicherung im Alter	0,9	0,9	1,0	1,0	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,2	1,1	1,1	1,1	.
Arbeitslosenquote	18,3	17,0	14,7	12,8	12,9	11,8	10,6	9,8	9,4	8,8	8,2	7,5	6,7	6,0	5,5
Langzeitarbeitslosenquote	.	.	.	5,5	4,5	4,5	4,1	3,8	3,5	3,4	3,2	2,9	2,5	2,2	1,8
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	27,2	26,3	27,4	25,1	26,1	26,3	26,2	25,0	24,2	22,3	23,0	22,2	21,1	21,4	21,2

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.



Sachsen-Anhalt

Quoten der Sozialstatistik in Sachsen-Anhalt ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Armutsquote (Bundesmedian)	22,4	21,6	21,5	22,1	21,8	19,8	20,6	21,1	20,9	21,3	20,1	21,4	21,0	19,5	19,5
Armutsquote (Landesmedian)	14,9	14,1	13,9	15,0	15,2	13,5	14,2	14,0	14,1	14,1	14,5	14,0	14,3	14,0	14,8
Reichtumsquote (Bundesmedian)	2,7	2,4	2,4	2,4	2,9	3,0	3,0	3,0	3,4	3,4	3,1	3,0	3,2	3,2	3,1
SGB II-Quote	17,9	19,9	19,9	19,2	18,4	17,4	16,6	16,4	16,4	15,9	15,2	14,6	14,2	13,2	12,1
Grundsicherung im Alter	1,2	1,2	1,3	1,3	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,4	1,5	1,3	1,3	1,3	.
Arbeitslosenquote	20,2	18,3	15,9	13,9	13,6	12,5	11,6	11,5	11,2	10,7	10,2	9,6	8,4	7,7	7,1
Langzeitarbeitslosenquote	.	.	.	5,9	4,7	4,6	4,1	4,2	4,2	4,0	3,9	3,7	3,2	2,8	2,4
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	33,8	32,5	31,6	33,4	31,7	26,0	28,6	29,6	27,7	28,7	27,2	28,6	29,7	27,3	27,1

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.



Schleswig-Holstein

Quoten der Sozialstatistik in Schleswig-Holstein ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Armutsquote (Bundesmedian)	13,3	12,0	12,5	13,1	14,0	13,8	13,6	13,8	14,0	13,8	14,6	15,1	14,8	15,3	14,5
Armutsquote (Landesmedian)	14,5	14,1	13,9	14,9	15,8	15,2	15,2	15,4	15,6	15,4	15,7	16,2	15,8	15,9	15,9
Reichtumsquote (Bundesmedian)	8,0	8,0	7,7	8,6	8,4	8,6	8,2	8,3	8,2	8,4	8,1	7,9	7,9	8,0	7,7
SGB II-Quote	10,2	11,2	11,0	10,6	10,1	9,9	9,7	9,6	9,8	9,8	9,8	9,8	10,2	9,8	9,3
Grundsicherung im Alter	2,1	2,3	2,3	2,5	2,5	2,5	2,7	2,8	3,0	3,1	3,2	3,1	3,2	3,3	.
Arbeitslosenquote	11,6	10,0	8,4	7,6	7,8	7,5	7,2	6,9	6,9	6,8	6,5	6,3	6,0	5,5	5,1
Langzeitarbeitslosenquote	.	.	.	2,8	2,5	2,4	2,3	2,3	2,4	2,5	2,4	2,3	2,1	1,9	1,6
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	17,8	16,1	15,6	16,9	17,2	16,0	15,8	15,5	18,3	17,6	18,7	19,6	18,4	20,4	19,6

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.



Thüringen

Quoten der Sozialstatistik in Thüringen ab 2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	in %														
Armutsquote (Bundesmedian)	19,9	19,0	18,9	18,5	18,1	17,6	16,7	16,8	18,0	17,8	18,9	17,2	16,3	16,4	17,0
Armutsquote (Landesmedian)	13,2	12,7	12,9	13,3	13,0	12,5	11,0	10,8	11,7	11,6	12,4	12,0	11,8	11,9	12,4
Reichtumsquote (Bundesmedian)	2,3	2,2	2,3	2,8	3,0	3,2	3,6	3,5	3,7	3,4	3,7	3,7	3,6	3,7	3,7
SGB II-Quote	13,5	15,0	14,8	13,8	13,0	12,2	11,3	10,9	10,8	10,5	10,0	9,6	9,4	8,7	8,0
Grundsicherung im Alter	0,8	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	0,9	1,0	1,1	1,0	1,0	0,9	1,0	1,0	.
Arbeitslosenquote	17,1	15,6	13,1	11,2	11,4	9,8	8,8	8,5	8,2	7,8	7,4	6,7	6,1	5,5	5,3
Langzeitarbeitslosenquote	.	.	.	4,4	3,5	3,3	2,9	2,9	2,8	2,8	2,6	2,5	2,1	1,9	1,6
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	29,2	28,1	28,1	26,2	26,7	23,7	21,2	21,1	23,0	23,7	26,6	22,8	21,2	21,4	22,7

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.

Armutsquoten nach Bundesländern (Landesmedian)

Tabelle A1: Armutsquoten nach Bundesländern seit 2005 (Landesmedian)

Armutsquoten in % (Landesmedian)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011*	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Deutschland	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	15,8	15,5	15,9
Baden-Württemberg	13,8	13,2	13,0	13,3	14,1	14,0	14,5	14,6	14,8	15,0	15,3	15,4	15,5	15,2	15,6
Bayern	14,0	13,5	13,6	13,6	13,7	13,8	14,0	14,1	14,6	14,8	15,0	14,9	14,9	14,5	14,7
Berlin	16,1	13,3	13,9	14,3	14,1	14,2	15,5	15,2	15,0	14,1	15,3	16,6	17,4	16,5	17,8
Brandenburg	14,3	14,3	13,7	13,8	13,8	13,6	13,8	14,4	14,3	13,4	13,9	13,4	13,1	13,1	13,3
Bremen	17,3	14,1	15,2	18,2	15,9	17,3	17,0	18,3	18,9	17,3	17,8	18,2	18,2	17,6	18,5
Hamburg	17,4	16,7	16,8	16,1	18,0	17,4	17,9	17,6	18,7	18,0	19,0	18,3	18,7	18,4	17,9
Hessen	15,3	14,5	14,9	15,0	14,8	14,6	15,1	15,9	15,9	15,9	16,5	16,5	16,9	16,9	17,0
Mecklenburg-Vorpommern	14,6	13,1	13,6	14,4	14,7	13,4	13,7	13,2	13,5	12,0	13,6	13,5	13,5	14,2	13,4
Niedersachsen	15,1	14,3	14,7	14,7	14,6	14,5	15,0	15,2	15,8	15,3	15,9	16,0	15,8	15,0	16,0
Nordrhein-Westfalen	14,6	14,0	14,5	14,6	14,9	14,7	15,6	15,4	16,0	16,2	16,3	16,7	17,2	16,6	17,0
Rheinland-Pfalz	15,3	14,5	14,7	15,4	15,2	15,7	16,0	15,8	16,7	16,7	16,3	16,6	16,7	16,5	16,5
Saarland	13,6	13,9	14,0	14,3	14,0	13,4	14,5	14,6	15,9	16,1	15,4	16,6	15,7	16,0	17,1
Sachsen	13,7	13,3	13,6	13,4	13,6	13,0	12,4	11,9	11,9	11,6	12,9	12,4	12,4	12,3	12,5
Sachsen-Anhalt	14,9	14,1	13,9	15,0	15,2	13,5	14,2	14,0	14,1	14,1	14,5	14,0	14,3	14,0	14,8
Schleswig-Holstein	14,5	14,1	13,9	14,9	15,8	15,2	15,2	15,4	15,6	15,4	15,7	16,2	15,8	15,9	15,9
Thüringen	13,2	12,7	12,9	13,3	13,0	12,5	11,0	10,8	11,7	11,6	12,4	12,0	11,8	11,9	12,4

© Der Paritätische Gesamtverband

* Ab 2011: Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten).
 Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

Armutsquoten der Regionen (Bundesmedian)

Tabelle A2: Armutsquoten in den Regionen seit 2005 (in %)

Bundesland / Raumordnungsregion/Anpassungsschicht	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Deutschland	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	15,8	15,5	15,9
Baden-Württemberg	10,6	10,1	10,0	10,2	10,9	11,0	11,1	11,1	11,4	11,4	11,8	11,9	12,1	11,9	12,3
Bodensee-Oberschwaben	8,9	9,6	9,9	9,6	9,5	10,1	9,8	8,8	7,8	8,1	9,5	10,5	9,1	10,6	11,3
Donau-Iller (BW)	11,0	9,2	10,1	8,9	9,4	8,4	8,4	8,2	8,9	10,5	11,0	11,9	12,9	11,2	12,8
Heilbronn-Franken	11,5	12,6	12,1	10,2	10,6	11,3	12,5	11,9	11,7	11,9	11,8	12,6	11,8	10,9	12,0
Hochrhein-Bodensee	11,0	9,6	9,6	10,2	9,7	10,1	9,1	8,8	10,0	9,6	10,4	12,0	11,6	11,3	10,6
Mittlerer Oberrhein	10,5	9,6	9,3	10,3	10,8	10,5	11,1	11,1	11,5	11,7	12,6	12,9	13,1	12,1	12,4
Neckar-Alb	11,1	9,6	9,9	11,5	11,4	12,6	11,3	11,4	11,8	12,2	11,8	12,4	11,3	11,8	13,1
Nordschwarzwald	10,3	9,6	8,7	9,6	10,4	10,3	10,9	10,3	10,4	10,6	10,9	11,8	12,8	14,1	13,6
Ostwürttemberg	11,5	10,4	10,5	10,6	10,5	10,0	11,1	11,9	11,7	10,6	11,5	11,6	13,2	11,5	10,9
Rhein-Neckar*	12,2	11,9	13,0	12,6	14,5	14,6	13,7	14,8	14,6	14,9	15,5	13,6	14,9	14,8	15,1
Schwarzwald-Baar-Heuberg	10,0	8,5	7,4	8,0	10,5	10,9	11,6	12,6	10,9	11,4	9,6	13,1	12,5	10,5	11,6
Stuttgart	9,2	9,2	8,9	9,2	10,0	10,1	10,7	10,2	11,1	10,8	10,9	10,6	10,9	10,6	11,0
Südlicher Oberrhein	11,8	11,2	10,6	11,4	11,8	11,4	11,2	11,9	12,4	12,0	13,6	12,4	13,1	13,4	14,0
Bayern	11,4	10,9	11,0	10,8	11,1	10,8	11,1	11,0	11,3	11,5	11,6	12,1	12,1	11,7	11,9
Allgäu	10,3	9,5	10,7	8,7	9,2	8,2	11,3	10,6	11,6	11,7	12,1	13,0	12,5	11,3	12,1
Augsburg	11,5	11,5	11,5	12,4	10,8	10,2	10,6	11,0	11,8	12,9	12,8	11,8	12,9	12,5	13,4
Bayerischer Untermain	12,2	10,5	11,2	9,5	11,2	11,4	10,5	9,9	10,3	10,9	11,7	12,2	14,0	11,5	11,7
Donau-Iller (BY)	12,4	11,4	10,5	10,3	10,5	11,1	10,4	10,5	10,1	11,1	10,6	13,5	13,3	11,8	11,4
Donau-Wald	12,2	12,4	12,6	12,9	13,1	12,9	12,5	12,8	12,5	14,0	14,1	16,4	17,5	15,6	13,7
Industrieregion Mittelfranken	12,5	12,2	12,7	12,2	12,2	12,0	12,8	12,1	13,5	14,2	15,6	15,8	15,7	14,3	16,4
Ingolstadt	9,7	8,6	9,2	8,4	9,2	9,2	9,6	8,9	8,7	9,5	9,1	9,4	9,6	10,3	10,1
Landshut	12,8	12,3	11,7	10,6	11,3	10,2	11,0	11,0	12,4	11,1	11,0	13,2	10,3	10,5	10,6
Main-Rhön	12,2	13,2	11,2	12,8	14,2	13,2	13,2	14,2	12,7	14,0	13,1	12,7	12,6	12,2	12,8
München	8,9	8,0	8,4	8,2	8,6	8,7	9,1	9,1	9,0	8,0	8,1	8,7	8,5	8,5	8,7
Oberfranken-Ost	15,7	15,2	15,1	14,5	14,7	14,5	13,2	14,6	13,6	13,9	14,4	16,0	16,1	16,7	15,9
Oberfranken-West	12,0	12,5	12,2	12,1	13,2	12,0	12,4	12,3	12,2	13,4	12,6	13,4	12,8	11,8	11,0
Oberland	8,4	7,9	7,7	8,7	8,0	7,5	8,2	8,1	8,1	8,0	8,4	10,5	10,7	9,2	9,4
Oberpfalz-Nord	13,1	12,1	11,4	10,7	13,8	12,9	11,8	11,7	12,7	11,9	11,5	13,1	13,7	12,6	13,6
Regensburg	11,3	11,7	11,8	11,5	12,0	12,4	11,2	11,1	11,7	11,5	11,6	12,9	12,1	12,6	13,3
Südostoberbayern	10,8	10,8	10,6	10,9	10,4	9,7	11,8	11,1	11,7	12,2	12,6	10,8	10,8	10,6	10,1
Westmittelfranken	12,8	11,5	12,2	13,4	12,6	12,9	14,0	12,8	12,0	13,5	13,3	11,1	10,3	12,3	13,0
Würzburg	13,9	14,0	14,4	14,1	13,1	13,5	12,9	13,1	13,7	13,9	13,5	13,6	14,3	14,4	15,1
Berlin	19,7	17,0	17,5	18,7	19,0	19,2	20,6	20,8	21,4	20,0	22,4	19,4	19,2	18,2	19,3
Berlin	19,7	17,0	17,5	18,7	19,0	19,2	20,6	20,8	21,4	20,0	22,4	19,4	19,2	18,2	19,3
Brandenburg	19,2	18,9	17,5	16,8	16,7	16,3	16,8	18,1	17,7	16,9	16,8	15,6	15,0	15,2	15,2
Havelland-Fläming	17,3	16,4	15,3	12,5	12,9	12,2	13,0	14,0	14,0	12,8	14,3	13,3	13,8	14,0	13,8
Lausitz-Spreewald	19,4	18,1	17,2	18,6	18,2	18,8	18,8	20,6	19,8	20,4	19,0	18,1	15,0	17,1	17,9
Oderland-Spree	19,8	22,0	18,2	17,6	18,4	16,6	18,5	20,6	18,9	17,0	17,1	15,3	16,3	14,4	14,8
Prignitz-Oberhavel	20,6	20,0	19,2	18,8	18,4	17,5	17,3	18,6	18,4	19,6	19,1	16,5	16,4	15,2	14,7
Uckermark-Barnim	20,6	20,3	20,6	20,0	18,7	19,4	19,7	19,6	20,1	16,6	15,8	16,0	14,2	16,0	15,2
Bremen	22,3	20,4	19,1	22,2	20,1	21,1	22,0	22,9	24,6	24,1	24,8	22,6	23,0	22,7	24,9
KS Bremen	.	.	.	22,0	19,5	20,5	20,9	22,0	23,0	22,5	23,1	20,9	21,9	21,6	24,5
KS Bremerhaven	.	.	.	23,5	23,3	23,7	28,2	27,5	32,6	32,5	33,4	30,5	28,4	27,9	26,4
Hamburg	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8	16,9	15,6	15,7	14,9	14,7	15,3	15,0
Hamburg	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8	16,9	15,6	15,7	14,9	14,7	15,3	15,0

Bundesland / Raumordnungsregion/Anpassungsschicht	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Hessen	12,7	12,0	12,0	12,7	12,4	12,1	12,8	13,3	13,7	13,8	14,4	15,1	15,4	15,8	16,1
Mittelhessen	15,0	14,4	14,4	14,8	14,6	14,1	14,6	15,0	15,4	16,1	17,1	16,6	17,5	19,5	18,7
Nordhessen	14,6	14,8	14,9	15,7	15,3	15,5	15,1	15,5	16,7	16,3	17,3	16,5	16,9	17,2	17,1
Osthessen	14,8	13,2	12,8	14,3	12,9	14,5	13,6	14,3	14,1	14,0	14,5	13,8	15,4	16,9	15,6
Rhein-Main	11,6	10,5	10,5	11,4	11,0	10,5	11,7	12,3	12,4	12,5	13,1	14,4	14,3	14,1	15,3
Starkenburger	10,9	10,5	10,7	10,7	11,4	10,9	11,6	12,4	12,5	12,6	12,7	14,8	15,3	15,6	15,4
Mecklenburg-Vorpommern	24,1	22,9	24,3	24,0	23,1	22,4	22,1	22,8	23,6	21,3	21,7	20,4	19,4	20,9	19,4
Mecklenburgische Seenplatte	24,5	23,9	24,6	23,7	26,9	23,8	23,1	24,5	24,8	23,6	24,9	22,8	18,8	19,1	18,4
Mittleres Mecklenburg/Rostock	22,2	20,9	21,9	23,6	20,7	20,2	21,3	21,1	21,9	19,0	19,4	20,7	19,4	21,8	19,0
Vorpommern	25,9	25,6	27,0	25,7	24,1	24,6	23,9	25,3	27,8	24,6	24,2	22,9	22,4	22,5	21,7
Westmecklenburg	23,4	21,3	23,4	23,1	21,8	21,4	20,4	20,8	20,3	18,8	19,5	16,5	16,7	19,5	18,2
Niedersachsen	15,5	15,3	15,5	15,8	15,3	15,3	15,5	15,7	16,1	15,8	16,5	16,7	16,7	15,9	17,1
KS Emden, LK Leer, LK Aurich, KS Wilhelmshaven, LK Friesland, LK Wittmund, LK Wesermarsch	.	.	.	19,0	16,7	18,0	17,5	19,2	17,9	17,6	19,6	18,9	19,5	19,4	20,7
Hannover, Landeshauptstadt	.	.	.	22,2	21,6	21,3	22,1	21,8	20,8	19,6	22,3	22,0	20,4	20,6	21,4
KS Osnabrück, LK Osnabrück, LK Vechta, LK Emsland, LK Grafschaft Bentheim	.	.	.	16,4	15,9	14,9	15,2	15,2	15,5	14,8	16,5	16,4	15,4	15,4	17,2
KS Wolfsburg, LK Gifhorn, LK Helmstedt, LK Wolfenbüttel, KS Braunschweig, KS Salzgitter, LK Peine	.	.	.	13,5	14,2	14,9	14,1	16,0	16,6	17,4	16,9	14,4	15,7	15,9	17,0
LK Ammerland, LK Cloppenburg, KS Delmenhorst, KS Oldenburg, LK Oldenburg	.	.	.	15,6	14,1	14,2	15,0	14,4	15,3	16,7	16,0	15,3	17,7	15,5	17,5
LK Cuxhaven, LK Stade, LK Harburg, LK Osterholz, LK Rotenburg (Wümme)	.	.	.	13,3	12,5	11,6	11,9	12,3	12,3	11,6	12,3	12,6	13,2	12,3	13,0
LK Diepholz, LK Nienburg (Weser), LK Schaumburg	.	.	.	15,0	16,1	15,3	16,1	13,3	14,8	14,2	14,9	17,7	16,6	15,7	16,3
LK Goslar, LK Osterode am Harz, LK Göttingen, LK Northeim	.	.	.	18,7	18,0	18,3	19,7	19,3	19,7	19,2	18,5	22,9	22,2	18,6	20,2
LK Hameln-Pyrmont, LK Holzminden, LK Hildesheim	.	.	.	13,6	15,3	16,6	15,4	15,1	17,3	16,8	16,9	17,2	17,2	15,3	17,5
Hannover, Umland	.	.	.	13,4	13,0	12,3	12,6	12,9	12,3	12,5	15,2	15,4	14,1	14,1	14,5
LK Lüneburg, LK Lüchow-Dannenberg, LK Uelzen, LK Celle, LK Heidekreis, LK Verden	.	.	.	15,1	14,0	14,6	14,1	14,8	16,2	15,4	14,4	15,5	15,2	14,2	15,6
Nordrhein-Westfalen	14,4	13,9	14,6	14,7	15,2	15,4	16,4	16,3	17,1	17,5	17,5	17,8	18,7	18,1	18,5
Aachen	16,8	14,8	16,2	16,8	17,0	16,8	17,6	16,6	17,9	19,7	18,6	16,9	18,8	19,0	20,5
Arnsberg	13,5	13,0	13,5	12,2	13,2	13,2	14,1	13,9	12,8	13,8	13,7	16,0	15,7	14,7	14,4
Bielefeld	13,9	14,3	14,7	14,0	14,7	15,8	15,4	14,6	15,6	15,7	16,6	16,5	16,6	16,4	16,2
Bochum/ Hagen	15,1	15,0	16,0	17,0	16,5	17,1	17,2	16,6	18,7	18,7	19,4	21,9	22,5	20,7	20,6
Bonn	11,5	11,8	12,0	12,2	11,7	11,5	12,5	13,5	14,5	13,4	13,5	15,1	15,1	14,7	16,5
Dortmund	17,4	17,7	18,0	18,2	19,9	19,7	21,0	22,1	21,4	22,0	22,0	22,2	21,4	21,1	22,0
Duisburg/ Essen	15,5	14,5	15,8	14,8	16,6	16,0	17,9	18,1	18,9	19,3	19,6	19,3	21,4	20,9	21,5
Düsseldorf	13,9	12,4	13,6	13,7	14,4	14,2	15,9	15,5	16,3	16,9	17,6	16,7	17,7	17,8	18,1
Emscher-Lippe	17,7	17,4	16,6	17,3	17,4	18,3	19,5	19,5	21,1	21,1	20,4	21,3	24,6	22,0	21,9
Köln	13,8	13,3	13,4	14,0	14,7	15,1	16,3	16,4	17,5	16,3	16,2	17,4	17,5	16,9	16,7
Münster	11,5	11,5	11,8	12,2	12,4	12,4	12,9	13,6	14,6	15,1	14,6	15,2	15,0	14,7	14,6
Paderborn	17,0	14,9	13,8	15,5	14,0	15,4	16,7	14,5	14,2	17,3	15,1	16,3	17,9	16,2	17,0
Siegen	9,1	12,2	14,0	12,8	14,1	14,2	14,1	14,8	13,1	14,6	14,4	14,2	16,6	15,6	17,8

Bundesland / Raumordnungsregion/Anpassungsschicht	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Rheinland-Pfalz	14,2	13,2	13,5	14,5	14,2	14,8	15,1	14,6	15,4	15,5	15,2	15,5	15,6	15,4	15,6
Mittelrhein-Westerwald	14,6	12,8	13,8	15,5	15,0	14,5	15,2	15,2	15,1	16,0	14,5	14,5	14,8	14,9	14,9
Rheinessen-Nahe	13,4	14,1	15,2	15,9	15,6	16,1	16,5	16,1	17,2	16,6	16,4	15,9	17,2	14,9	16,5
Rheinpfalz	11,9	11,4	11,5	12,0	12,0	14,1	13,0	12,9	13,8	14,6	15,4	15,5	16,3	16,9	15,6
Trier	14,7	14,1	12,7	13,5	13,5	13,9	14,0	12,7	14,2	13,3	13,6	14,9	12,0	11,9	12,8
Westpfalz	17,7	14,5	14,1	15,4	14,9	15,7	16,7	15,3	16,8	16,6	16,3	17,7	17,4	18,6	18,4
Saarland	15,4	16,0	16,8	15,8	16,0	14,3	15,2	15,4	17,1	17,5	17,2	17,2	16,8	16,0	17,0
Saar	15,4	16,0	16,8	15,8	16,0	14,3	15,2	15,4	17,1	17,5	17,2	17,2	16,8	16,0	17,0
Sachsen	19,2	18,5	19,6	19,0	19,5	19,4	19,5	18,8	18,8	18,5	18,6	17,7	16,8	16,6	17,2
Oberes Elbtal/ Osterzgebirge	18,1	18,5	20,1	19,5	19,7	18,6	19,1	18,1	17,4	17,6	18,1	16,4	15,2	15,1	15,4
Oberlausitz-Niederschlesien	18,7	17,2	18,8	17,3	17,6	18,0	17,7	17,1	18,6	17,9	18,1	18,0	16,9	16,9	17,2
Südsachsen	18,7	17,7	18,2	17,5	18,4	18,4	18,7	17,9	17,5	17,0	16,8	16,8	16,4	15,7	16,4
Westsachsen	21,5	20,7	21,9	22,2	21,9	22,7	22,3	22,0	22,2	22,0	22,0	20,2	19,1	19,3	20,2
Sachsen-Anhalt	22,4	21,6	21,5	22,1	21,8	19,8	20,6	21,1	20,9	21,3	20,1	21,4	21,0	19,5	19,5
Altmark	18,9	18,6	19,3	18,4	19,5	18,1	19,9	24,0	27,4	24,3	25,8	26,7	24,0	22,9	21,4
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg* (2205-2007: Dessau)	22,4	21,9	21,1	23,1	22,3	20,1	20,1	20,5	18,7	19,3	18,6	21,9	22,0	17,8	19,0
Halle/Saale	25,6	23,7	22,9	23,9	23,7	21,3	22,7	22,8	21,5	22,9	22,2	21,9	22,7	20,9	20,7
Magdeburg	20,3	20,3	20,9	21,0	20,6	18,7	19,2	19,2	20,0	20,2	17,9	19,6	18,7	18,3	18,3
Schleswig-Holstein	13,3	12,0	12,5	13,1	14,0	13,8	13,6	13,8	14,0	13,8	14,6	15,1	14,8	15,3	14,5
Schleswig-Holstein Mitte	15,7	13,4	15,0	16,0	16,3	16,0	15,7	15,5	16,7	16,0	17,7	19,8	18,8	18,2	17,6
Schleswig-Holstein Nord	12,6	12,5	11,7	13,7	14,5	13,9	13,2	15,6	14,9	13,9	15,0	17,7	18,2	17,1	17,5
Schleswig-Holstein Ost	16,7	16,4	17,6	18,1	19,5	18,1	18,8	16,6	16,6	17,2	14,6	17,7	17,7	17,1	15,5
Schleswig-Holstein Süd	8,7	7,8	8,3	8,8	9,3	9,7	9,6	9,9	9,8	10,1	11,5	9,6	9,3	11,4	10,7
Schleswig-Holstein Süd-West	18,5	15,8	14,8	12,3	15,5	16,3	15,7	16,1	16,9	16,7	17,6	15,3	15,7	16,7	14,7
Thüringen	19,9	19,0	18,9	18,5	18,1	17,6	16,7	16,8	18,0	17,8	18,9	17,2	16,3	16,4	17,0
Mittelthüringen	20,8	19,9	20,8	20,3	20,3	20,4	17,3	17,4	18,8	17,4	20,0	17,2	16,4	17,1	18,8
Nordthüringen	22,0	19,6	20,5	20,1	20,4	20,5	19,5	18,2	19,2	19,4	19,0	19,3	15,9	15,1	16,6
Ostthüringen	20,4	20,2	19,0	19,3	17,7	15,7	16,3	17,1	18,2	18,6	19,3	17,9	17,5	17,8	17,1
Südthüringen	16,2	15,4	14,9	13,6	14,1	14,4	14,1	14,3	15,8	15,9	16,8	14,5	14,4	14,2	14,7

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

Ergebnisse des Mikrozensus. Ab 2011 basiert die Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011.

Durch Effekte der Umstellung auf eine neue Stichprobe im Berichtsjahr 2016 sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt.

Für Niedersachsen und Bremen ist ein durchgehender Vergleich aus methodischen Gründen nicht und bei den ROR Rhein-Neckar sowie Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg nur begrenzt möglich.

Ausgewählte Sozialleistungsquoten Deutschland

Tabelle A3: SGB II- und SGB XII-Quoten seit 2005

Sozialleistungsquoten in %	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
SGB II-Quote Kinder unter 18 Jahre	12,5	14,6	14,9	14,5	13,8	13,2	12,7	12,8	13,3	13,6	13,8	13,8	14,3	13,9	13,3
SGB II-Quote erwerbsfähige Erwachsene	8,6	9,8	9,6	9,2	9,0	9,0	8,5	8,3	8,2	8,1	8,0	7,9	8,0	7,6	7,1
SGB II-Quote gesamt	9,5	10,9	10,8	10,3	10,1	9,9	9,5	9,3	9,4	9,3	9,3	9,2	9,3	8,9	8,4
SGB XII-Quote 65+	2,2	2,3	2,4	2,5	2,4	2,4	2,6	2,8	3,0	3,0	3,2	3,1	3,2	3,2	.

*Bezugszeitraum für die SGBII-Quoten ist der Jahresdurchschnitt, für die SGB XII-Quote bis 2014 zum Jahresende, ab 2015 der jeweilige Dezember.

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.

Armutsquote und SGB II-Quote Städte

Tabelle A4: Armutsquoten und SGBII-Quoten in ausgewählten Großstädten seit 2005

Armutsquoten und SGB II-Quoten seit 2005 (in %)		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Deutschland	Armutsquote	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	15,8	15,5	15,9
	SGBII-Quote	9,5	10,9	10,8	10,3	10,1	9,9	9,5	9,3	9,4	9,3	9,3	9,2	9,3	8,9	8,4
Berlin	Armutsquote	19,7	17,0	17,5	18,7	19,0	19,2	20,6	20,8	21,4	20,0	22,4	19,4	19,2	18,2	19,3
	SGBII-Quote	19,1	21,3	21,7	21,4	21,2	21,1	21,2	21,2	20,7	20,3	19,9	19,1	18,5	17,5	16,5
Bremen	Armutsquote	21,4	18,3	18,1	22,0	19,5	20,5	20,9	22,0	23,0	22,5	23,1	20,9	21,9	21,6	24,5
	SGBII-Quote	16,4	17,7	17,3	16,9	16,8	17,2	16,8	16,7	16,8	16,8	17,0	17,3	17,9	17,7	17,4
Dortmund	Armutsquote	18,6	20,2	20,5	21,3	22,2	23,0	23,5	25,4	25,0	23,5	25,7	24,2	24,3	23,9	24,7
	SGBII-Quote	16,7	18,1	18,1	17,6	17,3	17,8	17,6	17,5	17,8	18,0	18,3	18,4	18,7	18,2	17,9
Dresden	Armutsquote	20,7	20,2	22,5	21,5	19,3	19,6	19,4	19,8	18,5	19,4	20,0	17,7	17,0	15,8	17,4
	SGBII-Quote	.	14,9	15,0	14,7	14,1	13,7	12,9	12,5	12,1	11,6	11,0	10,5	10,4	9,7	9,0
Duisburg	Armutsquote	17,0	16,2	22,2	19,2	22,9	21,5	23,2	24,6	24,3	24,8	26,6	22,8	29,4	27,4	28,5
	SGBII-Quote	16,6	18,4	18,4	18,1	18,0	18,1	17,4	17,1	17,1	17,5	18,2	18,8	19,2	18,7	18,1
Düsseldorf	Armutsquote	13,8	14,6	15,7	13,8	14,1	15,4	18,7	17,2	16,7	17,7	18,3	16,6	18,6	19,3	19,3
	SGBII-Quote	12,3	13,3	13,6	13,4	13,2	13,4	13,3	13,0	12,9	12,9	12,8	12,6	12,5	11,9	11,3
Essen	Armutsquote	17,7	13,9	12,6	16,3	16,8	17,8	19,4	19,7	20,6	20,8	21,0	21,2	21,6	21,6	21,1
	SGBII-Quote	15,4	17,0	17,5	17,8	17,9	18,2	18,0	18,3	18,7	18,8	19,0	19,4	20,2	20,0	19,4
Frankfurt am Main	Armutsquote	13,7	13,6	12,7	13,7	14,7	13,8	16,0	15,5	14,7	14,7	14,2	16,6	17,1	15,4	19,0
	SGBII-Quote	11,4	12,9	13,2	12,9	12,7	12,7	12,3	12,1	12,1	12,2	12,3	12,0	11,8	11,2	10,4
Hamburg	Armutsquote	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8	16,9	15,6	15,7	14,9	14,7	15,3	15,0
	SGBII-Quote	13,1	14,2	14,2	13,8	13,6	13,5	13,1	12,9	12,8	12,6	12,6	12,5	12,6	12,2	11,8
Hannover	Armutsquote	21,0	19,8	20,5	22,2	21,6	21,3	22,1	21,8	20,8	19,6	22,3	22,0	20,4	20,6	21,4
	SGBII-Quote	
Köln	Armutsquote	18,0	16,1	16,9	16,8	17,4	17,3	19,6	20,2	21,5	20,5	19,6	20,0	20,5	20,4	19,4
	SGBII-Quote	13,6	14,6	14,7	14,3	14,1	14,2	13,7	13,3	13,3	13,3	13,5	13,2	13,2	12,9	12,5
Leipzig	Armutsquote	23,9	23,6	25,3	27,0	27,2	26,4	24,5	25,4	25,1	24,1	25,1	22,4	21,5	22,0	22,7
	SGBII-Quote	.	21,2	21,3	20,7	19,9	19,2	18,6	17,8	17,3	16,6	15,8	15,0	14,5	13,5	12,4
München	Armutsquote	10,9	9,8	10,8	9,8	10,9	10,7	11,5	11,2	10,3	9,4	9,6	10,0	9,6	10,0	11,2
	SGBII-Quote	6,3	6,8	6,7	6,5	6,7	6,9	6,7	6,4	6,4	6,4	6,4	6,3	6,3	6,0	5,6
Nürnberg	Armutsquote	18,1	17,3	18,9	17,3	17,8	18,4	19,3	17,4	19,0	20,8	22,3	23,3	24,5	20,6	23,1
	SGBII-Quote	12,5	13,4	13,2	12,2	12,3	12,4	11,8	11,6	11,6	11,8	11,7	11,4	11,1	10,3	9,5
Stuttgart	Armutsquote	13,0	13,6	13,2	14,2	14,7	13,9	14,9	13,3	15,2	16,1	14,8	13,8	16,1	15,2	13,6
	SGBII-Quote	7,6	8,4	8,6	8,3	8,4	8,5	8,1	.	7,9	7,9	7,8	7,9	8,2	8,0	7,6

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit.

SGBII-Quote nach Kreisen (Jahresdurchschnitt)

Tabelle A5: SGB II-Quote nach Kreisen (Jahresdurchschnitte)

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Deutschland	9,5	10,9	10,8	10,3	10,1	9,9	9,5	9,3	9,4	9,3	9,3	9,2	9,3	8,9	8,4
Westdeutschland	7,7	9,0	8,9	8,5	8,4	8,4	8,0	7,9	8,0	8,1	8,1	8,2	8,5	8,2	7,8
Ostdeutschland	16,5	18,5	18,4	17,7	16,9	16,3	15,6	15,3	15,1	14,7	14,1	13,4	13,0	12,0	11,1
Baden-Württemberg	4,9	5,8	5,6	5,3	5,3	5,4	5,0	4,9	4,9	4,9	5,0	5,0	5,3	5,1	4,8
Alb-Donau-Kreis	.	4,1	3,6	3,1	2,9	2,8	2,4	2,4	2,5	2,4	2,5	2,8	3,2	2,9	2,9
Baden-Baden, Stadt	.	8,8	8,6	8,0	7,9	7,2	6,7	6,6	6,6	6,5	6,4	6,6	6,9	6,5	6,2
Biberach	.	.	2,7	2,4	2,4	2,6	2,4	2,3	2,4	2,4	2,5	2,8	3,1	3,0	2,7
Böblingen	4,3	4,9	4,9	4,7	4,8	5,0	4,6	4,2	4,2	4,1	4,0	4,0	4,4	4,3	4,1
Bodenseekreis	.	.	3,8	3,3	3,2	3,3	3,0	2,9	2,8	2,9	3,0	3,3	3,9	3,8	3,6
Breisgau-Hochschwarzwald	.	4,6	4,4	4,3	4,2	4,1	3,7	3,6	3,7	3,8	3,8	3,9	4,2	4,2	4,0
Calw	.	3,9	3,5	3,3	3,6	3,9	3,5	3,5	3,7	3,8	3,8	3,8	4,1	3,9	3,6
Emmendingen	5,1	5,3	4,9	4,5	4,2	4,0	3,6	3,5	3,6	3,7	3,7	3,9	4,3	4,2	4,1
Enzkreis	.	3,1	2,8	2,7	2,9	3,1	2,8	2,7	2,6	2,7	2,7	2,9	3,4	3,4	3,3
Esslingen	4,7	5,2	5,2	4,9	5,2	5,5	5,2	4,8	4,7	4,7	4,7	4,7	5,0	4,8	4,7
Freiburg im Breisgau, Stadt	8,1	9,0	9,0	8,9	9,1	9,0	8,9	8,6	8,6	8,5	8,6	8,6	8,4	8,0	7,6
Freudenstadt	.	4,2	3,7	3,3	3,4	3,5	3,0	3,0	3,2	3,3	3,3	3,6	4,0	3,8	3,4
Göppingen	.	5,6	5,4	5,2	5,5	5,9	5,5	5,2	5,4	5,2	5,3	5,6	6,1	5,8	5,6
Heidelberg, Stadt	5,8	6,4	6,4	6,3	6,3	6,3	6,0	5,7	5,5	5,4	5,5	5,1	5,0	4,9	4,8
Heidenheim	.	6,7	6,2	5,5	5,3	5,6	5,3	5,3	5,4	5,8	6,1	6,5	6,8	6,2	5,8
Heilbronn	4,4	4,9	4,7	4,3	4,4	4,5	4,0	3,8	3,8	3,8	3,8	4,0	4,3	4,2	3,9
Heilbronn, Stadt	.	10,0	9,5	8,8	8,6	8,6	8,0	8,0	8,5	8,7	8,8	8,7	9,0	8,5	7,8
Hohenlohekreis	4,1	4,2	3,7	3,2	3,3	3,2	2,8	2,7	2,8	2,8	2,7	2,7	2,9	2,6	2,3
Karlsruhe	.	4,7	4,4	4,0	4,0	3,9	3,5	3,4	3,4	3,6	3,6	3,7	4,1	3,9	3,6
Karlsruhe, Stadt	.	9,0	8,9	8,6	8,3	8,2	7,9	7,8	7,7	7,8	7,7	7,2	6,8	6,4	6,0
Konstanz	5,9	6,4	6,1	5,7	5,7	5,7	5,2	5,1	5,0	4,9	4,8	5,0	5,3	5,2	4,9
Lörrach	5,8	6,5	6,2	5,8	5,9	5,8	5,5	5,0	4,8	4,6	4,5	4,4	4,7	4,7	4,6
Ludwigsburg	4,1	4,7	4,6	4,4	4,6	4,9	4,5	4,5	4,6	4,5	4,4	4,4	4,7	4,4	4,1
Main-Tauber-Kreis	4,6	4,9	4,8	4,2	3,9	3,6	3,3	3,3	3,5	3,5	3,5	3,7	4,2	4,1	3,9
Mannheim, Universitätsstadt	12,0	12,7	12,2	11,6	11,1	10,9	10,7	10,9	11,1	11,5	11,8	11,6	11,5	11,1	10,8
Neckar-Odenwald-Kreis	4,9	5,1	4,6	4,2	4,3	4,5	4,1	3,9	3,9	3,9	3,9	4,0	4,3	4,0	3,8
Ortenaukreis	.	.	5,1	4,9	5,2	5,2	4,8	4,7	4,7	4,8	4,8	5,0	5,2	4,8	4,5
Ostalbkreis	.	5,4	5,0	4,5	4,6	4,7	4,0	3,9	3,9	4,0	4,1	4,2	4,2	3,8	3,6
Pforzheim, Stadt	.	10,9	10,7	10,5	11,3	12,3	11,5	11,5	11,3	11,6	11,9	12,0	12,3	11,9	11,3
Rastatt	.	4,6	4,6	4,2	4,4	4,8	4,3	4,2	4,1	4,1	4,2	4,4	4,7	4,4	4,1
Ravensburg	.	4,6	4,5	4,0	3,9	3,8	3,5	3,4	3,4	3,4	3,4	3,7	4,0	3,8	3,5
Rems-Murr-Kreis	4,8	5,4	5,4	5,1	5,3	5,5	5,3	5,1	5,1	5,1	5,1	5,3	5,7	5,5	5,3
Reutlingen	.	5,1	4,9	4,6	4,8	5,1	4,9	4,8	4,9	4,9	4,8	5,1	5,5	5,4	5,1
Rhein-Neckar-Kreis	.	5,6	5,5	5,1	4,8	4,9	4,8	5,0	5,2	5,3	5,4	5,5	5,6	5,4	5,2
Rottweil	.	4,5	3,9	3,5	3,9	3,9	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1	3,2	3,5	3,3	3,0
Schwäbisch Hall	5,0	5,4	5,2	4,8	4,6	4,4	3,8	3,6	3,5	3,5	3,5	3,7	4,0	3,7	3,4
Schwarzwald-Baar-Kreis	.	5,9	5,6	5,1	5,4	5,4	4,7	4,5	4,5	4,5	4,5	4,6	4,7	4,4	4,2
Sigmaringen	.	5,9	5,2	4,5	4,5	4,5	3,8	3,6	3,7	3,7	3,8	3,8	3,6	3,4	3,0
Stuttgart, Landeshauptstadt	7,6	8,4	8,6	8,3	8,4	8,5	8,1	.	7,9	7,9	7,8	7,9	8,2	8,0	7,6
Tübingen	.	4,7	4,8	4,5	4,2	4,3	4,0	3,8	3,8	3,8	3,8	4,0	4,3	4,1	3,9
Tuttlingen	.	.	4,0	3,8	4,3	4,7	4,1	3,8	3,9	3,8	3,8	3,9	4,3	4,1	3,9
Ulm, Universitätsstadt	.	8,3	7,7	6,5	6,3	6,3	5,6	5,5	5,5	5,4	5,6	5,6	5,7	5,6	5,4
Waldshut	.	.	5,1	4,8	4,9	4,8	4,2	3,9	3,6	3,5	3,4	3,6	4,0	3,9	3,8
Zollernalbkreis	.	5,7	5,4	4,9	5,0	5,1	4,5	4,3	4,4	4,4	4,3	4,2	4,1	3,8	3,5

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Bayern	4,8	5,4	5,1	4,7	4,7	4,6	4,2	4,0	4,0	4,1	4,1	4,2	4,3	4,1	3,7
Aichach-Friedberg	2,1	2,4	2,2	2,0	2,1	2,1	2,0	1,9	1,9	1,9	1,9	2,2	2,3	2,2	2,1
Altötting	5,4	5,9	5,4	4,7	4,4	4,0	3,6	3,5	3,6	3,7	3,7	3,8	4,2	3,9	3,6
Amberg, Stadt	10,2	11,5	10,9	10,2	10,5	10,0	8,0	7,7	7,5	7,4	7,5	8,1	8,4	7,6	6,5
Amberg-Sulzbach	4,8	5,0	4,5	3,9	3,7	3,5	2,8	2,6	2,6	2,6	2,6	2,8	3,0	2,8	2,5
Ansbach	3,2	3,6	3,5	3,1	2,6	2,5	2,2	2,2	2,3	2,3	2,2	2,2	2,3	1,9	1,5
Ansbach, Stadt	7,8	9,2	8,6	8,4	8,5	8,2	7,2	7,2	7,5	7,7	8,0	8,2	8,7	8,2	7,5
Aschaffenburg	3,7	4,0	3,5	3,0	2,9	3,0	2,8	2,7	2,9	3,1	3,2	3,6	4,0	3,8	3,6
Aschaffenburg, Stadt	10,2	11,4	10,4	9,5	9,2	9,2	8,4	8,6	8,9	9,0	9,1	9,5	9,7	9,4	8,7
Augsburg	2,8	3,1	3,0	2,9	3,1	3,2	2,9	2,7	2,7	2,7	2,8	3,0	3,2	3,0	2,9
Augsburg, Stadt	10,3	11,3	10,7	10,1	10,1	10,1	9,1	8,2	7,9	7,7	7,6	7,6	7,5	7,0	6,7
Bad Kissingen	.	6,3	5,7	5,1	4,9	4,5	3,9	3,5	3,6	3,4	3,4	3,7	3,8	3,5	3,2
Bad Tölz-Wolfratshausen	.	3,6	3,5	3,2	3,4	3,3	2,9	2,9	2,9	2,8	2,7	2,7	3,0	2,9	2,7
Bamberg	.	3,4	3,2	2,9	2,8	2,5	2,1	1,9	2,0	2,0	2,0	2,1	2,3	2,3	2,0
Bamberg, Stadt	7,9	9,0	8,8	8,3	8,0	7,5	6,5	6,1	6,0	5,9	5,9	6,0	6,3	5,8	5,3
Bayreuth	.	4,6	4,3	3,8	3,6	3,4	2,9	2,8	2,9	2,8	2,8	2,8	2,9	2,7	2,4
Bayreuth, Stadt	10,6	11,2	10,5	9,9	9,7	9,0	8,3	7,9	8,1	7,9	7,6	7,3	7,3	6,9	6,4
Berchtesgadener Land	3,8	4,2	3,8	3,6	3,5	3,4	3,1	3,0	3,1	3,2	3,4	3,5	3,7	3,7	3,5
Cham	4,1	4,1	3,3	2,8	2,6	2,3	1,9	1,8	2,1	2,1	2,1	2,3	2,5	2,5	2,3
Coburg	6,5	6,7	6,1	5,4	4,8	4,6	3,9	3,7	3,8	3,7	3,9	4,0	4,2	4,0	3,7
Coburg, Stadt	12,5	14,1	13,5	12,2	11,1	10,5	9,3	8,3	8,7	8,4	8,2	8,4	8,6	8,2	7,7
Dachau	2,4	2,6	2,5	2,3	2,5	2,7	2,4	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,0	1,8
Deggendorf	5,3	5,8	5,4	5,0	5,0	4,8	4,1	4,0	3,8	3,7	3,5	3,6	3,5	3,1	2,8
Dillingen a.d.Donau	3,6	4,1	3,8	3,3	3,4	3,6	3,1	2,6	2,5	2,4	2,5	2,9	3,3	3,2	3,0
Dingolfing-Landau	2,8	3,4	3,1	3,0	3,1	2,8	2,2	1,9	1,9	1,9	1,9	2,3	2,4	2,4	2,2
Donau-Ries	3,0	3,1	2,8	2,3	2,1	2,0	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6	1,7	1,8	1,7	1,6
Ebersberg	1,9	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1	1,8	1,7	1,7	1,8	1,8	2,1	2,1	1,9	1,7
Eichstätt	.	2,0	1,7	1,4	1,4	1,4	1,2	1,0	1,0	1,1	1,1	1,2	1,5	1,5	1,5
Erding	2,5	2,9	2,9	2,7	2,6	2,4	2,1	2,0	2,0	2,1	2,1	2,2	2,3	2,2	2,0
Erlangen, Stadt	.	.	6,1	5,6	5,5	5,4	4,9	4,8	5,1	5,2	5,2	5,2	5,4	5,2	4,8
Erlangen-Höchstadt	2,3	2,5	2,2	2,0	2,0	2,0	1,7	1,7	1,8	1,9	2,0	2,3	2,6	2,3	2,1
Forchheim	3,4	3,8	3,6	3,4	3,3	3,2	2,8	2,6	2,6	2,6	2,8	3,0	3,3	3,1	2,8
Freising	1,8	2,1	2,0	1,7	1,4	1,5	1,4	1,3	1,4	1,5	1,5	1,6	1,8	1,8	1,6
Freyung-Grafenau	4,3	4,4	3,8	3,1	3,0	2,9	2,5	2,3	2,4	2,4	2,5	2,6	2,4	2,0	1,7
Fürstenfeldbruck	.	3,8	3,7	3,7	3,7	3,9	3,8	3,7	3,8	3,9	4,0	4,0	4,2	4,0	3,7
Fürth	.	3,6	3,7	3,5	3,4	3,5	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	2,9	2,7	2,6	2,5
Fürth, Stadt	10,2	10,9	10,5	10,1	10,4	10,3	9,7	9,2	9,2	9,3	9,4	9,5	9,5	8,8	8,1
Garmisch-Partenkirchen	.	3,1	3,0	3,1	3,4	3,4	3,2	3,2	3,4	3,7	4,0	4,1	4,5	4,2	3,6
Günzburg	3,6	3,9	3,5	3,0	3,1	3,4	2,7	2,5	2,5	2,5	2,3	2,5	2,5	2,3	2,1
Haßberge	4,1	4,4	4,0	3,6	3,6	3,4	2,9	2,7	2,9	3,0	2,9	3,1	3,2	2,9	2,7
Hof	6,5	7,3	6,9	6,5	6,3	6,0	5,1	4,8	4,9	4,7	4,4	4,1	4,1	3,9	3,7
Hof, Stadt	14,3	16,0	15,3	14,6	14,4	14,1	13,2	12,9	12,9	12,8	12,4	12,8	15,2	14,6	13,9
Ingolstadt, Stadt	7,3	8,1	7,5	6,2	6,1	6,4	5,8	5,5	5,3	5,3	5,2	4,8	5,2	5,3	5,2
Kaufbeuren, Stadt	9,2	9,9	9,5	9,0	8,9	8,6	7,5	6,8	6,7	6,6	6,4	6,4	6,8	6,3	5,7
Kelheim	2,9	3,2	3,1	2,7	2,5	2,2	1,8	1,5	1,6	1,6	1,7	2,4	2,6	2,4	2,1
Kempten (Allgäu), Stadt	7,6	7,9	7,1	6,5	6,2	6,1	5,7	5,4	5,7	5,8	5,8	5,8	5,7	5,3	4,8
Kitzingen	4,2	4,9	4,7	4,2	4,1	3,8	3,3	3,0	3,1	3,1	3,0	3,2	3,2	2,8	2,4
Kronach	5,7	6,1	5,5	5,1	4,9	4,5	3,6	3,2	3,4	3,4	3,4	3,3	3,3	3,0	2,9
Kulmbach	.	7,6	7,1	6,5	6,1	5,9	5,2	4,7	4,5	4,4	4,3	4,3	4,3	4,1	3,8
Landsberg am Lech	2,7	3,1	2,8	2,4	2,2	2,2	2,0	1,9	2,1	2,2	2,3	2,7	3,0	2,7	2,3
Landshut	2,5	2,8	2,6	2,5	2,3	2,1	1,8	1,7	1,8	1,9	1,9	2,4	2,4	2,2	2,0
Landshut, Stadt	7,3	8,3	8,0	7,5	7,4	6,5	5,5	5,4	5,5	5,7	6,1	5,9	5,9	5,7	5,6
Lichtenfels	6,6	7,1	6,9	6,3	5,9	5,1	4,4	3,9	3,8	3,8	4,0	4,0	4,0	3,9	3,3
Lindau (Bodensee)	3,1	3,6	3,5	3,2	3,1	3,1	2,8	2,7	2,8	2,7	2,8	3,0	3,1	3,0	2,8

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Main-Spessart	3,5	3,8	3,3	2,9	3,0	2,9	2,4	2,2	2,2	2,3	2,2	2,5	2,8	2,7	2,4
Memmingen, Stadt	6,8	7,0	6,0	5,1	5,2	5,6	4,5	3,8	3,9	3,9	4,1	4,4	4,5	4,0	3,6
Miesbach	.	.	2,3	2,2	2,3	2,4	2,2	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2	2,0	1,8
Miltenberg	4,9	5,3	4,8	4,3	4,1	4,0	3,4	3,3	3,6	3,6	3,6	3,5	3,7	3,5	3,3
Mühdorf a.Inn	4,8	5,5	5,4	5,1	5,0	4,7	4,2	3,9	4,1	4,2	4,3	4,3	4,6	4,2	3,9
München	.	2,4	2,3	2,2	2,4	2,5	2,4	2,6	2,6	2,7	2,7	2,8	3,0	2,9	2,6
München, Landeshauptstadt	6,3	6,8	6,7	6,5	6,7	6,9	6,7	6,4	6,4	6,4	6,4	6,3	6,3	6,0	5,6
Neuburg-Schrobenhausen	.	3,0	2,9	2,6	2,4	2,3	2,0	1,9	1,9	2,0	1,9	2,1	2,4	2,3	2,2
Neumarkt i.d.OPf.	3,0	3,2	2,9	2,5	2,3	2,1	1,8	1,7	1,8	1,8	1,9	2,0	2,2	2,0	1,8
Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3,6	4,1	3,8	3,5	3,5	3,2	2,8	2,6	2,7	2,8	2,7	3,1	3,5	3,2	2,8
Neustadt a.d.Waldnaab	4,3	4,9	4,7	4,1	4,0	3,7	3,3	3,1	3,2	3,3	3,3	3,2	3,5	3,3	2,9
Neu-Ulm	4,0	4,2	4,0	3,7	4,1	4,6	4,1	3,8	3,8	3,8	3,7	3,6	3,6	3,2	2,8
Nürnberg, Stadt	12,5	13,4	13,2	12,2	12,3	12,4	11,8	11,6	11,6	11,8	11,7	11,4	11,1	10,3	9,5
Nürnberger Land	3,2	3,5	3,4	3,2	2,9	2,8	2,6	2,5	2,7	2,7	2,8	3,0	3,4	3,2	2,9
Oberallgäu	2,8	3,0	2,9	2,7	2,6	2,6	2,3	2,1	2,2	2,3	2,2	2,4	2,4	2,2	2,0
Ostallgäu	2,7	2,9	2,7	2,4	2,3	2,2	1,8	1,6	1,7	1,8	1,9	2,3	2,6	2,4	2,1
Passau	4,9	5,2	4,7	4,2	4,1	4,0	3,5	3,2	3,2	3,3	3,4	3,7	3,9	3,6	3,2
Passau, Stadt	.	8,5	8,4	7,6	7,7	7,6	6,1	6,1	6,2	6,3	6,6	6,7	6,9	6,7	6,4
Pfaffenhofen a.d.Ilm	.	2,9	2,4	2,0	1,9	1,8	1,5	1,3	1,3	1,4	1,4	1,5	1,6	1,5	1,2
Regen	4,2	4,5	4,1	3,8	3,7	3,4	3,0	2,9	2,9	2,9	3,0	3,7	4,0	3,6	3,4
Regensburg	2,9	3,4	3,1	2,9	2,7	2,6	2,1	2,0	2,1	2,2	2,2	2,4	2,6	2,4	2,2
Regensburg, Stadt	8,5	9,7	9,4	8,8	8,8	8,6	7,4	6,8	6,6	6,3	6,2	6,1	5,9	5,5	5,1
Rhön-Grabfeld	6,0	6,2	5,4	4,4	3,9	3,5	2,9	2,6	2,6	2,6	2,6	2,9	3,1	2,8	2,5
Rosenheim	.	3,2	3,1	3,0	2,9	2,8	2,5	2,4	2,2	2,2	2,2	2,3	2,5	2,4	2,2
Rosenheim, Stadt	.	7,7	7,8	7,4	7,3	6,9	6,1	6,1	6,4	6,7	6,9	6,5	6,7	6,4	5,9
Roth	3,2	3,3	3,0	2,7	2,5	2,5	2,3	2,2	2,3	2,3	2,4	2,4	2,5	2,4	2,0
Rottal-Inn	3,9	4,1	3,7	3,5	3,5	3,3	2,9	2,8	2,8	2,9	3,1	3,4	3,4	3,2	3,2
Schwabach, Stadt	6,2	7,3	7,6	7,1	6,8	6,6	6,0	6,0	6,1	6,0	6,0	5,9	6,1	5,7	5,2
Schwandorf	4,2	4,8	4,7	4,2	3,9	3,4	2,9	2,7	2,9	2,9	3,1	3,3	3,3	3,0	2,7
Schweinfurt	.	4,3	4,0	3,5	3,3	3,0	2,5	2,2	2,3	2,4	2,5	2,8	2,8	2,6	2,5
Schweinfurt, Stadt	.	.	14,2	13,6	13,8	12,6	12,3	12,3	12,0	12,0	12,3	13,0	13,2	12,1	11,0
Starnberg	2,3	2,7	2,5	2,3	2,3	2,3	2,2	2,3	2,2	2,2	2,2	2,3	2,6	2,5	2,3
Straubing, Stadt	9,2	10,9	10,2	9,5	9,5	8,8	7,8	7,6	7,9	8,0	7,9	7,7	7,7	7,1	6,7
Straubing-Bogen	3,3	3,7	3,5	3,2	3,0	2,6	2,0	2,0	2,2	2,4	2,4	2,6	2,5	2,2	2,0
Tirschenreuth	.	5,6	5,6	5,1	4,9	4,6	4,2	3,8	3,7	3,8	3,6	3,6	3,7	3,3	2,9
Traunstein	3,5	4,0	3,9	3,7	3,7	3,3	2,9	2,7	2,8	2,8	2,8	2,8	3,0	2,8	2,6
Unterallgäu	2,4	2,5	2,2	1,9	1,9	1,8	1,4	1,2	1,3	1,4	1,5	1,7	1,8	1,6	1,4
Weiden i.d.OPf., Stadt	12,0	14,0	14,4	13,4	13,3	12,8	12,1	11,5	11,3	11,2	10,8	10,4	10,2	9,5	9,0
Weilheim-Schongau	.	3,3	2,9	2,6	2,7	2,7	2,5	2,6	2,8	2,9	3,1	3,2	3,4	3,1	3,0
Weißenburg-Gunzenhausen	5,2	5,4	5,1	4,6	4,6	4,1	3,4	3,1	3,1	3,0	3,1	3,3	3,5	3,3	3,1
Wunsiedel i.Fichtelgebirge	.	9,3	9,1	8,7	8,7	8,0	7,3	6,9	6,9	7,0	6,9	7,0	7,5	7,3	7,0
Würzburg	.	.	3,0	2,9	2,8	2,7	2,5	2,4	2,3	2,4	2,4	2,6	2,8	2,6	2,4
Würzburg, Stadt	7,3	8,3	8,2	7,7	7,2	6,9	6,6	6,6	6,7	6,6	6,4	6,5	6,8	6,5	6,0
Berlin	19,1	21,3	21,7	21,4	21,2	21,1	21,2	21,2	20,7	20,3	19,9	19,1	18,5	17,5	16,5
Brandenburg	15,0	16,9	16,8	16,0	15,1	14,3	13,6	13,3	13,2	12,7	11,9	11,3	10,7	9,7	8,8
Barnim	.	15,5	15,5	14,7	14,1	13,5	13,1	12,7	12,3	11,7	10,8	10,0	9,5	8,6	7,9
Brandenburg an der Havel, Stadt	20,4	22,7	23,1	22,3	21,8	20,8	20,8	20,2	20,0	19,5	18,5	17,8	17,5	16,8	15,8
Cottbus, Stadt	16,6	18,9	19,3	18,8	18,7	18,1	17,6	17,7	17,7	17,5	16,9	16,7	17,4	16,8	15,6
Dahme-Spreewald	12,1	13,6	13,5	12,6	11,5	10,6	9,9	9,5	9,5	9,2	8,8	8,2	7,5	6,7	5,9
Elbe-Elster	17,6	19,0	18,8	17,9	17,0	16,1	15,0	14,5	14,5	14,0	13,2	12,6	11,7	10,6	9,6
Frankfurt (Oder), Stadt	21,1	23,3	22,9	22,1	21,5	20,2	19,4	19,7	20,3	19,9	18,8	17,9	17,6	16,9	15,6
Havelland	15,5	16,5	15,6	14,5	13,4	12,6	12,0	11,6	11,5	10,8	9,9	9,3	8,7	7,7	6,9
Märkisch-Oderland	16,1	17,9	17,7	16,7	15,2	14,3	13,4	13,0	12,9	12,4	11,6	10,7	9,6	8,5	7,5
Oberhavel	.	.	14,4	14,4	13,7	12,8	11,8	11,2	10,9	10,6	9,9	9,3	8,5	7,5	6,7

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Oberspreewald-Lausitz	19,2	20,9	20,1	18,9	18,2	17,8	17,5	17,3	17,3	16,7	15,8	15,3	14,5	13,1	11,4
Oder-Spree	.	.	17,2	16,2	15,7	14,6	13,9	13,8	13,5	13,1	12,2	11,3	10,9	10,0	9,0
Ostprignitz-Ruppin	.	.	20,4	19,7	18,8	17,7	16,9	16,4	16,2	15,4	14,3	13,3	12,2	10,7	9,4
Potsdam, Stadt	11,8	13,4	13,7	13,1	12,7	12,2	11,7	11,5	11,3	11,1	10,6	10,4	10,1	9,6	9,0
Potsdam-Mittelmark	9,1	10,1	10,0	9,4	8,8	8,3	7,5	7,1	6,9	6,5	6,0	5,8	5,3	4,6	4,1
Prignitz	19,5	20,9	20,8	19,9	19,1	18,1	17,4	17,3	17,4	16,8	15,6	15,1	14,6	13,2	12,0
Spree-Neiße	.	.	17,4	16,2	15,2	14,5	14,1	14,0	13,7	13,3	12,7	12,0	11,2	10,1	9,1
Teltow-Fläming	12,9	14,0	13,6	12,7	12,0	11,5	10,8	10,2	10,1	9,8	9,3	8,8	8,3	7,2	6,4
Uckermark	.	.	24,5	24,1	22,8	21,1	21,0	21,3	21,0	20,5	19,6	18,7	17,9	16,6	15,3
Bremen	17,4	19,0	18,7	18,1	17,9	18,1	17,7	17,6	17,7	17,8	18,2	18,3	18,9	18,5	18,1
Bremen, Stadt	16,4	17,7	17,3	16,9	16,8	17,2	16,8	16,7	16,8	16,8	17,0	17,3	17,9	17,7	17,4
Bremerhaven, Stadt	.	25,6	25,3	24,3	23,0	22,6	22,5	22,2	22,3	23,0	24,1	23,6	23,9	22,8	21,7
Hamburg	13,1	14,2	14,2	13,8	13,6	13,5	13,1	12,9	12,8	12,6	12,6	12,5	12,6	12,2	11,8
Hessen	7,6	9,1	9,2	9,0	8,9	8,8	8,4	8,2	8,4	8,5	8,5	8,5	8,8	8,5	8,1
Bergstraße	.	.	7,8	7,7	7,6	7,4	6,7	6,5	6,4	6,4	6,6	6,6	6,9	6,9	6,5
Darmstadt, Stadt	.	11,1	11,5	11,2	11,0	10,9	10,3	10,1	10,5	10,6	10,8	10,7	11,2	10,8	10,3
Darmstadt-Dieburg	.	.	6,8	6,6	6,7	6,7	6,4	6,4	6,7	6,6	6,6	6,5	6,9	6,7	6,3
Frankfurt am Main, Stadt	11,4	12,9	13,2	12,9	12,7	12,7	12,3	12,1	12,1	12,2	12,3	12,0	11,8	11,2	10,4
Fulda	.	.	6,7	6,3	6,3	6,1	5,6	5,5	5,4	5,3	5,2	5,0	5,4	5,3	4,9
Gießen	9,0	10,1	10,2	9,9	9,6	9,3	8,9	8,7	8,9	8,8	8,8	8,7	9,4	9,5	9,3
Groß-Gerau	.	8,8	9,3	9,3	9,1	9,1	8,9	9,3	9,7	9,9	10,0	9,8	9,9	9,3	8,6
Hersfeld-Rotenburg	.	.	8,0	8,1	8,1	7,5	6,4	6,4	6,4	6,3	6,5	6,2	6,5	6,3	5,9
Hochtaunuskreis	.	.	5,0	5,0	5,1	5,1	5,1	5,0	5,0	5,1	5,2	5,4	6,0	6,1	5,9
Kassel	7,6	8,0	7,5	7,0	6,9	6,6	6,0	6,0	6,2	6,3	6,2	5,9	6,5	6,2	5,9
Kassel, Stadt	18,5	19,4	18,9	17,8	17,1	15,7	14,3	13,5	13,4	13,7	13,9	14,0	15,2	15,1	14,8
Lahn-Dill-Kreis	8,1	9,0	8,9	8,4	8,4	8,6	8,0	8,0	8,2	8,2	8,2	8,2	8,9	8,7	8,1
Limburg-Weilburg	8,2	9,7	9,8	9,5	9,3	8,7	8,1	7,9	8,0	8,0	7,9	7,7	8,2	7,9	7,3
Main-Kinzig-Kreis	.	.	7,0	6,9	7,2	7,4	7,1	7,0	7,2	7,4	7,5	7,4	7,8	7,7	7,3
Main-Taunus-Kreis	.	.	4,7	.	4,9	5,2	5,1	5,1	5,3	5,5	5,6	5,7	6,0	5,9	5,6
Marburg-Biedenkopf	.	.	7,2	6,9	7,1	6,9	6,4	6,1	6,1	6,1	6,1	6,2	6,9	6,8	6,4
Odenwaldkreis	.	.	7,6	7,5	7,8	7,9	7,6	7,6	7,8	7,9	7,9	7,5	7,5	7,0	6,7
Offenbach	.	.	8,3	8,4	8,5	8,6	8,5	8,3	8,3	8,3	8,5	8,2	8,3	7,9	7,4
Offenbach am Main, Stadt	.	20,1	20,3	19,5	19,2	19,3	19,1	19,2	19,6	19,8	19,5	18,7	17,6	16,1	14,7
Rheingau-Taunus-Kreis	.	.	5,4	5,3	5,3	5,3	5,1	4,9	5,1	5,2	5,4	5,7	6,4	6,4	6,2
Schwalm-Eder-Kreis	8,3	8,9	8,3	7,7	7,1	6,5	5,7	5,6	5,8	5,9	5,9	5,8	6,3	6,0	5,6
Vogelsbergkreis	.	.	7,5	7,1	7,1	6,8	5,9	5,4	5,4	5,3	5,1	5,3	5,8	5,6	5,1
Waldeck-Frankenberg	7,8	8,4	8,0	7,6	7,0	6,7	6,0	5,8	6,1	6,2	6,1	5,9	6,7	6,4	5,9
Werra-Meißner-Kreis	10,3	11,1	11,1	10,8	10,7	10,3	9,3	8,8	9,0	8,9	8,7	8,4	9,1	8,9	8,4
Wetteraukreis	6,7	7,3	7,3	6,9	6,7	6,5	6,0	6,0	6,2	6,3	6,4	6,4	6,7	6,5	6,2
Wiesbaden, Landeshauptstadt	.	.	13,2	13,4	13,8	14,1	14,0	13,8	13,9	14,2	14,5	14,4	14,4	14,2	13,6
Mecklenburg-Vorpommern	18,9	20,6	20,2	18,8	17,2	16,2	15,4	15,1	15,0	14,6	13,8	13,2	12,6	11,5	10,3
Landkreis Rostock	.	17,8	17,3	15,9	14,6	13,3	12,5	12,1	12,0	11,4	10,6	10,1	9,5	8,5	7,5
Ludwigslust-Parchim	.	16,0	15,6	14,5	13,2	12,2	11,4	11,1	11,1	10,8	10,3	9,8	9,3	8,5	7,6
Mecklenburgische Seenplatte	.	22,1	21,9	20,4	18,7	17,7	17,0	16,8	17,0	16,8	16,0	15,4	14,7	13,3	11,9
Nordwestmecklenburg	.	17,2	16,9	15,8	14,3	13,2	12,5	12,2	12,0	11,4	10,6	10,1	9,6	8,9	8,0
Rostock, Hansestadt	19,7	21,6	21,5	20,4	18,7	18,1	17,4	16,9	16,9	16,6	16,1	15,3	14,8	13,6	12,0
Schwerin, Landeshauptstadt	22,1	24,0	24,0	22,9	21,2	20,3	19,6	19,0	18,4	18,2	17,2	16,8	17,3	16,9	16,0
Vorpommern-Greifswald	.	.	23,6	21,8	20,4	19,2	18,3	17,8	17,6	16,9	15,8	14,9	14,0	12,7	11,4
Vorpommern-Rügen	.	22,0	21,6	19,7	17,8	16,6	15,8	15,4	15,8	15,5	14,5	14,0	13,0	11,7	10,4
Niedersachsen	9,3	10,8	10,7	10,3	10,0	9,7	9,3	9,1	9,2	9,1	9,1	9,1	9,4	9,1	8,6
Ammerland	.	.	8,0	7,7	7,3	6,8	6,3	6,1	6,1	6,2	6,2	6,3	6,9	6,7	6,1
Aurich	.	12,5	11,9	10,8	10,2	9,9	9,3	9,3	9,3	9,3	9,2	9,4	9,6	9,3	8,9
Braunschweig, Stadt	12,2	13,6	13,5	12,9	12,2	12,0	11,3	10,8	10,5	10,2	9,8	9,5	9,4	9,0	8,7
Celle	.	12,5	12,1	11,7	11,7	10,5	10,0	10,1	10,2	10,2	10,4	10,2	10,8	10,6	10,1

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Cloppenburg	7,7	8,6	8,2	7,2	6,7	6,5	5,7	5,6	6,0	6,2	6,4	6,6	6,9	6,2	5,8
Cuxhaven	.	11,0	10,9	10,3	9,6	9,2	8,6	8,2	8,3	8,2	8,3	8,5	9,1	8,6	7,9
Delmenhorst, Stadt	17,5	19,1	19,5	18,6	17,9	17,9	17,5	17,4	17,7	17,6	17,6	17,8	18,8	17,9	17,3
Diepholz	7,7	8,4	8,2	7,7	7,5	7,2	6,8	6,8	6,9	6,9	6,9	7,0	7,5	7,2	6,8
Emden, Stadt	.	15,1	15,1	14,5	14,1	14,0	13,3	12,5	12,7	12,8	12,4	13,2	14,2	14,3	14,3
Emsland	.	.	6,6	6,0	5,3	4,9	4,7	4,7	4,8	.	5,0	5,1	5,6	5,3	4,8
Friesland	10,0	10,4	9,7	9,4	8,5	8,2	7,7	7,7	7,8	7,9	7,8	7,4	8,0	7,4	6,8
Gifhorn	7,7	8,8	8,8	8,3	8,2	7,9	7,3	6,7	6,4	6,1	6,0	5,8	6,0	6,0	5,8
Goslar	12,2	13,4	13,3	13,3	13,3	12,8	12,5	12,3	12,4	12,2	11,7	11,7	12,0	11,6	10,7
Göttingen	.	.	10,6	10,9	10,6	10,2	9,7	9,5	9,3	8,9	8,3	8,0	8,1	8,0	7,6
Grafschaft Bentheim	.	.	7,6	6,7	6,4	6,3	6,0	6,1	6,3	6,5	6,5	6,6	6,8	6,2	5,6
Hamelnd-Pyrmont	13,6	14,5	13,8	13,0	12,2	12,0	11,4	11,3	11,5	11,6	11,8	11,8	12,1	12,1	11,6
Harburg	.	7,0	6,7	6,4	6,3	6,5	6,4	6,2	6,1	6,1	6,2	6,1	6,0	5,7	5,3
Heidekreis	.	.	.	10,0	9,4	9,0	8,8	9,0	9,1	9,0	8,8	8,4	8,9	8,6	8,2
Helmstedt	.	11,6	11,9	11,3	10,5	10,2	9,8	9,6	9,5	9,3	9,2	9,1	9,5	9,3	8,8
Hildesheim	.	11,4	11,3	10,7	10,2	10,2	9,8	9,6	9,7	9,7	9,9	9,8	10,0	9,7	9,3
Holzwinden	12,1	12,8	12,3	11,6	10,7	11,0	10,1	9,8	10,1	10,1	10,0	9,8	10,2	10,0	9,4
Leer	.	.	11,0	10,0	8,8	8,3	7,7	7,3	7,2	.	7,1	7,2	.	7,2	6,7
Lüchow-Dannenberg	.	14,4	14,2	13,6	12,9	12,5	11,5	11,3	11,7	11,5	10,9	10,6	10,7	10,2	9,7
Lüneburg	.	11,0	11,2	10,7	10,3	9,7	9,2	9,0	8,9	8,7	8,5	8,4	8,7	8,5	8,2
Nienburg (Weser)	10,2	10,7	10,5	10,1	9,6	9,2	8,6	8,3	8,5	8,7	8,9	8,8	9,6	9,6	9,2
Northeim	.	11,5	11,3	10,9	10,8	10,4	9,7	9,2	9,3	9,1	8,9	8,7	8,9	8,7	8,3
Oldenburg	.	.	8,3	8,0	7,4	6,9	6,4	6,3	6,4	6,5	6,4	6,4	6,7	6,2	5,7
Oldenburg (Oldenburg), Stadt	12,9	14,2	13,9	13,6	13,4	13,3	12,9	12,8	12,9	13,0	12,8	13,0	13,3	13,0	12,5
Osnabrück	.	.	7,0	6,8	6,8	6,5	5,9	5,8	5,7	5,6	5,5	5,3	5,4	4,7	4,3
Osnabrück, Stadt	.	11,8	11,9	12,0	12,4	12,6	12,6	12,7	12,9	13,0	13,1	13,0	13,1	12,6	11,8
Osterholz	.	.	7,0	6,6	6,1	6,1	5,7	5,4	5,4	5,5	5,4	5,2	5,6	5,4	5,0
Peine	.	.	10,7	10,8	10,9	10,7	10,4	10,1	9,7	9,6	9,2	9,2	9,5	9,2	8,7
Region Hannover	11,9	13,0	13,2	13,1	13,1	13,0	12,9	12,8	12,9	13,0	13,1	13,0	13,1	12,8	12,2
Rotenburg (Wümme)	.	.	8,0	7,7	7,0	6,5	5,9	5,4	5,2	5,1	5,3	5,3	5,8	5,5	4,9
Salzgitter, Stadt	14,0	15,3	15,4	14,4	13,9	13,8	13,1	12,6	12,9	13,0	13,4	15,0	17,0	17,3	16,9
Schaumburg	10,3	11,3	11,4	10,8	9,9	9,8	9,4	9,4	9,5	9,4	9,3	9,0	9,4	9,3	8,8
Stade	.	10,0	9,9	9,6	9,4	9,1	8,7	8,6	8,6	8,7	8,8	8,9	9,4	9,3	8,8
Uelzen	.	12,3	11,8	11,2	10,5	9,9	9,0	8,7	8,6	8,6	8,2	8,0	8,2	7,9	7,4
Vechta	5,6	6,6	6,3	5,9	5,5	5,3	4,9	4,9	4,9	5,0	5,3	5,8	6,4	6,1	5,8
Verden	.	.	9,0	8,7	8,5	8,3	8,0	7,8	7,8	7,6	7,5	7,5	7,8	7,5	6,9
Wesermarsch	.	11,8	11,9	11,8	11,0	10,4	10,0	9,8	9,9	10,1	10,3	10,4	10,6	10,2	9,5
Wilhelmshaven, Stadt	17,2	18,4	18,0	17,5	17,4	17,4	17,4	17,5	17,9	18,0	18,3	18,7	20,0	20,0	19,2
Wittmund	.	11,6	11,2	10,4	9,7	9,3	8,7	8,7	8,5	8,5	8,4	8,1	8,1	7,5	6,9
Wolfenbüttel	8,9	9,9	9,9	9,5	9,0	8,9	8,7	8,5	8,7	8,5	8,1	7,9	8,2	7,9	7,4
Wolfsburg, Stadt	8,1	9,7	10,2	9,7	9,3	9,3	8,3	7,8	7,7	7,6	7,7	7,8	8,3	8,6	8,5
Nordrhein-Westfalen	9,5	11,5	11,5	11,2	11,1	11,2	11,0	11,0	11,2	11,4	11,5	11,5	11,9	11,6	11,2
Aachen, Städteregion	.	11,7	11,9	11,6	11,1	11,2	11,3	11,4	11,7	11,9	12,1	12,0	12,1	11,7	11,1
Bielefeld, Stadt	.	14,8	14,6	14,2	14,1	14,5	13,8	13,3	13,4	13,5	13,9	13,9	14,2	13,7	13,3
Bochum, Stadt	.	.	13,2	12,9	12,8	13,1	13,2	13,5	13,8	14,1	14,4	14,9	15,7	15,5	15,1
Bonn, Stadt	8,9	10,0	10,5	10,5	10,3	10,3	10,2	10,3	10,6	10,8	11,4	11,5	11,8	11,7	11,3
Borken	.	.	6,4	6,0	6,0	6,0	5,4	5,2	5,3	5,4	5,4	5,4	5,6	5,2	4,9
Bottrop, Stadt	11,5	12,7	12,5	12,3	12,1	12,5	12,4	12,2	12,3	12,3	12,4	12,5	13,1	13,0	12,7
Coesfeld	.	.	5,0	4,8	4,7	4,5	4,2	4,4	4,7	4,8	4,8	4,6	5,1	5,0	4,8
Dortmund, Stadt	16,7	18,1	18,1	17,6	17,3	17,8	17,6	17,5	17,8	18,0	18,3	18,4	18,7	18,2	17,9
Duisburg, Stadt	16,6	18,4	18,4	18,1	18,0	18,1	17,4	17,1	17,1	17,5	18,2	18,8	19,2	18,7	18,1
Düren	.	.	10,2	9,5	9,4	9,6	10,1	10,2	10,4	10,8	10,8	10,6	10,9	10,6	10,2
Düsseldorf, Stadt	12,3	13,3	13,6	13,4	13,2	13,4	13,3	13,0	12,9	12,9	12,8	12,6	12,5	11,9	11,3
Ennepe-Ruhr-Kreis	.	.	9,7	9,8	10,0	10,4	10,2	10,2	10,3	10,4	10,4	10,2	10,9	10,6	10,3

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Essen, Stadt	15,4	17,0	17,5	17,8	17,9	18,2	18,0	18,3	18,7	18,8	19,0	19,4	20,2	20,0	19,4
Euskirchen	.	7,3	7,4	7,3	7,1	7,2	7,1	7,1	7,1	7,1	7,1	7,1	7,6	7,4	7,1
Gelsenkirchen, Stadt	19,9	21,7	21,6	21,0	20,8	21,1	20,9	21,2	21,6	22,3	23,2	23,8	24,8	24,9	24,4
Gütersloh	6,9	7,3	6,8	6,4	6,1	6,4	6,0	6,0	6,2	6,3	6,4	6,3	6,5	6,4	6,1
Hagen, Stadt	15,2	16,6	16,5	15,9	15,9	16,1	15,4	15,1	15,6	16,2	17,0	17,7	18,4	17,8	17,2
Hamm, Stadt	.	.	14,7	14,4	14,2	14,2	14,0	14,7	15,5	16,0	16,1	15,7	15,4	14,5	13,6
Heinsberg	.	9,7	9,3	9,0	8,5	8,5	8,4	8,5	8,7	8,8	8,7	8,3	8,4	8,0	7,6
Herford	8,4	9,4	9,2	8,9	8,8	8,9	8,3	8,1	8,4	8,4	8,4	8,4	8,7	8,3	8,0
Herne, Stadt	.	17,0	16,6	16,0	15,6	15,7	16,4	17,0	17,3	17,3	17,6	18,5	19,3	19,0	18,6
Hochsauerlandkreis	.	.	7,5	7,2	7,3	7,3	6,7	6,5	6,6	6,5	6,4	6,3	6,6	6,3	6,0
Höxter	.	7,8	7,5	7,0	6,5	6,3	5,8	5,6	5,7	5,8	5,8	5,8	6,1	5,7	5,4
Kleve	.	.	6,6	6,2	5,9	6,2	6,3	6,6	7,0	7,4	7,5	7,4	7,7	7,3	6,7
Köln, Stadt	13,6	14,6	14,7	14,3	14,1	14,2	13,7	13,3	13,3	13,3	13,5	13,2	13,2	12,9	12,5
Krefeld, Stadt	.	.	15,0	14,8	14,8	15,1	15,3	15,6	15,8	15,8	16,0	16,1	16,5	16,1	15,5
Leverkusen, Stadt	10,2	11,6	11,8	11,7	11,4	11,7	11,8	12,0	12,4	12,8	13,1	13,4	13,7	13,5	13,3
Lippe	.	11,5	11,1	10,8	10,8	10,7	9,9	9,8	9,9	9,9	9,7	9,7	10,0	9,8	9,4
Märkischer Kreis	9,6	10,3	9,7	9,2	9,5	9,9	9,2	9,1	9,5	9,6	9,5	9,7	10,1	9,8	9,5
Mettmann	.	9,2	9,4	9,2	9,3	9,5	9,4	9,5	9,9	10,2	10,1	10,0	10,3	10,1	9,9
Minden-Lübbecke	.	.	9,5	9,4	9,3	9,3	8,8	8,8	8,8	8,9	8,8	8,7	9,3	9,1	8,9
Mönchengladbach, Stadt	.	17,7	17,9	17,8	17,0	17,5	17,5	17,8	18,1	18,3	18,4	18,6	18,7	18,2	17,5
Mülheim an der Ruhr, Stadt	.	.	12,9	13,0	13,3	13,8	13,7	13,9	14,2	14,6	15,1	15,6	16,4	16,5	16,0
Münster, Stadt	.	.	9,3	8,8	8,5	8,3	7,9	8,1	8,2	8,2	8,3	8,2	8,5	8,2	7,9
Oberbergischer Kreis	.	8,3	7,8	7,2	7,1	7,4	6,9	6,7	6,8	6,8	6,6	6,6	7,1	6,8	6,5
Oberhausen, Stadt	.	15,6	15,7	15,3	14,5	14,8	15,1	15,5	16,0	16,5	16,9	16,8	17,2	17,2	16,8
Olpe	4,9	5,5	5,2	4,9	5,4	5,7	5,1	5,2	5,4	5,2	5,2	5,1	5,4	5,1	4,6
Paderborn	.	10,1	9,7	9,1	8,9	8,8	8,0	7,8	7,9	8,1	8,1	7,9	8,4	8,0	7,6
Recklinghausen	.	14,1	14,2	14,1	13,9	13,9	13,7	14,1	14,4	14,6	14,8	15,0	15,8	15,5	15,1
Remscheid, Stadt	.	12,5	12,6	12,2	12,5	13,0	12,7	12,4	12,9	13,5	13,8	13,7	13,8	13,2	12,6
Rhein-Erft-Kreis	.	9,5	9,6	9,6	9,5	9,4	9,3	9,4	9,8	10,0	10,2	10,1	10,2	9,7	9,1
Rheinisch-Bergischer Kreis	.	7,8	8,0	7,9	7,7	7,7	7,3	7,2	7,5	7,5	7,5	7,6	8,1	8,0	7,7
Rhein-Kreis Neuss	.	8,5	8,5	8,2	8,0	8,1	8,0	8,1	8,4	8,7	8,7	8,6	9,0	8,8	8,4
Rhein-Sieg-Kreis	.	7,7	8,0	7,8	7,7	7,9	7,6	7,6	7,7	7,8	7,8	7,8	8,1	7,9	7,5
Siegen-Wittgenstein	7,7	8,3	7,6	7,2	7,5	7,7	7,1	6,7	6,9	7,0	7,1	7,3	7,8	7,8	7,6
Soest	8,7	9,4	9,0	8,2	7,9	7,9	7,4	7,2	7,3	7,3	7,3	7,3	7,7	7,4	7,2
Solingen, Stadt	10,8	11,8	11,7	11,5	11,5	11,5	11,1	11,4	11,9	12,0	12,3	12,5	12,7	11,9	11,5
Steinfurt	.	.	6,6	6,2	6,1	6,1	5,9	6,0	6,3	.	6,6	6,5	6,8	6,5	6,1
Unna	11,4	12,1	12,2	12,0	11,8	11,8	11,9	12,0	12,5	12,7	12,5	12,3	12,6	12,1	11,5
Viersen	.	.	8,4	8,0	8,0	8,1	7,9	8,0	8,3	8,4	8,5	8,5	8,6	8,2	7,7
Warendorf	.	8,1	7,7	7,1	7,1	7,3	7,1	6,7	7,0	7,3	7,4	7,2	7,7	7,5	7,1
Wesel	.	10,1	10,2	9,8	9,6	9,5	9,3	9,2	9,3	9,5	9,6	9,6	9,9	9,7	9,3
Wuppertal, Stadt	14,7	16,3	16,5	16,4	16,9	17,3	16,7	16,9	17,2	16,9	16,7	17,1	17,9	17,7	17,3
Rheinland-Pfalz	7,0	7,8	7,7	7,4	7,3	7,2	6,7	6,6	6,7	6,8	6,9	7,0	7,4	7,1	6,7
Ahrweiler	.	5,7	5,5	5,3	5,2	4,9	4,6	4,9	5,2	5,4	5,6	6,0	6,4	6,1	5,6
Altenkirchen (Westerwald)	7,5	8,2	7,8	7,2	7,3	7,5	6,8	6,4	6,5	6,5	6,3	6,1	6,4	6,0	5,5
Alzey-Worms	.	6,4	6,3	6,0	5,7	5,7	5,2	5,0	5,1	5,2	5,0	5,1	5,6	5,6	5,4
Bad Dürkheim	4,5	5,0	5,1	4,8	4,7	4,7	4,5	4,6	4,7	4,8	5,0	5,0	5,4	5,2	4,8
Bad Kreuznach	8,9	9,9	9,7	9,2	8,9	8,8	8,4	8,5	8,6	8,6	8,5	8,4	8,8	8,5	8,1
Berncastel-Wittlich	.	5,6	5,3	4,9	4,7	4,3	3,7	3,6	3,8	4,1	4,2	4,3	4,7	4,4	4,0
Birkenfeld	8,9	10,4	10,3	9,8	9,6	8,9	8,2	7,8	8,2	8,3	8,0	8,1	8,4	8,4	8,4
Cochem-Zell	4,7	5,2	5,1	4,9	4,7	4,6	4,1	4,0	4,1	4,0	4,1	4,3	4,7	4,7	4,4
Donnersbergkreis	7,7	8,5	8,3	7,6	6,9	6,7	6,1	6,1	6,5	6,4	6,1	6,0	6,4	6,0	5,7
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3,3	3,5	3,4	3,2	3,2	3,2	2,9	2,9	3,0	3,1	3,3	3,5	3,9	3,7	3,6
Frankenthal (Pfalz), Stadt	8,9	10,2	10,3	10,3	10,9	11,3	10,7	10,5	10,6	10,5	10,8	10,8	11,0	10,5	10,0
Germersheim	6,0	6,4	6,1	5,6	6,0	6,2	5,8	5,5	5,4	5,4	5,5	5,7	6,1	5,8	5,4

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Kaiserslautern	5,8	6,7	6,7	6,4	6,3	6,3	5,9	5,8	6,0	6,2	6,2	6,3	6,8	6,6	6,2
Kaiserslautern, Stadt	11,9	13,7	14,1	13,7	13,5	13,4	13,1	13,0	13,4	13,6	13,5	13,7	14,3	14,1	13,4
Koblenz, Stadt	12,4	13,5	13,1	12,3	11,9	11,5	10,6	10,4	10,0	10,0	10,3	10,7	11,5	11,3	10,8
Kusel	6,8	7,5	7,6	7,4	7,7	7,6	6,9	6,5	6,7	6,8	6,9	6,7	7,2	6,9	6,5
Landau in der Pfalz, Stadt	6,3	7,0	7,0	6,8	7,3	7,1	6,2	6,0	6,2	6,7	6,9	7,0	7,8	7,7	7,6
Ludwigshafen am Rhein, Stadt	12,8	13,8	13,7	13,4	14,0	14,7	14,7	14,9	15,1	15,3	15,7	15,7	15,9	15,2	14,4
Mainz, Stadt	8,6	9,3	9,3	9,0	9,0	8,9	8,6	8,4	8,6	8,9	9,1	9,2	9,5	9,2	8,9
Mainz-Bingen	5,0	5,8	5,9	5,6	5,5	5,4	4,9	4,9	4,9	5,0	5,0	5,2	5,6	5,4	5,1
Mayen-Koblenz	.	8,1	7,9	7,8	7,3	7,0	6,3	6,4	6,2	6,3	6,2	6,2	6,6	6,2	5,6
Neustadt a. der Weinstraße, Stadt	8,1	9,1	9,0	8,9	8,7	8,6	8,5	8,3	8,5	8,7	8,8	9,1	9,8	9,5	8,9
Neuwied	8,4	9,2	8,9	8,7	8,6	8,3	7,6	7,2	7,3	7,4	7,6	7,8	8,2	7,7	7,3
Pirmasens, Stadt	17,6	18,7	18,8	18,2	18,0	17,5	16,8	16,6	17,1	17,0	17,0	17,2	18,4	18,2	17,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	6,4	7,2	7,1	6,5	5,6	5,2	4,5	4,2	4,1	4,4	4,5	4,9	5,2	5,0	4,6
Rhein-Lahn-Kreis	.	7,5	7,2	6,7	6,3	6,1	5,6	5,5	5,5	5,6	5,7	5,7	6,0	5,8	5,3
Rhein-Pfalz-Kreis	3,7	4,0	3,9	4,0	4,2	4,3	4,1	4,1	4,2	4,2	4,2	4,2	4,5	4,4	4,2
Speyer, Stadt	9,0	9,7	9,4	9,5	9,6	9,5	8,9	8,9	8,8	8,9	9,0	9,0	9,1	8,8	8,6
Südliche Weinstraße	4,1	4,7	4,5	4,4	4,3	4,3	4,1	4,0	4,2	4,4	4,5	4,7	5,2	5,1	4,9
Südwestpfalz	.	.	5,0	4,9	4,9	4,8	4,2	3,9	3,7	3,7	3,7	3,6	3,8	3,4	3,2
Trier, Stadt	9,3	9,7	9,1	8,7	8,5	8,2	7,6	7,1	7,0	6,9	6,7	7,0	7,8	7,9	7,9
Trier-Saarburg	3,7	3,8	3,6	3,3	3,1	3,0	2,8	2,7	2,9	3,0	3,1	3,4	3,7	3,5	3,2
Vulkaneifel	.	.	6,1	6,0	6,2	6,2	5,4	5,0	4,9	4,9	4,8	4,9	5,3	5,0	4,6
Westerwaldkreis	.	6,7	6,5	6,1	5,8	5,7	4,9	4,6	4,6	4,7	4,9	4,9	5,2	4,7	4,2
Worms, Stadt	10,3	11,4	11,8	11,5	11,7	11,9	11,4	11,6	11,9	12,3	12,4	12,7	13,2	12,4	11,6
Zweibrücken, Stadt	10,9	11,7	11,2	10,4	10,4	10,7	9,6	9,0	9,1	9,5	9,6	9,7	10,1	9,3	8,8
Saarland	9,2	10,4	10,4	10,0	9,8	9,8	9,4	9,3	9,6	9,9	10,2	11,3	11,7	11,3	10,8
Merzig-Wadern	.	6,9	6,9	6,3	5,9	5,7	5,3	5,2	5,2	5,2	5,4	6,6	7,0	6,4	6,1
Neunkirchen	.	11,0	10,6	10,0	9,7	9,7	9,4	9,5	10,0	10,4	11,0	12,5	12,8	12,3	12,0
Saarlouis	.	8,4	8,4	8,0	8,0	7,9	7,3	7,2	7,9	8,1	7,9	8,7	9,0	8,4	7,7
Saarpfalz-Kreis	.	7,3	7,2	6,8	6,8	6,8	6,4	6,4	6,6	6,9	7,1	8,4	8,7	8,3	7,7
St. Wendel	.	.	6,5	6,4	6,4	6,0	5,4	5,2	5,2	5,1	5,2	6,0	6,1	5,8	5,5
Stadtverband Saarbrücken	13,9	15,2	15,2	14,8	14,6	14,6	14,4	14,1	14,4	14,8	15,3	16,5	17,2	16,9	16,4
Sachsen	15,2	17,2	17,0	16,2	15,5	14,7	13,8	13,3	13,0	12,5	11,7	10,9	10,4	9,5	8,7
Bautzen	.	.	16,3	15,4	14,7	13,9	13,2	12,5	12,1	11,5	10,7	9,6	8,7	7,6	6,8
Chemnitz, Stadt	.	18,6	18,6	18,0	17,3	16,4	15,4	15,0	14,8	14,3	13,4	12,8	13,0	12,3	11,4
Dresden, Stadt	.	14,9	15,0	14,7	14,1	13,7	12,9	12,5	12,1	11,6	11,0	10,5	10,4	9,7	9,0
Erzgebirgskreis	.	16,1	15,7	14,6	14,0	13,1	11,7	11,4	10,9	10,3	9,2	8,2	7,4	6,5	5,8
Görlitz	.	.	21,4	20,5	19,4	18,1	16,9	16,5	16,2	15,8	15,0	13,9	13,2	12,0	11,0
Leipzig	.	.	16,3	15,2	14,3	13,6	13,0	13,0	12,5	11,7	10,8	10,0	9,3	8,4	7,6
Leipzig, Stadt	.	21,2	21,3	20,7	19,9	19,2	18,6	17,8	17,3	16,6	15,8	15,0	14,5	13,5	12,4
Meißen	.	.	16,0	15,1	14,3	13,7	12,9	12,7	12,3	11,8	10,9	9,8	9,2	8,1	7,3
Mittelsachsen	.	.	15,7	14,7	13,9	12,8	11,5	10,8	10,7	10,3	9,6	8,7	8,1	7,3	6,5
Nordsachsen	.	18,4	18,2	17,2	16,0	15,1	14,4	14,0	13,9	13,5	12,6	11,8	10,9	9,8	8,9
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	.	15,2	15,0	14,3	13,6	13,0	12,1	11,7	11,6	11,0	10,1	9,3	8,6	7,8	6,9
Vogtlandkreis	.	15,2	14,8	14,0	13,5	12,9	11,9	11,2	10,9	10,5	9,9	9,3	8,9	7,9	7,2
Zwickau	.	16,2	15,9	15,1	14,5	13,7	12,3	11,6	11,4	10,9	10,1	9,4	9,0	8,2	7,4
Sachsen-Anhalt	17,9	19,9	19,9	19,2	18,4	17,4	16,6	16,4	16,4	15,9	15,2	14,6	14,2	13,2	12,1
Altmarkkreis Salzwedel	.	17,0	17,1	16,5	15,4	14,4	13,0	12,8	12,4	12,0	11,4	10,7	10,5	9,8	9,0
Anhalt-Bitterfeld	.	.	21,1	20,0	19,1	18,1	17,9	17,6	17,4	16,8	15,9	15,1	14,3	12,9	11,6
Börde	.	14,5	14,6	13,6	13,1	12,5	11,6	11,3	11,3	10,7	10,1	9,8	9,1	8,2	7,4
Burgenlandkreis	.	21,5	21,2	20,3	19,1	17,8	16,8	17,3	17,0	16,5	15,5	14,5	13,9	12,7	11,5
Dessau-Roßlau	.	.	20,3	19,9	18,7	18,2	17,4	17,0	17,3	17,1	16,4	15,9	16,0	14,8	13,6
Halle (Saale), Stadt	.	22,8	22,7	22,2	21,2	20,3	19,9	19,7	19,7	19,5	18,9	18,8	19,7	18,9	17,5
Harz	.	.	18,4	17,7	17,0	16,1	15,3	15,0	14,6	.	13,1	11,9	11,1	10,1	9,3
Jerichower Land	.	.	17,7	17,2	16,6	15,5	14,2	13,6	13,7	13,1	12,3	12,1	11,2	10,1	9,3

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Magdeburg, Landeshauptstadt	.	21,2	21,3	20,8	20,0	18,7	17,8	17,7	17,8	17,5	17,1	16,9	17,2	16,4	15,3
Mansfeld-Südharz	.	22,4	22,3	20,8	19,7	19,1	18,0	17,6	17,8	17,7	17,2	16,4	16,0	14,8	14,0
Saalekreis	.	.	16,7	17,2	16,4	15,4	14,6	14,7	14,5	14,3	13,6	12,7	12,2	11,1	10,0
Salzlandkreis	.	.	22,8	21,9	21,1	19,9	19,5	19,4	19,0	18,3	17,2	16,3	15,5	14,3	13,1
Stendal	.	22,5	22,8	21,6	20,9	19,3	18,3	18,1	18,1	17,7	16,7	16,2	15,6	14,5	13,5
Wittenberg	.	.	17,5	16,4	16,5	16,4	15,5	14,8	14,9	14,5	13,7	13,3	12,6	11,4	10,3
Schleswig-Holstein	10,2	11,2	11,0	10,6	10,1	9,9	9,7	9,6	9,8	9,8	9,8	9,8	10,2	9,8	9,3
Dithmarschen	12,1	13,3	13,1	12,5	12,4	11,7	11,3	11,3	11,4	11,4	11,6	11,5	11,9	11,4	10,5
Flensburg, Stadt	17,3	18,3	17,3	15,9	14,7	14,7	15,1	15,8	15,9	15,7	15,5	15,3	16,2	16,4	16,0
Herzogtum Lauenburg	.	10,2	10,0	9,8	9,1	8,9	8,5	8,6	8,8	8,7	8,6	8,5	8,9	8,3	7,8
Kiel, Landeshauptstadt	17,8	18,7	18,3	17,7	17,0	16,6	16,3	16,1	16,0	16,2	16,6	16,9	17,3	16,8	16,1
Lübeck, Hansestadt	.	18,7	18,9	18,7	18,2	17,7	17,3	16,9	16,8	16,7	16,8	16,5	16,6	15,7	14,8
Neumünster, Stadt	18,0	19,6	19,0	18,3	17,2	17,0	16,8	16,7	17,0	17,2	16,9	16,5	16,4	15,3	14,7
Nordfriesland	.	.	8,3	.	7,2	7,0	7,4	7,5	7,6	7,6	7,6	7,5	8,2	7,9	7,2
Ostholstein	9,2	10,3	10,3	10,0	9,6	9,0	8,8	8,7	8,8	8,6	8,5	8,3	8,5	8,1	7,5
Pinneberg	9,0	9,6	9,2	8,7	8,4	8,2	7,8	7,8	7,8	7,9	8,1	8,2	8,7	8,6	8,3
Plön	8,0	8,9	8,8	8,3	7,8	7,4	7,2	7,1	7,1	7,1	7,2	7,3	7,8	7,6	7,0
Rendsburg-Eckernförde	8,2	8,7	8,3	7,9	7,5	7,4	7,2	7,1	7,3	7,3	7,2	7,1	7,7	7,4	7,0
Schleswig-Flensburg	.	.	8,6	8,4	8,2	8,3	8,4	8,7	9,2	9,3	9,2	8,8	8,9	8,2	7,2
Segeberg	7,4	8,1	7,9	7,6	7,3	7,4	7,0	6,9	7,0	7,0	6,9	6,8	7,3	7,0	6,6
Steinburg	10,4	11,0	10,5	9,9	9,3	9,0	8,4	8,3	8,6	8,8	9,0	9,2	9,9	9,6	9,2
Stormarn	5,9	6,5	6,3	5,9	5,5	5,5	5,3	5,1	5,2	5,2	5,3	5,4	5,9	5,9	5,7
Thüringen	13,5	15,0	14,8	13,8	13,0	12,2	11,3	10,9	10,8	10,5	10,0	9,6	9,4	8,7	8,0
Altenburger Land	18,5	19,9	19,7	18,8	18,3	17,4	15,8	15,4	15,3	14,9	14,3	13,7	13,6	12,7	11,8
Eichsfeld	.	.	9,2	8,7	8,3	7,4	6,6	6,4	6,3	.	5,9	5,6	5,6	5,2	4,7
Eisenach, Stadt	13,9	15,9	15,6	15,0	15,1	14,7	13,9	13,5	13,9	13,0	12,3	12,0	12,8	12,4	11,8
Erfurt, Stadt	17,9	20,1	20,0	18,9	17,4	16,1	15,3	15,1	14,7	14,2	13,8	13,3	12,8	12,0	11,0
Gera, Stadt	17,9	19,9	19,9	19,3	18,7	18,1	17,3	17,4	17,5	17,0	16,2	15,9	17,1	16,5	15,6
Gotha	13,5	15,2	15,0	13,9	13,6	13,0	11,7	11,1	10,9	10,1	9,4	9,2	9,1	8,2	7,4
Greiz	13,4	14,6	14,4	13,4	12,4	11,6	10,6	10,1	10,0	9,5	9,0	8,4	8,0	7,0	6,1
Hildburghausen	9,1	9,9	9,3	8,3	7,6	7,2	6,2	5,8	5,6	5,3	5,1	4,8	4,8	4,3	3,8
Ilm-Kreis	15,2	16,1	15,6	14,4	13,7	13,0	11,9	11,3	11,1	10,9	10,3	9,8	9,3	8,7	8,0
Jena, Stadt	.	.	13,0	12,5	11,2	10,5	9,7	9,2	8,9	8,9	8,6	8,5	8,7	8,2	7,4
Kyffhäuserkreis	18,6	19,9	19,2	18,3	17,5	16,6	15,6	15,1	14,8	14,2	13,8	13,0	12,6	11,7	10,9
Nordhausen	16,5	18,2	18,0	16,7	15,5	14,6	14,0	13,9	14,0	13,5	13,0	12,2	12,1	11,2	10,6
Saale-Holzland-Kreis	11,3	12,1	12,0	11,2	10,8	9,9	9,2	8,6	8,6	8,4	7,8	7,1	6,6	6,1	5,4
Saale-Orla-Kreis	11,5	12,5	12,5	11,5	11,1	10,6	9,7	9,0	8,9	8,3	7,8	7,4	7,4	6,7	6,2
Saalfeld-Rudolstadt	13,0	14,4	14,4	13,3	12,4	11,5	10,6	10,6	10,7	10,5	10,1	9,4	8,9	8,0	7,1
Schmalkalden-Meiningen	10,4	11,6	11,0	9,6	8,9	8,6	7,4	7,2	7,1	7,0	6,4	6,3	6,2	5,5	4,9
Sömmerda	14,9	15,8	15,6	15,0	13,9	12,7	11,5	10,9	10,5	10,1	9,6	8,9	8,2	7,4	6,8
Sonneberg	10,1	11,0	10,3	9,3	8,9	8,4	7,2	6,5	6,4	6,2	6,0	5,8	5,9	5,2	4,8
Suhl, Stadt	13,4	14,7	14,5	13,6	13,1	11,9	11,0	10,8	11,0	10,5	9,9	9,1	8,5	7,9	6,9
Unstrut-Hainich-Kreis	14,4	16,1	16,0	15,1	14,7	14,0	13,3	13,2	13,2	12,6	12,0	11,5	11,3	10,2	9,4
Wartburgkreis	9,1	10,3	9,9	8,9	8,2	7,6	6,4	6,0	6,1	6,1	5,9	5,7	5,6	5,1	4,8
Weimar, Stadt	15,5	17,3	16,9	15,6	14,4	13,9	13,5	13,1	12,8	12,4	12,0	11,4	11,4	10,9	10,2
Weimarer Land	13,7	14,9	13,8	12,3	11,1	10,5	10,0	9,8	9,5	9,1	8,6	8,1	7,8	7,1	6,5



Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin
Tel. 030 24636-0
Fax 030 24636-110

www.paritaet.org
info@paritaet.org

ISBN 978-3-947792-05-04